



STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

**der 52. Sitzung der
XVIII. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Dienstag, 18. Jänner 2005

13.08 Uhr - 18.11 Uhr

Tagesordnung

1. *Bericht und Antrag des Landesausschusses Bundesstaatsreform, mit dem das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ zur Kenntnis genommen wird*
 2. *Ergänzungswahl in die ständigen Ausschüsse sowie in den Landesausschuss, der Fragen der Sicherheit, die in die Kompetenz des Landes fallen (Feuerwehrwesen, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Flüchtlingswesen, geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung) behandelt*
-

Inhalt

Angelobung eines Landtagsabgeordneten (S. 7312)

Landtag

Ansprache des Präsidenten Prior anlässlich der Flutkatastrophe (S. 7310)

Nachruf des Präsidenten Prior für den verstorbenen LAbg. a.D. Stefan Trenovatz (S. 7311)

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 7312)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof (Zahl 18 - 610) (Beilage 952)

Begründung der Dringlichkeit: K ö l l y (S. 7315)

Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 7316)

Redner: Landesrat B i e l e r (S. 7317), Maga. Margarethe K r o j e r (S. 7324), K ö l l y (S. 7335), Dipl.Ing. B e r l a k o v i c h (S. 7343), I l l e d i t s (S. 7351), Mag. V l a s i c h (S. 7358), T s c h ü r t z (S. 7364), Ing. S t r o m m e r (S. 7366), Mag. M e z g o l i t s (S. 7369), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. S t e i n d l (S. 7374) und Landeshauptmann N i e s s l (S. 7377)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 7381)

Bericht und Antrag des Landesausschusses Bundesstaatsreform, mit dem das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 18 - 604) (Beilage 946)

Berichterstatter: Landeshauptmann N i e s s l (S. 7381 u. S. 7387)

Redner: Maga. Margarethe K r o j e r (S. 7382), K ö l l y (S. 7384), Dipl.Ing. B e r l a k o v i c h (S. 7384) und I l l e d i t s (S. 7386)

Annahme des Beschlussantrages (S. 7388)

Ausschüsse

Ergänzungswahl in die ständigen Ausschüsse sowie in den Landesausschuss, der Fragen der Sicherheit, die in die Kompetenz des Landes fallen (Feuerwehrwesen, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Flüchtlingswesen, geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung) behandelt (S. 7388)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 7312)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr 08 Minuten

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen und eröffnen die 52. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Ansprache des Präsidenten Walter Prior anlässlich der Flutkatastrophe

Präsident Walter Prior: Werte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Hohes Haus!

Am Anfang dieser Sitzung des Burgenländischen Landtages möchte ich der Opfer und Vermissten der Flutkatastrophe in Südostasien gedenken. Diese Naturkatastrophe hat die gesamte Weltöffentlichkeit erschüttert, und sie hat in ihren Auswirkungen auch Österreich und unser Bundesland Burgenland erreicht.

Das Fernsehen zeigt noch immer Bilder der Zerstörung und des Elends. Hunderttausende Menschen sind umgekommen, Millionen haben ihr Heim verloren. Auch in Österreich, auch im Burgenland, trauern Menschen um ihre Angehörigen oder bangen um noch immer Vermisste.

Im Namen des Burgenländischen Landtages möchte ich meine tiefe Betroffenheit und meine aufrichtige Anteilnahme gegenüber allen Opfern dieser Katastrophe und ihren Angehörigen zum Ausdruck bringen.

Das, meine Damen und Herren, ist die tragische Seite dieses Ereignisses. Gleichzeitig hat sich aber gezeigt, sind Menschen zusammengerückt, wenn es die Situation erfordert. Ich glaube, diese Situation hat ganz einfach ein Zusammenrücken notwendig gemacht. Hilfsbereitschaft ist kein Schlagwort geblieben. Unzählige Menschen im gesamten Bundesgebiet haben gespendet. Viele Institutionen und Organisationen haben sich in den Dienst des Wiederaufbaues und der Soforthilfe gestellt. Ihnen allen gilt der Respekt und die Anerkennung des Burgenländischen Landtages.

Auch das offizielle Burgenland engagiert sich für den Wiederaufbau in der betroffenen Region. Einerseits beteiligt sich das Burgenland mit 340.000 Euro am gesamtösterreichischen Hilfspaket. Konkreter Schwerpunkt dieser Hilfe wird der Wiederaufbau eines Dorfes in Sri Lanka sein.

Andererseits soll auch die Hilfsaktion „Burgenland hilft“, die es schon nach dem Hochwasser in Niederösterreich gegeben hat, wieder anlaufen. Darüber hinaus werden wir alles unternehmen, um das Leid jener burgenländischen Familien zu lindern, die derzeit Angehörige vermissen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Die letzten Wochen haben uns vor Augen geführt, wie brüchig und gefährdet die Sicherheiten sein können, auf denen wir unser Leben aufbauen. Sie haben uns aber auch gezeigt, wie wichtig die Werte der Solidarität und der Nächstenliebe sind.

Vielen von uns ist klar geworden, dass jeder - jede Einzelperson, jedes Gemeinwesen - in eine Situation kommen kann, wo man der Hilfe anderer bedarf. Diese schrecklichen Ereignisse relativieren vieles von dem, was uns gewöhnlich erregt und beschäftigt. Sie rufen in Erinnerung, dass auch in unserer modernen Leistungsgesellschaft, in der oft nur mehr die beste Ellbogentechnik zählt, sozialer Zusammenhalt gefragt und gefordert ist. Diese Erinnerung auch in unserer täglichen Arbeit und im persönlichen Umgang miteinander zu bewahren, sind wir den Opfern dieser Katastrophe schuldig.

Ich würde Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben, um den Opfern und Vermissten zu gedenken. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Nachruf des Präsidenten Walter Prior für den verstorbenen

LAbg. a.D. Stefan Trenovatz

Präsident Walter Prior: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am Mittwoch, dem 29. Dezember 2004, ist das ehemalige Mitglied des Burgenländischen Landtages und Vorsitzender des Bundesrates, Herr Ökonomierat Stefan Trenovatz, im 93. Lebensjahr verstorben.

Am 28. Juni 1912 wurde Stefan Trenovatz in Klostermarienberg geboren, wo er auch später die Volksschule besuchte. Nach Absolvierung der Bauernschule der Burgenländischen Landwirtschaftskammer in Jormannsdorf, war er im elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb tätig, den er dann 1937 übernahm. In den Kriegsjahren war er zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und später in britischer Kriegsgefangenschaft.

Seine politische Tätigkeit begann in seiner Heimatgemeinde. 1950 bis 1970 war er Bürgermeister von Klostermarienberg und nach der Gemeindegemeinschaft von 1971 bis 1982 Bürgermeister der Großgemeinde Mannersdorf an der Rabnitz. 1966 wurde ihm von der Burgenländischen Landwirtschaftskammer der Titel Ökonomierat verliehen. Am Beginn der VII. Wahlperiode wurde Stefan Trenovatz am 19. März 1953 als Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag angelobt. Diesem gehörte er ohne Unterbrechung bis zum 17. Juni 1970 an. Am 19. Juni 1970 wurde er als Vertreter des Burgenlandes im Bundesrat angelobt. Höhepunkt seiner politischen Karriere war zweifellos die Wahl zum Vorsitzenden des Bundesrates. Diese Funktion führte er vom 1. Juli bis 31. Dezember 1973 aus. Mit 31. Dezember 1973 verzichtete Stefan Trenovatz auf sein Mandat als Mitglied des Bundesrates.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stefan Trenovatz war ein engagierter Politiker der Aufbaugeneration, der beinahe ein Vierteljahrhundert aktiv an der Entwicklung unseres Heimatlandes mitgearbeitet hat. Er hat für das Burgenland und seine Menschen wertvolle Arbeit geleistet. Namens des Burgenländischen Landtages sage ich ihm ein schlichtes Danke. Wir wollen ihm über sein Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für die Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Meine Damen und Herren! Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtlichen Verhandlungsschriften der 50. und 51. Sitzung sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Hohes Haus! Herr Landtagsabgeordneter Dr. Stefan Salzl hat mit Ablauf des 31. Dezember 2004 auf sein Landtagsmandat verzichtet. Er hatte das Landtagsmandat auf dem Landeswahlvorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs inne.

Auf das durch den Verzicht des Landtagsabgeordneten Dr. Stefan Salzl freigewordene Mandat auf dem Landeswahlvorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs wurde von der Landeswahlbehörde Herr Walter Zechmeister aus Deutsch Jahrndorf in den Landtag berufen.

Die Berufung erfolgte über Vorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs. Da der Wahlschein vorliegt und Herr Walter Zechmeister im Haus anwesend ist, kann ich die Angelobung vornehmen.

Ich würde Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Sehr geehrter Herr Walter Zechmeister. Gemäß Artikel 23 der Landesverfassung haben Sie mit den Worten „Ich gelobe“ folgendes Gelöbnis zu leisten:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Burgenland, stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Bitte Herr Zechmeister.

Walter Zechmeister (FPÖ): Ich gelobe!

Präsident Walter Prior: Danke. Herr Landtagsabgeordneter Zechmeister, ich begrüße Sie hier im Hohen Haus - zum zweiten Mal in diesem Hohen Haus - und wünsche Ihnen in Ihrem Tätigkeitsbereich viel Freude und Erfolg. *(Allgemeiner Beifall - Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Meine Damen und Herren! Wie ich bereits erwähnt habe, hat mit Ablauf des 31. Dezember 2004 Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Dr. Stefan Salzl auf sein Mandat als Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag verzichtet. Gestatten Sie mir daher, mich im Namen dieses Hohen Hauses, aber auch im eigenen Namen bei Herrn Dr. Salzl für seine wertvolle und effiziente Arbeit zum Wohle unseres Heimatlandes herzlich zu bedanken.

Seine politische Laufbahn war geprägt von zwei wesentlichen politischen Funktionen. Zum einen die Zugehörigkeit zu diesem Hohen Haus und zum anderen die Mitgliedschaft im Nationalrat.

Vom 18. Juli bis 6. November 1994 und vom 28. Dezember 2000 bis zum 31. Dezember 2004 war Dr. Stefan Salzl Mitglied des Burgenländischen Landtages. Vom 7. November 1994 bis 28. Oktober 1999 war er Mitglied des Nationalrates. Die Funktion des Klubobmannes bekleidete er vom 28. Dezember 2000 bis 31. Dezember 2004.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stefan Salzl war immer bemüht, bei den vielfältigsten Anträgen einen gemeinsamen Weg zum Wohle unseres Heimatlandes Burgenland zu finden. Dabei werden uns so manche Debattenbeiträge lange noch in Erinnerung bleiben, vor allem auch unsere Auseinandersetzung über die Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Salzl. Für seine Tätigkeit als Klubobmann und damit auch als Mitglied der Präsidialkonferenz möchte ich mich ebenfalls herzlich bedanken.

Ich wünsche Dir, lieber Stefan, auf Deinem weiteren Lebensweg, vor allem aber bei Deiner neuen Aufgabe, die Du übernommen hast, als Tierschutzombudsmann, alles Gute für die Zukunft. Danke für Deine Arbeit! *(Allgemeiner Beifall)*

Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 52. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Dienstag, dem 18. Jänner 2005.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die

7313 Burgenländischer Landtag, XVIII. Gp - 52. Sitzung - Dienstag, 18. Jänner 2005

Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zugestimmt wird (Zahl 18 - 599) (Beilage 941);

2. Gesetzentwurf, mit dem das Gemeindesaniätsgesetz 1971 geändert wird (Zahl 18 - 606) (Beilage 948);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 18 - 607) (Beilage 949);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 18 - 608) (Beilage 950);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (6. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 18 - 609) (Beilage 951);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeindevolksrechtsgesetz geändert wird (Zahl 18 - 612) (Beilage 954);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflegegeldgesetz geändert wird (Zahl 18 - 616) (Beilage 956).

Vom Rechnungshof ist der Bericht gemäß Art 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl I Nr 64/1997, für die Jahre 2002 und 2003 (Zahl 18 - 600) (Beilage 942) und

vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Prüfungsbericht über die Prüfung der Ursachen und Vorgangsweisen betreffend die vorübergehende Schließung der Therme Stegersbach sowie die Rolle der WiBAG im Zusammenhang mit der Therme Stegersbach (Zahl 18 - 615) (Beilage 955) eingelangt.

Von den Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen ist ein Dringlichkeitsantrag auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof (Zahl 18 - 610) (Beilage 952) und

selbständige Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung im Burgenland (Zahl 18 - 613),
2. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine Novellierung des Asylgesetzes (Zahl 18 - 614)

sind eingelangt.

Schriftliche Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landesrat Bieler betreffend Ausbau der B 63 (Zahl 18 - 601) (Beilage 943);
 2. des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landeshauptmann Niessl betreffend Ausbau der B 63 (Zahl 18 - 602) (Beilage 944);
 3. des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landeshauptmann Niessl betreffend Besuch der KFOR-Soldaten im Kosovo (Zahl 18 - 603) (Beilage 945) sowie Beantwortungen der schriftlichen Anfragen
1. des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landeshauptmann Niessl (Zahl 18 - 573)

betreffend BELIG (Zahl 18 - 598) (Beilage 940);

2. des Landtagsabgeordneten Kölly an Landeshauptmann Niessl (Zahl 18 - 588) betreffend Dienstfahrzeuge (Zahl 18 - 605) (Beilage 947);
3. des Landtagsabgeordneten Tschürtz an Landesrat Bieler (Zahl 18 - 589) betreffend Bank Burgenland (Zahl 18 - 611) (Beilage 953) und

Petitionen und Resolutionen betreffend „Keine Schließung von Postämtern“ beziehungsweise zur Aufrechterhaltung der Postdienste in der Gemeinde, E 136 bis E 170 sowie E 173 bis E 186 und

Petitionen auf finanziellen Ausgleich - Kindergartenbus, E 171 und E 172, sind eingelangt.

Präsident Walter Prior: Danke Frau Schriftführerin. Die Regierungsvorlage Zahl 18 - 599, Beilage 941, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 18 - 606, Beilage 948, Zahl 18 - 612, Beilage 954, und den Bericht des Rechnungshofes Zahl 18 - 600, Beilage 942, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 18 - 607, Beilage 949, Zahl 18 - 608, Beilage 950, und Zahl 18 - 609, Beilage 951, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 18 - 616, Beilage 956, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 18 - 615, Beilage 955, weise ich dem Landeskontrollausschuss

und die Petitionen beziehungsweise Resolutionen E 136 bis E 186 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftliche Anfrage Zahl 18 - 601, Beilage 943, habe ich Herrn Landesrat Bieler und die schriftlichen Anfragen Zahl 18 - 602, Beilage 944, und Zahl 18 - 603, Beilage 945, habe ich Herrn Landeshauptmann Niessl zur Beantwortung übermittelt.

Weiters habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 18 - 598, Beilage 940, Zahl 18 - 605, Beilage 947, und Zahl 18 - 611, Beilage 953, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung im Burgenland, Zahl 18 - 613, ist nicht gehörig unterstützt, sodass ich die Unterstützungsfrage stellen werde.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag hat die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung erfahren, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss zuweise.

Auch der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine Novellierung des Asylgesetzes, Zahl 18 - 614, ist nicht gehörig unterstützt, sodass ich die Unterstützungsfrage stellen werde.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den selbständigen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag hat die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung erfahren, sodass ich ihn dem Rechtsausschuss zuweise.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Da beim Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof, Zahl 18 - 610, Beilage 952, gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT der Antrag gestellt wird, diesen vor Eingang in die Tagesordnung zu behandeln, lasse ich darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Dringlichkeitsantrag vor Eingang in die Tagesordnung zur Verhandlung gelangen soll, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Außerdem ist ein Verlangen gem. Art. 127 Abs. 7 B-VG in Verbindung mit Art. 79 L-VG auf Überprüfung der von der Burgenländischen Landesregierung beschlossenen Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland und des Verhaltens von Mitgliedern der Landesregierung bei der Bank Burgenland AG betreffenden Fragen eingelangt.

Dieses Verlangen ist geschäftsordnungsgemäß von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Burgenländischen Landtages unterstützt.

In Entsprechung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages habe ich daher dieses Verlangen unverzüglich dem Präsidenten des Rechnungshofes weitergeleitet.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Bericht und Antrag des Landesausschusses Bundesstaatsreform, mit dem das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 18 - 604) (Beilage 946);
2. Ergänzungswahl in die ständigen Ausschüsse sowie in den Landesausschuss, der Fragen der Sicherheit, die in die Kompetenz des Landes fallen (Feuerwehrwesen, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Flüchtlingswesen, geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung) behandelt.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Ehe wir in die Tagesordnung eingehen, kommen wir zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof, Zahl 18 - 610, Beilage 952, und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat sich über einen sehr langen Zeitraum mit öffentlichen Stellungnahmen betreffend die Bank Burgenland sehr zurückgehalten. Ich

darf Ihnen auch sagen warum. Wir wollten im Laufe der Verkaufsverhandlungen nichts tun, was die Bank negativ beeinflussen könnte. Nun ist aber aus diesen angeblichen Verkaufsverhandlungen eine unendliche Geschichte geworden und es ist einfach nicht mehr möglich, dieses Thema ewig totzuschweigen. Seit Jahren erzählt man im Landtag das Märchen von der erfolgreichen Rettung der Bank, die Geschichte der Bank Burgenland und auch den Zuschuss, welcher der Bank gegeben werden muss.

Auf den letzten Sanierungsversuch folgte nun im Dezember, konkret am 16. Dezember, ein allerletzter Sanierungsversuch und ich gehe davon aus, dass es noch lange nicht der Schlusspunkt sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist daher hoch an der Zeit, dass sich der Landtag intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzt, denn die Bank Burgenland ist sicherlich keine Angelegenheit, die ausschließlich die Landesregierung betrifft oder wo es sogar gilt, strengste Geheimhaltungen zu wahren.

Präsident Fiedler hat in seinem jüngsten Verfassungsentwurf der Auskunftspflicht klaren Vorrang vor der Verschwiegenheitspflicht gegeben. Ich halte das für sehr sinnvoll.

Diese Bank geht uns alle etwas an! Diese Bank kostet jedem Burgenländer ein kleines Vermögen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die jüngste Entscheidung der Burgenländischen Landesregierung, vom 16. Dezember 2004, ist nicht nur von weitreichender Bedeutung, sondern offenbar rechtlich bedenklich und eine Geldvernichtungsaktion, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Von allen ÖVP-Mandataren werden gleich lautende Transparente aufgezeigt.)*

Sollte sich herausstellen, dass der Beschluss gegen bestehende Gesetze verstößt, und davon ist leider auszugehen, dann ist letztlich auch die Bank Burgenland durch einen fehlerhaften Beschluss unmittelbar in ihrer Existenz betroffen.

Daher ist dieser Regierungsbeschluss ohne jede weitere Verzögerung vom Bundes-Rechnungshof zu prüfen. Dieser hat die Bank bereits einmal geprüft und muss sich nicht mehr in die Materie einarbeiten, sodass sehr rasch mit einem Prüfergebnis zu rechnen ist. Aus dem von mir bereits angeführten Zeit- und Termindruck ergibt sich die Dringlichkeit dieses vorliegenden Antrages. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die Begründung der Dringlichkeit ist somit erfolgt. Gemäß § 24 Abs. 4 GeOLT ist ohne Debatte über die Dringlichkeit abzustimmen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof, Zahl 18 - 610, Beilage 952, die Dringlichkeit zuerkennen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Antrag ist somit einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

Geschäftsordnungsgemäß gehen wir in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Bieler das Wort.

Bitte Herr Landesrat. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ist das jetzt so in Ordnung?)* Ja!

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einleitend möchte ich auf einige Fakten betreffend die Bank Burgenland und vor allem auf das besondere Rechtsverhältnis zwischen der Bank Burgenland und dem Land hinweisen, weil ich aufgrund verschiedener Äußerungen in der Öffentlichkeit manchmal den Eindruck habe, dass dies manchmal in Vergessenheit gerät.

Erstens ist die Bank Burgenland zu zirka 90, genau gesagt zu 89,93 Prozent im Besitz des Landes. Ziel ist es, 100 Prozent zu erwerben, das heißt alle Aktien zu kaufen. Jeder Euro, der in die Bank geht, gehört somit auch dem Land Burgenland.

Zweitens besteht zurückreichend seit dem Jahr 1928 eine gesetzliche Ausfallhaftung des Landes für die Bank Burgenland. Dies bedeutet, dass für den Fall, dass die Bank Burgenland insolvent wird, das Land für alle Schulden, aber auch für alle Spareinlagen haftet. Wegen dieser gesetzlichen Ausfallhaftung hat drittens das Land Burgenland bei den Turbulenzen im Jahre 2000, um noch wesentlich größeren Schaden zu vermeiden, zwei Garantieerklärungen abgegeben.

Viertens erhöht jede Stärkung der Bank Burgenland die Ertragskraft der landeseigenen Bank und somit auch den Wert der Bank und klarerweise auch den Kaufpreis, den das Land im Falle einer, von uns allen angestrebten, Privatisierung erzielen kann. Einfach gesagt sind deshalb das Land und die Bank stets als kommunizierende Gefäße, die miteinander direkt in Beziehung stehen, zu betrachten.

Jeder der Regierungsverantwortung trägt, egal ob SPÖ, ÖVP, FPÖ oder Grüne, hätte nicht anders agieren können, als es die Mehrheit der jetzigen Landesregierung getan hat. Ich möchte aber an dieser Stelle auch hinzufügen, dass in der Bank Burgenland eine Reihe von Maßnahmen gesetzt wurden, die die Ertragslage der Bank wesentlich verbessert haben. So wurde zum Beispiel das Privatkundengeschäft neu organisiert, eine neue Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat abgeschlossen und der Personalstand so merklich herabgesetzt, dass es zu einer wesentlichen Reduktion der Personalkosten kommt. Auch im Bereich der Sachkosten wurden nachhaltige Einsparungsschritte gesetzt, denen, und davon bin ich überzeugt, in nächster Zeit noch weitere folgen werden. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass das Maßnahmenpaket des Landes als Geldvernichtungsaktion bezeichnet wird. Das wäre so gewesen, hätte die Landesregierung nicht so agiert, wie sie es getan hat.

Zum Vorwurf, dass keine Information des Landtages über das Maßnahmenpaket vom 16.12. stattgefunden hat, möchte ich an dieser Stelle allgemein Folgendes bemerken. Eine lange Diskussion in der Öffentlichkeit über die einzelnen Maßnahmen hätte die Bonität der Bank wesentlich geschwächt, das Vertrauen der Kunden erschüttert und damit die Ertragslage der Bank verringert, was auch in letzter Konsequenz das Vermögen des Landes betrifft.

Ich darf Ihnen nun demonstrieren und zeigen, wie sich die Spareinlagen im Jahr 2004 entwickelt haben. (*Landesrat Helmut Bieler zeigt ein Diagramm.*) Aufgrund der Statistik und der geführten Datenblätter kann man täglich verfolgen, wie sich das verändert hat. Im März hatten wir einen Höchststand bei den Spareinlagen. Durch die Diskussion, dass die Bank Burgenland als unverkäuflich dargestellt wurde, hat sich dieser wieder herunterentwickelt und dann wieder stabilisiert. Die Spareinlagen beim Weltspartag waren sehr gut. Das heißt, das Vertrauen der Kunden ist wieder gestiegen und hat sich dann auf einem höheren Niveau eingependelt. Dann kam in der Öffentlichkeit

wieder die Diskussion mit Begriffen wie Konkursfalle, Fass ohne Boden, Geldvernichtung und es ist wieder, um einige Millionen Euro, rapid heruntergegangen.

Das heißt, es lässt sich genau nachvollziehen, wie sich die öffentliche Diskussion auch auf die Spareinlagen ausgewirkt hat. (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*)

Stellen Sie sich einmal vor, welche Auswirkungen es gehabt hätte, wenn erst eine breite tägliche Diskussion über das Maßnahmenpaket und auch eine tägliche Kritik darüber geführt worden wäre. Hier liegt es in der Regierungsverantwortung, abzuwägen, welche Interessen höher einzustufen sind, das Interesse an der Erhaltung und Sanierung des Landesvermögens oder aber das Interesse an öffentlicher Agitation.

Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, dass noch am 16. Dezember 2004, also am Tag der Beschlussfassung, die Klubobfrau der Grünen und der Herr Landtagsabgeordnete Vlasich ...

Präsident Walter Prior: Herr Landesrat, ich darf Sie kurz unterbrechen. Ich würde bitten, die Handlungen auf der Galerie mit den Aufschriften und Werbetafeln sofort zu beenden.

Bitte fahren Sie fort Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ) (fortsetzend): ... von meinem Büroleiter über das Maßnahmenpaket ausführlich informiert wurden. Aber auch die FPÖ wurde vom Büroleiter des Herrn Landeshauptmannes über dieses Maßnahmenpaket informiert. SPÖ und ÖVP waren ohnehin im Rahmen der Vorbereitung des Regierungsbeschlusses im Detail über das Paket unterrichtet, dass zumindest auf informeller Ebene eine Information des Landtages erfolgt ist.

Ich werde später noch darauf eingehen, warum aus meiner Sicht die Kritik, dass der Landtag gemäß Artikel 45 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes nicht frühzeitig informiert wurde, nicht gerechtfertigt ist.

An dieser Stelle möchte ich aber auch bemerken, dass es die Absicht der Landesregierung war, den Landtag bei der nächsten planmäßigen Sitzung, am 27. Jänner 2005, also nächste Woche, über das Maßnahmenpaket zu informieren.

Nach dieser allgemeinen Darstellung möchte ich mich nun den Details zuwenden.

Immer wieder wird behauptet, dass das Maßnahmenpaket gar nicht notwendig gewesen wäre. Der wesentlichste und entscheidendste Grund für die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahmen liegt darin, dass die Wirtschaftsprüfer-KPMG im Falle des unveränderten Weiterbestehens der Swap-Geschäfte aus dem Jahr 1999, das heißt, der Nichtübernahme durch das Land Burgenland, bereits für das Jahr 2004 eine Rückstellung in Höhe von ungefähr 34,4 Millionen Euro zuzüglich der Abdeckung des prognostizierten Verlustes 2004 verlangt haben. Um einiges mehr also, als 40 Millionen Euro.

Dies würde bedeuten, dass sowohl das Eigenkapital der Bank, als auch das Ergänzungskapital um eben jeweils rund 40 Millionen Euro verringert würde und die Bank aus diesem Grund nicht mehr die gesetzlichen Eigenkapitalvorschriften einhalten könnte.

Eine Rückstellung für diese Swap-Geschäfte aus dem Jahr 1999 war bisher deswegen nicht notwendig, weil die Bank Burgenland vor allem durch außerordentliche Erträge, zum Beispiel Vergleich mit Wirtschaftsprüfern, Herrn Gassner, Herrn Widder und Herrn Schneider, stets ein positives Jahresergebnis darstellen konnte.

Bei diesem „Crash-Szenario“, also einer Nichtübernahme, würde die Finanzmarktaufsicht das Land Burgenland auffordern, ehestmöglichst der Bank

Burgenland bares Geld, also cash, zuzuschießen, um die Strukturprobleme der Bank an der Wurzel zu lösen. Sollte dies nicht geschehen, müsste die Finanzmarktaufsicht im Sinne des Bankwesengesetzes, und das geht bis hin zur Verhängung der Geschäftsaufsicht über die Bank Burgenland, aktiv werden. Was das bedeutet, werden viele von Ihnen bewerten können.

Seitens der Finanzmarktaufsicht wurde der Vorstand der Bank Burgenland am 12. Jänner, also erst vor kurzer Zeit, zu einem Aufklärungsgespräch geladen. Dabei wurde auch von der Finanzmarktaufsicht die Notwendigkeit der Maßnahmen explizit bestätigt.

Es gibt natürlich aber auch, hätte man dieses Maßnahmenpaket nicht beschlossen, Probleme bei der Refinanzierung im Wege der Interbanklinie. Wenn eine Bank, egal welche, ein negatives Jahresergebnis ausweist, hat dies für die betroffene Bank negative Auswirkungen im normalen Geschäftsleben. Insbesondere deuten die refinanzierenden Banken ein derartiges negatives Ergebnis als Alarmsignal und beenden entweder die Geschäftsbeziehungen mit der Bank oder verteuern die Refinanzierungskonditionen, was wiederum zu einer wesentlichen finanziellen Belastung der jeweiligen Bank führt.

Ein negatives Jahresergebnis 2004 bedingt ein Rückstellungserfordernis, welches wiederum, ich habe es bereits erwähnt, zu einer Verringerung des Eigenkapitals führt. Jede Verringerung, und das ist das eigentlich fast Teuflische daran, des Eigenkapitals bewirkt automatisch auch eine Verringerung des zur Verfügung stehenden Ergänzungskapitals.

Eine derartige Herabsetzung dieser beiden wesentlichen Parameter in der Höhe von zweimal rund 40 Millionen Euro, also 80 Millionen Euro weniger Eigenkapitaldecke, bedeutet eine automatische Spirale nach unten.

Das heißt, die gesamte Geschäftstätigkeit der Bank Burgenland hätte darunter gelitten, und jegliche Geschäftsausweitung dadurch unmöglich gemacht, sodass die Bank Burgenland keine Chance hätte, aus Eigenem aus der Verlustzone zu kommen.

Nicht nur das! Notwendig wäre sogar gewesen, dass bestehende Geschäfte aufgegeben hätten werden müssen, damit die Eigenkapitalerfordernisse eingehalten hätten werden können.

Nun einige Sätze zu den einzelnen Strukturmaßnahmen, die in der Landesregierung mehrheitlich gesetzt wurden. Was die Privatisierung betrifft: Erklärtes Ziel des Landes ist die vollständige Privatisierung der Bank Burgenland. Im Zuge des Privatisierungsprozesses wurden seitens der ernsthaften Kaufinteressenten, wie Hypo Alpe-Adria, BAWAG, Hypo NÖ oder Raika, unisono verschiedene Probleme angesprochen und deren Lösung vor einem Kauf verlangt beziehungsweise versucht, im Rahmen der Gewährleistungsregelungen abzusichern. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Forderungen: Von allen Interessenten wurde der Erwerb von 100 Prozent der Aktien der Bank Burgenland verlangt. Das heißt, das Land muss zuerst die restlichen 10 Prozent kaufen, damit sie diese logischerweise dann auch weitergeben kann. Aber, da war sowohl im Landtag, als auch in der Regierung Einhelligkeit gegeben. Durch Maßnahmen, die in der Regierungssitzung am 16.12. gesetzt wurden, wurde eben ermöglicht, dass dieser Kauf aller Aktien gegeben ist. Dadurch wurde aber auch die grundsätzliche Voraussetzung für die erfolgreiche Privatisierung der Bank gelegt.

Etwas diffiziler ist die Situation bei den Swap-Geschäften. Im Jahr 1999 wurden von den Vorständen Gassner, Widder und Schneider, Wertpapierpositionen in Höhe von insgesamt 410 Millionen Euro mit einem Zinsertrag von zirka 3,75 Prozent jährlich fix

gekauft. Zur Refinanzierung wurden Mittel in gleicher Höhe zu einem Zinssatz von Euribor variabel von seinerzeit 3 Prozent jährlich aufgenommen.

Das heißt, das war damals noch ein gutes Geschäft. Aufgrund jedoch steigender Zinsen wurden über diese Refinanzierungslinien, um größeren Schaden zu vermeiden, Fixzinszahlerswaps mit einem Zinssatz von durchschnittlich 5,8 Prozent fix jährlich darüber gelegt. Damit wurden die aktivseitigen fix verzinsten Wertpapierpositionen durch das Einstellen passivseitiger Fixzinszahlerswaps von zirka 5,8 Prozent fix jährlich zu einer Bewertungseinheit zusammengeführt.

Dadurch entstand in den Jahren 2001 - 2003 eine konstante jährliche negative Zinsmarge in der Bank von zirka 8 Millionen Euro. Aufgrund der Konditionierung in Form eines variablen Eingangs in Höhe eines 6-Monats-Euribors und eines Ausganges von durchschnittlich 5,68 Prozent fix jährlich, ergeben sich für die Periode 20.1.2004 - 19.1.2005 tatsächliche Mehraufwendungen von zirka 14,3 Millionen Euro und für die folgenden 4 Jahre bis zum Laufzeitende 2009 gemessen am heutigen Eurozinsniveau zirka 43 Millionen Euro Mehraufwendungen als Barwert bei derzeitiger Zinskurve.

Diese Mehraufwendungen kann die Bank Burgenland natürlich nicht selbst erwirtschaften. Von den Wirtschaftsprüfern wurde daher für die Bilanz 2004 stichtagsbezogen eine Rückstellung von zirka 35 Millionen Euro plus der Abdeckung des Verlustes 2004 von mehr als 40 Millionen Euro verlangt. Um den Wert der Bank Burgenland nachhaltig zu festigen, und damit das Vermögen des Landes zu sichern, haben sich zwei Möglichkeiten ergeben. Als Alternative eins wäre die Auflösung der Fixzinszahlerpositionen gegen Barzahlung von zirka 43,5 Millionen Euro möglich gewesen. Damit wären dem Land Kosten in dieser Höhe entstanden, die nicht mehr einbringlich gewesen wären.

Deshalb wurde die Alternative zwei gewählt, bei der das Land rückwirkend ab 20.1.2004 im Innenverhältnis zur Bank in die Fixzinszahlerverpflichtungen eintritt.

Damit sind folgende Vorteile verbunden: Die Bank Burgenland ist von den fixen Belastungen, die auch nicht zum Positiven verändert werden können, befreit. Zweitens, das Land hat die Möglichkeit, durch geeignete Bewirtschaftungsmaßnahmen diese Fixzinszahlerbelastungen wesentlich zu verringern. Drittens wird die, von der Bank Burgenland periodisch der Finanzmarktaufsicht vorzulegende, Zinsrisikostatistik bei einer Übernahme der Swaps nicht überschritten und auch die Bonität der Bank dadurch gesichert.

Durch eine weitere Maßnahme wurde mit der Senkung der Haftungsprovision ein Beitrag des noch 90-prozentigen - ich hoffe, jedoch bald 100-prozentigen - Eigentümers zur Stabilisierung der eigenen Bank geleistet. Gemäß § 4 Abs. 6 des Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetzes steht dem Land Burgenland für die Zeit der aufrechten Ausfallsbürgschaft ein, und ich zitiere, „unter Bedachtnahme auf die beiderseitigen Interessen und die finanzwirtschaftlichen Verhältnisse angemessene Haftungsprovision zu. Die Haftungsprovision ist durch Vereinbarung zwischen dem Land Burgenland und der Aktiengesellschaft festzulegen.“

Das Gesetz legt also fest, dass auf die Interessen des Landes, aber natürlich auch auf die Interessen der Bank, die doch überwiegend im Eigentum des Landes steht, bei der Festlegung der Haftungsprovision Bedacht zu nehmen ist. Die Festlegung der neuen Haftungsprovision auf 100.000 Euro pro Jahr ist deshalb vertretbar, weil, unter anderem, auch bis 1998 überhaupt keine Haftungsprovision seitens des Landes eingehoben wurde, weil die Interessen der landeseigenen Bank dies erfordern, weil sich die Haftung des

Landes aufgrund der Vereinbarung zwischen der EU-Kommission und der Republik Österreich ab 2.4.2007 sukzessive verringert und letztendlich weil die Haftungsprovision seitens der EU-Kommission nicht als Argument für ein Weiterbestehen der Landeshaftungen angesehen wurde.

Auch was die Übernahme von Beteiligungen betrifft ist ganz klar zu sagen, dass alle Kaufinteressenten als Kaufbedingung die Übernahme von Liegenschaftsbeteiligungen durch das Land oder durch Dritte gefordert haben. Mit Regierungsbeschluss vom 16.12.2004 wurde daher vorläufig nur die Übernahme der Beteiligung der Bank Burgenland an der BB 1, dem Sportzentrum VIVA, durch die BELIG, veranlasst.

Diese Übernahme soll zu einem Kaufpreis von 5,3 Millionen Euro erfolgen. Dies ist gleichzeitig der Buchwert des Beteiligungsansatzes. Diesem Buchwert liegt ein Gutachten bei der Übernahme zu Grunde, welches von einem Verkehrswert von 5,3 Millionen Euro und einem Sachwert von 10,4 Millionen Euro ausgeht. Das heißt, die Bank Burgenland erhält dadurch keinen zusätzlichen Gewinn, weil der Buchwert als Kaufpreis vereinbart wurde. Zusätzlich zum Kaufpreis sollen von der BELIG die bestehenden Kredite von 2,9 Millionen Euro mitübernommen werden.

Diese Kredite wurden, unter anderem, für Investitionen gewährt, die sowohl zu einer Erhöhung der Attraktivität des Sport- und Wellnessbereiches, als auch zur notwendigen Betriebsgenehmigung führten, die vorher nicht gegeben war. So wurden damit, zum Beispiel, eine wettbewerbstaugliche Kegelanlage, die Errichtung eines ganzjährig bespielbaren Kunstrasenplatzes und der Umbau der Reithalle in eine Fußballhalle finanziert. Diese zusätzlichen Investitionen erhöhen natürlich den geschätzten Sachwert von zirka 10 Millionen Euro um mehr als 2 Millionen Euro auf mehr als 12 Millionen Euro.

Die Übernahme des Sportzentrums durch die BELIG soll aus folgenden Gründen erfolgen und das, denke ich, ist auch gerechtfertigt. Die BELIG verfügt mit den Geschäftsführern Mag. Heinz Fellner und Ing. Alfred Schlögl über ein professionelles Management in diesem Bereich. Die BELIG verfügt auch über das notwendig Know-how zur Verwaltung, Entwicklung und Verwertung von Liegenschaften. Für die BELIG ist die Entwicklung und die eventuelle Verwertung von Liegenschaften das Hauptgeschäft, auf das sie sich voll konzentrieren kann. *(Abg. Manfred Kölly: Der Vorstand war nicht fähig, das zu machen? Das ist mir unverständlich. Dafür brauchen wir jetzt die BELIG?)*

Die Abtretung und Übernahme des Klageanspruches der Bank Burgenland gegenüber der Bank Austria-CA durch das Land wurde gleichfalls mit Regierungsbeschluss vom 16.12.2004, ohne die Stimmen der ÖVP, beschlossen. Zwischenzeitig wurde am 23.12.2004, nach Intervention von Landeshauptmann Hans Niessl, eine Vereinbarung mit der Bank Austria-CA zu Gunsten der BELIG abgeschlossen. Das, obwohl das von der Bank Burgenland bei Univ. Prof. Rummel in Auftrag gegebene Gutachten und insbesondere das im Auftrag der Bank Austria-CA von Univ. Prof. Franz und Univ. Prof. Peter Bydlinsky erstellte Gutachten die Erfolgsaussicht einer Klage als äußerst gering eingestuft haben.

Diese Vereinbarung, der auch die ÖVP zustimmte hat folgenden Inhalt: Die Bank Austria-CA gewährt der BELIG ein Darlehen über 60 Millionen Euro auf eine Laufzeit von 15 Jahren zu einem Zinssatz des jeweils aktuellen 3-Monats-Euribor abzüglich eines Sonderabschlages von zirka ein Prozent, was eine Ersparnis über die gesamte Laufzeit von zirka 5,542 Millionen Euro ergibt. Durch diese Vereinbarung konnte eine Klage der Bank Austria-CA vermieden werden.

Ich möchte aber auch auf einige Vorwürfe, die zur heutigen Sonderlandtagssitzung geführt haben, Stellung nehmen.

Gemäß Art. 45 Abs. 2 L-VG hat die Landesregierung den Landtag über alle bedeutsamen Regierungsakte frühzeitig zu informieren. Nach den Erläuterungen zu dieser Bestimmung soll der Landtag auch über sonstige für das Land bedeutsame Regierungsakte frühzeitig informiert werden und so auch die Gelegenheit erhalten, die Motive von Regierungsvorlagen kennen zu lernen. Es ist aber unbestritten und es entspricht dem gewaltentrennenden Grundprinzip der Bundes- und Landesverwaltung in Exekutive und Legislative, dass die Entscheidung der Landesregierung zukommt.

Eine Information des Landtages vor einer Beschlussfassung in der Landesregierung hätte aufgrund der damit verbundenen Publizität zu einer Verunsicherung der Kunden der Bank geführt und sich deshalb negativ auf die wirtschaftliche Situation der Bank Burgenland ausgewirkt. Daher war die Information des Landtages in Form eines Berichtes bei der regulären Landtagssitzung am 27. Jänner 2005 vorgesehen. (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*)

Damit wäre der Hohe Landtag zwar nach Beschlussfassung, aber noch vor Umsetzung der einzelnen Maßnahmen offiziell informiert worden. Betrachtet man nun die einzelnen Maßnahmen, so zeigt sich folgendes Bild: Der Erwerb der Aktien seitens des Landes wurde bereits im Jahre 2003 mit der Unterbreitung eines freiwilligen öffentlichen Übernahmearbotes gezeigt und der Wille offenkundig, dass das Land Alleinaktionär der Bank werden will. Mit dem Kauf der Aktien, die von der Bank Burgenland selbst gehalten werden, wird ein weiterer Schritt in diese Richtung gesetzt. Das Ziel, dass das Land Alleinaktionär der Bank Burgenland sein soll und damit ein erfolgreicher Privatisierungsprozess durchgeführt werden kann, wurde dem Landtag mehrfach berichtet und vom Landtag bereits im Nachtragsvoranschlag 2003 bei der Position 1/914078/0806 - Ankauf von Vorzugs- und Stammaktien der Bank Burgenland - genehmigt.

Der dafür notwendige Aufwand spiegelt sich in dem vom Landtag genehmigten Rechnungsabschluss 2003 wider.

Im Jahr 2004 konnte wegen der laufenden Verkaufsverhandlungen keine Rückkaufsaktivität gesetzt werden.

Obwohl bei der Budgeterstellung für das Jahr 2005 noch nicht vorhersehbar war, ob und in welchem Ausmaß Aktien der Bank Burgenland erworben werden können, wurde unter der VASSt. 1/913003/0864 allgemein für den Ankauf der Aktien Vorsorge getroffen.

Die Bedeckung der Mehrausgaben hierfür kann, wie bereits 2003, aus Rücklagen erfolgen. Daraus ist klar ersichtlich, dass nicht nur eine Information des Landtages über diese Absicht der Landesregierung erfolgt ist, sondern dass der Landtag dies auch genehmigt hat.

Zur Verringerung der Haftungsprovision auf 100.000 Euro pro Jahr ist zu vermerken, dass bis zum Jahr 1998, um das noch einmal zu sagen, überhaupt keine Haftungsprovision eingehoben wurde. Sie war bis dahin im Gesetz nicht vorgesehen, hätte aber vereinbart werden können.

Diese Maßnahme, Reduzierung der Haftungsprovision auf 100.000 Euro, erscheint gerechtfertigt und wird im Rahmen des Nachtrags zum Landesvoranschlag 2005 dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden. Das geht ja auch gar nicht anders.

Was die Übernahme von VIVA durch die BELIG, aber auch die Abtretung des Klageanspruches, betrifft, habe ich vorhin schon ausführlich Stellung genommen. Zum

7323 Burgenländischer Landtag, XVIII. Gp - 52. Sitzung - Dienstag, 18. Jänner 2005

Eintritt des Landes Burgenland in die Fixzinszahlerswaps ist zu sagen, dass erstmalige eventuelle Zahlungen im Jahr 2006 laut Regierungsbeschluss, aber entsprechend dem aktuellen Verhandlungsstand mit der Bank Burgenland, erst im Jahre 2010 fällig sind.

In ihrem Beschluss hat die Landesregierung eindeutig festgehalten, dass eventuelle Ausgaben die entsprechenden Voranschläge vorbehaltlich der Zustimmung des Burgenländischen Landtages belasten.

Damit ist klargestellt, dass die Burgenländische Landesregierung in ihrem Beschluss davon ausgeht, dass dem Landtag eine klare Genehmigungskompetenz zukommt. Da für die Bewirtschaftung von Swap-Positionen im Voranschlag 2005 bereits durch den Landtag Vorsorge getroffen ist und eventuelle Ausgaben im Jahr 2010 vom Land genehmigt werden müssen, ist daher eine frühzeitige Einbindung des Landtages gewährleistet.

Zum Vorwurf, dass das EU-Wettbewerbsrecht verletzt würde, möchte ich sagen, dass aus derzeitiger Sicht die, von der Landesregierung beschlossenen, Maßnahmen nicht gegen die gemeinschaftlichen Wettbewerbsvorschriften verstoßen.

Voraussetzung für die Privatisierung der Bank sind sie ebenfalls nicht und daher ist die Übernahme der Swap-Geschäfte aus dem Jahr 1999 unbedenklich, zumal bis einschließlich 2010 die Bank Burgenland und das Land Burgenland im Hinblick auf die Besserungsverpflichtung und Garantievereinbarung mit der Bank Austria, gleichsam - um das nochmals zu sagen - als kommunizierende Gefäße anzusehen sind, weil Gewinne in der Bank Burgenland zur Reduktion der Bank Austria-Zahlungen dienen.

Den Vorwurf, dass die Regierung das Strafrecht verletzt, nämlich Untreue, gemäß § 143 StGB, halte ich für ungeheuerlich! Gemäß Strafgesetzbuch ist strafbar, wer eine ihm eingeräumte Befugnis über fremdes Vermögen zu verfügen wissentlich missbraucht und dadurch dem anderen einen Vermögensnachteil zufügt.

Zunächst ist dazu klar festzustellen, dass alle Maßnahmen dazu dienen, das Vermögen des Landes zu sichern. Dies deshalb, weil die Bank Burgenland momentan zu mehr als 90 Prozent im Eigentum des Landes steht und derzeit noch eine unbeschränkte Ausfallhaftung des Landes für die Bank Burgenland da ist.

Maßnahmen, die der Sicherung der Ertragskraft der Bank Burgenland dienen und der Erhaltung des Wertes der Bank, dienen unmittelbar auch der Erhaltung des Landesvermögens. Es ist also in keiner Weise erkennbar, durch welche der Maßnahmen, der Tatbestand der Untreue verwirklicht werden könnte und dies auch noch ohne Begründung - so irgendwie in den Raum gestellt wird. Sollte die Übertragung der VIVA an die BELIG durchgeführt werden, so ist festzuhalten, dass auch diese Übertragung von einer 90-prozentigen Tochter in eine andere 100-prozentige Tochter des Landes ja nicht ernsthaft als Untreue bezeichnet werden kann, weil beide Gesellschaften im Eigentum des Landes stehen und der Erwerb zu von Gutachten untermauerten Werten erfolgt, also nicht überhöht.

Der Eintritt eines Schadens im Landesvermögen, kann dadurch denkbar unmöglich eintreten. Also möchte ich auch darauf hinweisen, dass durch die Vereinbarung zwischen der Bank Burgenland AG, dem Land und der Bank Austria, der BELIG insgesamt ein wirtschaftlicher Vorteil von zirka 5,25 Millionen Euro verschafft wurde.

Zum Vorwurf der Verletzung des Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetzes, worin Sie sich auf die Haftungsprovision beziehen, möchte ich auch auf die Tatsache hinweisen, dass bis 1997/1998 überhaupt keine Haftungsprovision eingehoben wurde. Die

Haftungsprovision ist gemäß Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz unter Bedachtnahme auf die beiderseitigen Interessen des Landes und der Bank, sowie auch auf die finanzwirtschaftlichen Verhältnisse durch Vereinbarung festzulegen. Daher kann aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Bank in keiner Weise ein Verstoß gegen das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz konstruiert werden.

Was den Vorwurf der Nichteinhaltung der budgetrechtlichen Bestimmungen betrifft, so wird die Verringerung der Haftungsprovision im Nachtragsvoranschlag dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt. Wie die Landesregierung in ihrem Beschluss festgestellt hat, bedarf die eventuelle Zahlung aus dem Eintritt in die Fixzinszahlerswap-Geschäfte der Zustimmung des Burgenländischen Landtages und das erstmals nach Regierungsbeschluss 2006, nach Übereinkommen mit der Bank, aber erst im Jahr 2010.

Das heißt, die Landesregierung hat damit klar festgehalten, dass eine Zustimmung des Landtages eingeholt wird. Darüber hinaus bestimmt Artikel 37 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes, dass die Landesregierung dem Landtag im Laufe eines Finanzjahres Nachträge zum Landesvoranschlag vorlegen kann, falls sich geänderte Notwendigkeiten ergeben. Aufgrund dieser Bestimmungen werden dem Landtag laufend, vor Ablauf eines Finanzjahres, Nachtragsvoranschläge zur Genehmigung vorgelegt. Dies ist nicht nur jahrzehntelange Praxis, sondern findet ihre Erklärung im Artikel 37 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes. Ein Verstoß gegen die budgetrechtlichen Bestimmungen kann deshalb gar nicht vorliegen.

Hohes Haus! Erst dieses Maßnahmenpaket zur Sanierung der Bank Burgenland, das mehrheitlich von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung beschlossen wurde, ermöglicht das zur Weiterführung der Bank notwendige Testat der Wirtschaftsprüfer, sowie die Zustimmung der Finanzmarktaufsicht. Das bedeutet wiederum eine solide Basis der Bank Burgenland und auch die, von uns allen angestrebte Privatisierung der Bank Burgenland. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! „In den vergangenen vier Jahren ist nicht viel passiert. Daher bin ich sicher nicht bereit, jetzt einfach 30 Millionen zuzuschießen.“ Das sind nicht meine Worte. Ich zitiere vom 5. August 2004 Landesrat Bieler.

Das heißt, Herr Landesrat, Sie haben am 5. August ganz klar gesagt, in den vergangenen vier Jahren ist nicht viel passiert, daher bin ich sicher nicht bereit, jetzt einfach 30 Millionen zuzuschießen. *(Landesrat Helmut Bieler: Waren wir auch nicht.)*

Sie sind nicht bereit 30 Millionen zuzuschießen, Sie sind noch zu viel mehr bereit. Offensichtlich hat sich Ihr Standpunkt seit damals geändert. Wenn die SPÖ-Regierungsmannschaft nun nur wenige Monate später und nachdem der Landtag in der Zwischenzeit ein Budget beschlossen hat, plötzlich bereit ist, einen noch wesentlich höheren Beitrag in die Bank zu stecken, die Rede ist so zwischen 67 und 133 Millionen Euro, dann ist das etwas eigenartig und für uns ein Grund, das zu hinterfragen.

Das Budget des Landes liegt immer noch in der Verantwortung des Landtages und der Landtagsabgeordneten, die darüber abstimmen müssen. Der SPÖ-Alleingang ist für uns ein Vorgeschmack darauf, wie die SPÖ agiert, wenn sie glaubt, dass sie das alleine

machen kann und zwar hinter verschlossenen Türen, ohne Transparenz und ohne Öffentlichkeit. (*Abg. Christian Illedits: Das ist Aufgabe der Regierung.*)

Wenn die Regierung die Beschlüsse des Landtages nachträglich unterläuft, dann kann das nur eines zur Folge haben, eine Sondersitzung des Landtages, deswegen sind wir heute hier. Diese Vorgangsweise lassen wir uns sicher nicht gefallen! (*Beifall bei den Grünen, FPÖ und ÖVP*)

Es ist traurig genug, wenn sich die SPÖ-Abgeordneten, die das Budget ja zur Gänze beschlossen haben, von ihren Regierungsmitgliedern jetzt an der Nase herumführen lassen. Aber von den Grünen, die nur in zwei Punkten nur zugestimmt haben, darf das wohl niemand erwarten. Denn die Kosten, die das Maßnahmenpaket der Regierung verursachen wird, Gelder in der Höhe zwischen 67 und 133 Millionen Euro werden natürlich, in den Budgets der nächsten Jahre fehlen. Sie werden fehlen in den Schulen des Landes. Sie werden fehlen in der Kinderbetreuung, in den Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen, in der Jugendarbeit, im Sozialwesen, im öffentlichen Verkehr, in der Biolandwirtschaft und so weiter.

Als Grüne, die wir unsere Regierungsmitglieder gut kennen, befürchte ich, das Geld wird überall fehlen, außer im Straßen- und Güterwegebau. Ganz besonders bitte, wird dieses Geld aber der Wirtschaftsförderung fehlen. Die EU-Förderung wird in den nächsten Jahren massiv zurückgefahren, statt dessen tritt dieses Maßnahmenpaket in Kraft. Die Arbeitslosenzahlen im Burgenland sind jetzt schon auf Rekordniveau. Und ausgerechnet die SPÖ nimmt uns den allerletzten Rest an Handlungsfähigkeit, (*Abg. Christian Illedits: Was hat das mit der Bank Burgenland zu tun?*) um Spekulationsgeschäfte auf den internationalen Finanzmärkten abzudecken. (*Abg. Christian Illedits: Sie produzieren Arbeitslose bei der Bank, indem Sie die Bank ruinieren.*) Da kann man nur sagen, weit ist die Sozialdemokratie im Burgenland gekommen.

Der Landtag hat die Budgethoheit und die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich, so steht es geschrieben. Im Zuge der Privatisierungsversuche für die Bank Burgenland und die damit verbundenen Strukturmaßnahmen, wurde die Informationspflicht gegenüber dem Landtag sträflichst vernachlässigt. Obwohl diese in der Landesregierung vorgesehen ist.

Ich zitiere wörtlich aus der Landesverfassung Artikel 45: Darüber hinaus hat die Landesregierung dem Landtag über alle geplanten bedeutsamen Regierungsakte frühzeitig zu informieren. (*Landesrat Helmut Bieler: Habe ich!*) Sie haben uns informiert, Herr Landesrat, nicht frühzeitig, sondern nachher. Nach dem Regierungsbeschluss habe ich eindringlich in Ihrer Abteilung angefragt, um eine Information über den Regierungsbeschluss zu erhalten. Das Erste was ich bekommen habe, war eine Presseaussendung. Das war der Gipfel an diesem Tag. Nach meinem insistieren habe ich dann, sehr richtig, den Sitzungsakt bekommen. (*Landesrat Helmut Bieler: Sie wissen, dass ich nicht im Haus war.*)

Wie gesagt, wir werden informiert über die Medien. Wenn wir verlangen, dass wir im Kontrollausschuss informiert werden, heißt es „Amtsverschwiegenheit“, obwohl Sie kurz darauf den Journalisten ein Interview geben, wo Sie diese Dinge alle sagen. Sie haben auch heute alles aus dem Regierungsakt zitiert. Also heute ist es offensichtlich möglich, das öffentlich zu diskutieren. (*Abg. Christian Illedits: Sie wollten es ja wissen!*)

Was nächstes Mal passiert wäre, (*Abg. Christian Illedits: Das war höchste Zeit, nachdem Sie sich ahnungslos darstellen.*) das kann man heute leicht irgendwie schildern. Die Landesverfassung, die es seit mehr als 20 Jahren gibt, schränkt sowieso die

Kontrollmöglichkeiten und die Mitsprache des Landtages auf ein Minimum ein. Um eine effiziente Kontrolle der Finanzgebarung des Landes zu gewährleisten, muss aus unserer Sicht, und das ist jetzt die Konsequenz aus der Geschichte, die Landesverfassung so geändert werden, damit es ohne Zustimmung und ohne Ermächtigung des Landtages keine Möglichkeit gibt, dass das Land Anleihen aufnimmt, Kreditoperationen durchführt, keine Bürgschaften zu Lasten des Landes eingegangen werden dürfen.

Wir verlangen, dass zu Veräußerungen und Belastung von Landesvermögen, die Zustimmung oder die Vollmacht des Landtages erforderlich ist.

Das ist keine Forderung, die wir so aus der Luft gegriffen haben. Im Unterschied zur, sage ich einmal, sehr rückständigen alten, veralteten Landesverfassung im Burgenland, haben andere Bundesländer sehr wohl diese Regelung. Solche Regelungen haben Salzburg, Tirol, Steiermark, Kärnten und Wien. Es wäre in diesen Bundesländern nicht möglich, weder die Immobilien des Landes zu verscherbeln, noch die Bank Burgenland zu verkaufen. Bei uns ist es aufgrund der gesetzlichen Grundlage möglich, auch den Landtag so weit zu hintergehen, dass er nicht einmal im Vorfeld informiert wird.

Das größte Problem in der aktuellen Diskussion rund um die Bank Burgenland ist die fehlende Transparenz, die ausschließlich durch den Landtag gewährleistet werden kann. Aus der Regierung und auch aus der Bank selbst, gelangen nur bruchstückhafte Informationen an die Öffentlichkeit. Viele davon inoffiziell, ungenau, widersprüchlich. Ganz offensichtlich gibt es mittlerweile auch innerhalb der Regierung keine konstruktive Kommunikation zu diesem Thema mehr.

Aber was völlig inakzeptabel ist, dass wir als Landtag schlecht, unzureichend oder gar nicht informiert werden. Aus SPÖ-internen Kreisen wurde sogar verlautet, es ist gut, dass wir in der Sonderlandtagssitzung auch erfahren, was eigentlich in der Bank los ist, denn wir kommen auch zu keiner Information. (*Unruhe bei der SPÖ - Abg. Dr. Ewald Ritter: Sicher nicht.*)

Also, was geht vor in der Bank? Es gibt diesbezüglich gute und schlechte Nachrichten, beginnen wir mit den guten. Die Bank ist Landeseigentum und verdient einen sorgsamem Umgang. Dafür sind wir auch. Wir sind dafür, dass die Bank erhalten bleibt, und das bekommt, was sie braucht. Nach allen uns vorliegenden Zahlen und Aussagen, wäre es möglich, die Bank stabil und gewinnbringend zu führen, wenn man sie von allen Altlasten befreit. Da gibt es sicher einen Reformbedarf.

Der Herr Landesrat hat ja gesagt, dass in den letzten vier Jahren nichts passiert ist. Aber zumindest wurden gewisse Reformen, wie wir heute gehört haben, in letzter Zeit, doch umgesetzt, was vier Jahre lang nicht passiert ist.

Es gibt aber auch schlechte Nachrichten und die tragen den Namen „Swap-Geschäfte“. Das sind Finanzspekulationen, mit denen man zwischen fixen und variablen Zinsen wechseln kann. Und damit möchte ich mich gerne ein bisschen beschäftigen.

Im Jahr 1999 ist das Bankmanagement ein Spekulationsgeschäft eingegangen. Man hat deutsche Bundesemissionen gekauft, also Anleihen. Die Bundesrepublik hat diese Anleihen mit einem fixen Satz von 3,5 Prozent verzinst. Soweit wäre das ein normales Bankgeschäft. Aber was äußerst merkwürdig ist für eine Bank, in dieser Größenordnung auch völlig außergewöhnlich, ist die Höhe, nämlich 410 Millionen Euro. Das waren immerhin mehr als oder zirka 5,6 Milliarden Schilling.

Das ist immerhin die Hälfte des burgenländischen Landesbudgets. Da stellt sich für uns die Frage, woher hatte die Bank so viel Geld? Die Antwort lautet, sie hatte es

natürlich nicht. Sie musste es auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen, und hat dieses Geschäft daher mit 41 „Swaps“ zu je zehn Millionen Euro bewirtschaftet, also in Summe 410 Millionen. Für diese „Swaps“ hat sie einen variablen Zinssatz bezahlt, und zwar den jeweils marktüblichen.

Um das also jetzt zu vereinfachen, die Bank Burgenland hat sich 410 Millionen Euro auf den Finanzmärkten ausgeborgt, und damit dem deutschen Staat Anleihen gewährt. Dafür hat sie von den Deutschen fix 3,75 Prozent Zinsen erhalten und auf den Finanzmärkten den jeweils aktuellen Zinssatz bezahlt. Das ist eine klassische Spekulation. Liegt das internationale Zinsniveau unter 3,75 Prozent verdient die Bank Burgenland, liegt es darüber, ist das ganze ein Verlustgeschäft.

Wir werden uns wohl alle darauf einigen können, dass ein solches Geschäft, egal ob es positiv oder negativ ausgeht, nicht zu den Aufgaben einer landeseigenen Bank gehört. Schon gar nicht in dieser atemberaubenden Höhe.

Nicht ein einziger Schilling damals, oder ein einziger Euro, der hier über die internationalen Finanzkanäle verschoben wurde, war im Burgenland produktiv und hat auch nur irgendetwas zur Regionalentwicklung oder Wirtschaftsförderung beigetragen. Das allein ist schon ein Skandal.

Kurz nachdem das Geschäft abgeschlossen wurde, ist das Zinsniveau gestiegen und hat schon nach wenigen Monaten eine Höhe von 5,8 Prozent erreicht. Für die Bank hat das bedeutet, dass sie für die 410 Millionen Euro 3,75 Prozent Zinsen bekommt, selbst aber 5,8 Prozent Zinsen bezahlt. Das macht nach „Adam Riese“ einen Verlust von 2,05 Prozent aus und bei einem Volumen von 410 Millionen Euro sind das 8,4 Millionen Euro jährlich.

An diesem Punkt hat das Bank Burgenland-Management gefürchtet, dass die Zinsen noch weiter steigen werden und hat die Notbremse gezogen. Man ist wieder ein „Swap-Geschäft“ eingegangen, jetzt in umgekehrter Richtung. Damit wurden die zu bezahlenden Zinsen auf dem aktuellen Stand eingefroren, also bei 5,8 Prozent. Damit war das ganze Geschäft fixiert. Beide Zinssätze bleiben seit dem unverändert, die Differenz beträgt 2,05 Prozent und die Bank verliert nun jährlich 8,4 Millionen Euro, ganz egal wie sich der Zinssatz entwickelt.

Das jährliche Fälligkeitsdatum ist übermorgen, 20. Jänner. Am Donnerstag wird die Bank Burgenland wieder um 8,4 Millionen ärmer sein. Warum? Nennen Sie mir einen einzigen sinnvollen Grund, warum ein Land, beziehungsweise eine Landesbank überhaupt solche Zinsspekulationen eingehen soll? Oder besser erklären Sie das, Herr Landeshauptmann, einer kleinen Gewerbetreibenden, (*Landeshauptmann Hans Niessl: Da war ich nicht Landeshauptmann. Unruhe bei der ÖVP und FPÖ - Abg. Manfred Köllly: Aber SPÖ-Klubobmann. - Abg. Matthias Weghofer: Das sind Spielermethoden.*) die bei der Bank für ein paar tausend Euro Kredit gleich ihr Privathaus als Sicherstellung geben muss. Sie sagen, Sie stehen hinter 2.500 Klein- und Mittelbetrieben, Sie sagen, Sie stehen hinter 25.000 Sparern. (*Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Das hätte sich bitte die SPÖ vorher überlegen müssen und es kann nicht sein, (*Landeshauptmann Hans Niessl: 1999 war ich nicht Landeshauptmann!*) dass man sagt, da war ich noch nicht dabei, und dann hinter mir die Sintflut.

Wenn die Geschäfte 2010 schlagend werden, werden Sie vielleicht auch nicht mehr Landeshauptmann sein. Was wird dann sein? Sie tragen ja wohl die Verantwortung auch für die Zukunft, (*Landeshauptmann Hans Niessl: Deshalb löse ich jetzt das Problem. - Allgemeine Unruhe*) sowohl wie die SPÖ die Verantwortung auch für die Vergangenheit

zu tragen hat. Damit ist das ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Wie lösen Sie das Problem?*) Dazu komme ich noch! Damit ist das Thema „Swap“ leider nicht abgeschlossen, die Bank hat nämlich noch zwei weitere zusätzliche Geschäfte in den Sand gesetzt. Das Volumen beträgt jeweils 100 Millionen Euro und derzeit machen diese beiden „Swaps“ einen jährlichen Verlust von zusammen sechs Millionen Euro. Die Zinssätze sind bei diesen Geschäften nicht fixiert, das heißt die Verluste können noch sinken und das hoffte auch der Herr Landeshauptmann und er hoffte sogar möglicherweise einen Gewinn daraus zu machen. Wenn wir Pech haben, können sie aber auch noch steigen, das ist eben das Wesen eines Spekulationsgeschäftes.

Man sollte glauben, dass diese Verluste allen Beteiligten für alle Zukunft eine Lehre sein müssen und keine weiteren Zinsspekulationen mit Landesvermögen eingegangen werden. Aber was geschieht jetzt nun im Maßnahmenpaket von der SPÖ? Es wird über das 410 Millionen Euro Paket erneut ein „Swap-Geschäft“ darüber gelegt.

Ab jetzt steigt das Land in die Spekulationsgeschäfte ein und spekuliert auf variablen Zinsen. Die Bank hat es offensichtlich nicht gut gekonnt, das Land wird es jetzt dementsprechend besser machen. Die „Swaps“ werden „bewirtschaftet“, habt Ihr das genannt. Kein Wunder, das klingt aus dem Mund eines Sozialdemokraten im Wahljahr auch viel besser als das Wort „Zinsspekulation“. Aber genau darum handelt es sich jetzt. Das Land geht jetzt erneut eine Zinsspekulation ein, in der Höhe von 410 Millionen Euro!

Diese Verluste können wie gesagt nicht nur sinken, sondern sie können auch steigen. Das hat der Herr Landeshauptmann nicht dazugesagt. Was aber Tatsache ist, dass die Kosten und das Risiko bei diesem neuen „Swap“ nicht die Bank übernimmt, sondern jetzt das Land. Das Land Burgenland spekuliert mit Budgetmitteln der nächsten Jahre auf den internationalen Finanzmärkten. Das ist so schrecklich, dass man es kaum glauben kann und die SPÖ erwartet hoffentlich nicht im Ernst, dass wir das so einfach hinnehmen.

Nun wurde das Problem von Vertretern der Landesregierung mehrmals so dargestellt, als wären die „Swaps“ erst mitten in den Verkaufsverhandlungen aufgetaucht und hätte diese zum Platzen gebracht. Es ist einmal notwendig zu sagen und zwar deutlich, dass das so nicht stimmt! Der Vorstand, der die Geschäfte 1999 und 2000 getätigt hat, hat angeblich, ich beziehe mich nicht auf inoffizielle, sondern auf offizielle Informationen der Bank, weder den Aufsichtsrat, noch die Landesregierung davon unterrichtet. Das kann man jetzt glauben oder nicht, es ist für mich nicht nachprüfbar.

Aber diese „Swap-Geschäfte“ waren immer in der Buchhaltung der Bank verzeichnet. Zu jedem Zeitpunkt, das hat uns auch das Vorstandsmitglied Ulrich bestätigt. Es hat nur offensichtlich zwischen 1999 und 2003 niemand nachgesehen oder niemand nachschauen wollen. Das ist ein Zustand, der für uns nicht zu akzeptieren ist und für den der Aufsichtsrat und damit in der Folge auch die Eigentümerversorger verantwortlich sind.

Wie auch immer das gelaufen ist, spätestens im November 2003 flog das Geschäft auf, weil das erste Mal Zahlungen fällig wurden. Spätestens seit damals war auch der Aufsichtsrat informiert. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Dr. Herbst hat uns die Auskunft gegeben, ab diesem Zeitpunkt, ab 20. November 2003, war auch die Landesregierung informiert.

Seit November 2003 ist das Ausmaß des Desasters bekannt meine Herren! Seitdem sind 14 Monate vergangen. Der für die „Swap-Geschäfte“ verantwortliche Vorstand musste im Mai 2004 gehen. Nun stellt sich die Frage, was ist in den sechs Monaten dazwischen geschehen? Haben Sie es ein halbes Jahr nicht wahrhaben wollen,

nicht glauben wollen, oder haben Sie für den Vorstand erst einen geeigneten Versorgungsposten bei einer SPÖ-nahen Versicherung suchen müssen, damit er nach seiner Entlassung nicht auspackt? (*Unruhe bei der SPÖ - Abg. Dr. Ewald Ritter: Also das ist sehr tief.*)

Halten wir fest, ein burgenländisches Landesunternehmen verspekuliert 410 Millionen Euro. Die bislang einzige personelle Konsequenz, die die Landesregierung in 14 Monaten daraus gezogen hat, ist die Versetzung eines SPÖ-Mannes in ein anderes „rotes“ Unternehmen und was man so hört, bei ganz gutem Gehalt. Kein Aufsichtsrat ist zurückgetreten, kein Mitglied der Landesregierung. Ich hätte gern den Herrn Geschäftsführer Darabos gehört, wen er zum Rücktritt auffordern würde, würde das auf Bundesebene passieren.

Das ist ja nicht der einzige Skandal rund um die „Swaps“. (*Abg. Gertrude Spieß: Das ist aber neu.*) Es steht auch der Verdacht der Verschleierung im Raum. Wenn die Landesregierung seit November 2003 über die „Swap-Geschäfte“ informiert war, das Platzen der Privatisierungsgespräche Mitte 2004 aber mit dem plötzlichen Auftauchen der „Swaps“ begründet wurde, dann gibt es für uns zwei Erklärungen. Entweder diese Darstellung ist falsch und die Öffentlichkeit wurde getäuscht, oder man hat versucht, die Käufer für dumm zu verkaufen. Beides zeugt von schlechtem Umgang in einer Situation, in dem dem Land letztendlich schwerer finanzieller Schaden zugefügt wurde.

Aber jetzt genug von den „Swaps“, es gibt ja noch andere bemerkenswerte Punkte in dem Paket. Das Maßnahmenpaket, das die SPÖ beschlossen hat, sieht auch vor, alle ausständigen Aktien der Bank Burgenland zurückzukaufen, um das Unternehmen von der Börse nehmen zu können. Immerhin sind 20 Prozent der Bank in Streubesitz und das sind meistens oder größtenteils stimmrechtslose Aktien.

Dieser Schritt, dieses Aufkaufen aller Aktien mag ja für einige Leute ganz bequem sein. Erstens einmal für die Aktionäre, die Bank Burgenland-Aktien befinden sich, wie Sie alle wissen, in einem langen konstanten Sinkflug. Sie sind an der Börse kaum verkäuflich. Zwischen Mitte September und Mitte Dezember wurde nicht eine einzige Aktie gehandelt, obwohl es Verkaufsangebote gab. Drei Monate lang fand nicht eine einzige Aktie einen Abnehmer oder eine Abnehmerin und jetzt geht die SPÖ her und kauft mit einem Schlag die Aktionäre und die Aktionärinnen frei. Sehr interessant!

Zweitens, ist der Kauf noch recht angenehm für den Vorstand und den Aufsichtsrat der Bank. Sie rechtfertigen den Aktienkauf des Landes damit, dass die privaten Minderheitsaktionäre auf den Hauptversammlungen Probleme machen, das würde nun wohl wirklich niemanden wundern bei dieser Performance. Aber wenn man sich die Struktur des Grundkapitals der Bank ansieht, kommen einem Zweifel an dieser Darstellung.

Es gibt nämlich Stammaktien mit Stimmrecht und Vorzugsaktien ohne Stimmrecht. Die Privatanleger haben beinahe nur Aktien ohne Stimmrecht. Das Land hält 97,97 Prozent der Aktien mit Stimmrecht. (*Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Das gibt es aber woanders auch.*) Also noch einmal, das ist nur eine Feststellung. Das Land hält also 97,97 Prozent der Aktien mit Stimmrecht. Dazu kommen ein paar tausend Stammaktien, die im Besitz der Bank selbst sind. Damit bleiben gerade 1,8 Prozent der Aktien mit Stimmrecht im Streubesitz. Die Eigentümer und Eigentümerinnen dieser 1,8 Prozent können wohl auf der Hauptversammlung unangenehme Fragen stellen, das mag schon sein, aber mehr können sie dort nicht.

Das kann also nicht der Grund sein, warum die Bank von der Börse genommen werden soll. Der wahre Grund ist wohl ein anderer. Börsennotierte Unternehmen unterliegen besonders strengen Transparenzkriterien und Bilanzierungsvorschriften. Wenn die Bank von der Börse genommen wird, fällt beides weg.

Das ist der Grund, meiner Meinung nach, warum die Regierung alle Aktien kaufen will, auch die ohne Stimmrecht. (*Landesrat Helmut Bieler: Der Verkauf ist für Sie kein Argument?*) Ist durchaus ein Argument. Es ist wenig überraschend, dass die SPÖ im Wahljahr die Transparenz der Bank weiter reduzieren will, aber wir als Oppositionspartei können davor nur warnen. Wenn man sich die bisherige Praxis bei Transparenz und Bilanzierung, beziehungsweise Kontrolle derselben ansieht, muss man dieses Vorhaben sehr kritisch anschauen.

Was kostet nun das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? Wie bereits erwähnt und jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt, besitzen die privaten Investoren nur wenige Aktien mit Stimmrecht, dafür aber umso mehr stimmrechtslose Aktien. Auch diese will die SPÖ erwerben. Für den Rückkauf aller Aktien gibt das Land laut Maßnahmenpaket 3,6 Millionen Euro aus. Der Kurs der Aktien liegt derzeit bei 21 Euro pro Stück, egal ob mit oder ohne Stimmrecht. Das macht also zunächst 3,6 Millionen für die Aktionäre und Aktionärinnen. Dabei bleibt es vermutlich aber nicht, wenn die Bank privatisiert wird, ist dieser Preis aus übernahmerechtlichen Gründen nachzubessern.

Dann muss das Land den Aktionären und Aktionärinnen den Durchschnittspreis der letzten sechs Monate bezahlen und weil der Kurs seit Monaten fällt, ist der Durchschnittspreis natürlich deutlich höher als der aktuelle Kurs. Im Moment liegt der Durchschnitt der letzten sechs Monate bei 28 Euro. Das ist ein Preis, den auf der Börse monatelang niemand bereit war zu zahlen. Sie erinnern sich, drei Monate lang wurde keine Aktie verkauft. Und jetzt soll das Land halt diesen Preis zahlen. Ist das sozialdemokratisch? Aber vielleicht steht das „SP“ für „Spekulantenpartei“ oder ich weiß es nicht wofür. (*Heiterkeit bei der ÖVP*)

Noch einmal im Klartext, die Aktien sind jetzt 21 ... (*Abg. Gerhard Pongracz: Da können Sie nicht einmal selber lachen.*) Ihr spekuliert jetzt über einen „Swap“ mit 410 Millionen Euro. Noch einmal im Klartext, die Aktien sind jetzt 21 Euro wert. Die SPÖ ist bereit, den Investoren und Investorinnen bis zu 28 Euro zu bezahlen und das bitte aus dem burgenländischen Budget. Na woher wird die Differenz bezahlt werden? Natürlich von etwaigen Privatisierungserlösen. Dazu können wir nur zwei Dinge sagen: Nein und nochmals Nein! (*Unruhe bei der SPÖ*)

Wir sind weder bereit die Transparenz- und Bilanzierungsvorschriften der Bank zu lockern, noch wollen wir den privaten InvestorInnen mit Steuergeld einen überhöhten Preis für ihre Aktien bezahlen. Das kommt für uns nicht in Frage.

Kommen wir zum dritten Punkt des SPÖ-Beschlusses. Hier liegt die Sache recht einfach, das geht ein bisschen kürzer. Das Land schießt der Bank 1,7 Millionen Euro pro Jahr zu und das ab dem Jahr 2005. Wie kann das sein, werden sich manche fragen? Das müsste doch irgendwie im Budget stehen. Dort stand es aber nicht, als wir es beschlossen haben.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie merken, ich gehe davon aus, dass Sie alle das Budget gelesen haben, als Sie es beschlossen haben, dort war das nicht. Wir brauchen auch dafür keinen Nachtragsbeschluss. Wir haben heute gehört, wird ja erst schlagend, (*Landesrat Helmut Bieler: Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass*

wir einen Nachtragsvoranschlag brauchen.) wenn wir alle in Pension sind, also vorher braucht sich niemand Sorgen machen.

Ihre Regierungsmannschaft hat eine viel elegantere Lösung gefunden, den Landtag zu umgehen. Sie brauchen unsere Zustimmung nicht, obwohl das Geld ja irgendwie aus dem Budget kommen muss, es wird ja erst 2010 oder irgendwann schlagend.

Wie wir alle wissen, haftet das Land Burgenland für alle Kredite der Bank. Ursprünglich waren das 360 Millionen Euro, mit den Zinsen ist dieser Betrag auf mittlerweile 430 Millionen Euro angewachsen. Dafür, dass das Land haftet, erhält es von der Bank eine Haftungsprovision in der Höhe von 1,8 Millionen Euro jährlich. Dieser Betrag steht im Budget 2005 auf der Einnahmenseite. Sie alle haben das so beschlossen.

Nun setzt aber dieser Maßnahmenkatalog Ihren Beschluss außer Kraft. Die Prämie wird auf eine eher symbolische 100.000 Euro Summe jährlich herabgesetzt. Die Bank kann also pro Jahr 1,7 Millionen Euro behalten, was einer direkten Finanzspritze des Landes gleichkommt. Der Unterschied ist, dass es rein buchhalterisch für das Land keine Ausgabe darstellt, sondern einen Einnahmerrückgang. Ein Einnahmerrückgang braucht keinen Nachtragsvoranschlag. Ich meine, es ist eben weniger hereingekommen und so ist es eben. Selbst wenn er von der Regierung absichtlich herbeigeführt wird. Damit, meine Damen und Herren, haben Sie uns hier im Landtag ein wenig ausgetrickst. (*Landesrat Helmut Bieler: Sie vergessen, warum wir das getan haben!*)

Wie Sie sich vielleicht erinnern werden, Herr Finanzlandesrat Bieler, haben Sie eine Budgetrede gehalten, die für die Mörbischer Seefestspiele reif war. Der Harald Serafin hätte sich stolz gefühlt, hätte er Ihnen irgendwie das Wasser reichen können. Sie haben uns erklärt, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben. (*Landesrat Helmut Bieler: Haben wir auch!*) Nun fehlen uns 1,7 Millionen Euro. Die müssen wir auf der Ausgabenseite irgendwo einsparen. Das ist ganz klar. Wo werden Sie sparen? Werden Sie im Straßenressort sparen, Herr Landesrat? (*Beifall bei den Grünen*) Das wäre eine mutige Ansage. Oder werden Sie im Bildungsbereich sparen? Oder im Kindergartenbereich? Aus welcher Budgetgruppe werden Sie das Geld nehmen? Irgendwo muss es herkommen. Die Abgeordneten Ihrer Partei haben allen Budgetgruppen einzeln zugestimmt. Welche dieser Abstimmungsquoten werden Sie damit unterlaufen? (*Landesrat Helmut Bieler: Wenn Sie das Budget gelesen haben, haben Sie gesehen, dass wir die Einzigen waren, die im Straßenressort gespart haben!*)

Vierter Punkt im SPÖ-Maßnahmenpaket. Die BELIG wird veranlasst, die Beteiligung der Bank Burgenland am Sportzentrum VIVA um 5,3 Millionen Euro zu kaufen und als Draufgabe noch das Kreditobligo von 2,9 Millionen Euro gleich mitzuübernehmen. Ein Sportzentrum, welches in der Vergangenheit durch großzügige Förderungen der Bank Burgenland die Preise in den Keller fahren ließ und damit sämtliche Fitnesscenter in der Umgebung in wirtschaftliche Turbulenzen brachte. Es ist ein Sportzentrum, welches laut ExpertInnenmeinung zu hoch bewertet wurde. Es ist samt Schuldenübernahme wirklich eine tolle Errungenschaft. (*Abg. Dr. Ewald Ritter: Welche Experten waren das, die das behauptet haben?*)

Die BELIG ist ein Konstrukt, das am Landtag „vorbei gemacht“ wurde. Der Landtag hat null Informationen bekommen. Warum seitens des Kontrollausschusses null Informationen weitergegangen sind, wissen wir nicht. Das wird sich erst zeigen. Das steht noch nicht fest. Ich habe das Wortprotokoll. Es gab auch falsche Informationen. Das Wortprotokoll liegt hier. Die BELIG ist ohnehin ein Konstrukt, welches auf dünnen Beinen steht. Wenn die Geschäftsführer der BELIG etwas von Wirtschaft verstehen, dann werden sie jetzt laut aufschreien. Vielleicht hinter verschlossenen Türen, aber sie werden sicher

einen Aufschrei tätigen. Denn die VIVA belastet die BELIG mit einem Kreditobligo in Summe von 8,2 Millionen Euro. Wenn es wahr ist, was ExpertInnen sagen, dass die VIVA nicht mehr als zwei Millionen Euro Wert ist, dann muss ich sagen, das ist ein Geschäft. Hier wird ein Loch zugemacht, dafür ein anderes aufgemacht. *(Abg. Christian Illedits: Das sagen wieder Ihre Experten!)*

Was wird das Land mit dem maroden Unternehmen tun? Die Bank hat es nicht geschafft, es zu verkaufen. Das Land wird es schaffen? Wir sind schon sehr gespannt. Aber nicht nur die VIVA soll vom Land übernommen werden, sondern die SPÖ erklärt sich auch bereit, zwei weitere Beteiligungen, nämlich den Wirtschaftspark in Kittsee - ein bisher ebenfalls erfolgloses Projekt - und den Wirtschaftspark Neusiedl zu übernehmen. Hier würde ebenfalls ein Kauf zu überhöhten Preisen erfolgen. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist eine Unterstellung. Das ist einfach nicht wahr!)* Alle drei Beteiligungen bedeuten samt Kreditobligo eine Belastung von 53 Millionen Euro. Wenn das Ganze aber nur 20 Millionen Euro Wert ist, was offensichtlich kolportiert wird, na dann „grüß Gott“.

Das sind im Konkreten die wesentlichen Gründe, warum wir Grünen diesen Regierungsbeschluss, den die SPÖ im Alleingang beschlossen hat, ablehnen. *(Beifall bei den Grünen)* Halten wir zunächst fest, dass die Bank Burgenland im operativen Geschäft Gewinne macht. Offensichtlich sind das vier Millionen Euro pro Jahr. Das ist eine Basis, auf der man sicher arbeiten kann. Aber weil die Swap-Geschäfte rund 14 Millionen Euro kosten, liegt der jährliche Verlust der Bank knapp unter zehn Millionen Euro.

Wir wissen, dass die Bank diesen Verlust nicht länger tragen kann, weil er die Eigenmittelbasis untergräbt. Wir sind für den Erhalt der Bank. Wir sind dafür, dass das Land die Bank so weit stützt, damit sie das bekommt, was sie braucht. Aber es muss auch gehandelt werden, das wissen wir. Wir hatten viele Vier-Parteien-Verhandlungen, in vielen Bereichen. Das ist gut so. Der Landtag besteht aus vier Parteien. Wir hätten uns erwartet, dass hier eine gemeinsame Lösung von allen Beteiligten gesucht wird. Dann wären alle hinter diesem Beschluss gestanden. Dann würde die Bank schon längst nicht mehr in den Schlagzeilen stehen und wir hätten gemeinsam nach einer Lösung suchen können. *(Abg. Christian Illedits: Konstruktive Vorschläge sind nicht verboten!)*

Auch wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen. Aber die Verluste, und das möchte ich auch sagen, aus diesen Swap-Geschäften, laufen nicht ewig. Das erste und das größte Geschäft läuft am 20. Jänner 2009 aus. Das sind noch genau vier Jahre und zwei Tage. Die Bank muss noch fünfmal zahlen. Dann ist die Bank weit lebensfähiger, weil diese fixen Verluste von 8,4 Millionen Euro pro Jahr wegfallen. Noch vier Jahre und zwei Tage für das, dass vier Jahre lang, Landesrat Bieler, nichts passiert ist. Es ist ein absehbarer Zeitraum und danach wird sich einiges ändern aufgrund der ausfallenden Swaps. Dass dazwischen die Landtagswahl liegt, mag für die SPÖ unangenehm sein. Aber das ist noch lange keine Erklärung für diesen Maßnahmenpakt, der unserer Meinung nach, in Panikreaktion geschehen ist.

Der Landeshauptmann Hans Niessl hat erst vor einigen Monaten erklärt, dass die Bank aus eigener Kraft fähig wäre, sich zu sanieren. Der Landeshauptmann hat auch andere Sachen gesagt. Er hat im Vorjahr, nach dem Beschluss gesagt: „Bis Ende des Jahres ist die Bank verkauft.“ Wir haben jetzt Jänner. Die Bank ist, wie ich annehme - oder ist es dem Landtag vielleicht entgangen - noch nicht verkauft. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Sie tragen wesentlich dazu bei!)* Mein Kollege Josko hat alle Zeitungsausschnitte heute mit. Es war interessant nachzulesen, welchen „Zickzackkurs“ Sie alle miteinander gefahren haben. *(Abg. Christian Illedits: Machen Sie noch zwei Sonderlandtage, dann verkaufen wir die Bank leichter!)*

Sie haben erklärt, die Bank sei fähig sich aus eigener Kraft zu sanieren. Wir Grünen sehen das auch so. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn die SPÖ jetzt vor der Wahl die Nerven wegwirft, um sozusagen mit einem hohen Verkaufsertrag in die Wahlen zu gehen. (*Abg. Gertrude Spieß: Was sind die politischen Konsequenzen?*) Die SPÖ bezahlt dieses Maßnahmenpaket nicht. Die politische Konsequenz ist die Abschaffung der Proporzregierung. Das ist die einzige politische Konsequenz. Die Einzige. (*Allgemeine Unruhe*) Die SPÖ ist sich ihres Sieges maßlos sicher, weil sie nur mehr provoziert. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Wir sprechen hier von einer Maßnahme und wir erklären, warum wir diese Maßnahme für schlecht halten. (*Abg. Christian Illredits: Dann sagen Sie die Wahrheit!*) Ihr redet ununterbrochen. Ihr polarisiert und provoziert ununterbrochen und jetzt, wo man Euch kritisiert, regt Ihr Euch auf. (*Abg. Christian Illredits: Wir sind die Einzigen, die aktiv sind!*)

Wenn die Bank langfristig aus eigener Kraft saniert werden kann, das Geld wegen dem Wahlkampf aber aus Landesmitteln genommen wird, dann hat das für das Land dramatische Konsequenzen. Ich habe schon gesagt, was das bedeutet. Sparen in allen Belangen. Die Kernfrage für uns bleibt: Wie wird die Bank Burgenland die nächsten vier Jahre und zwei Tage, bis das große Swap-Geschäft endet, überleben? Wie kann sie das überbrücken? Dafür gibt es aus unserer Sicht auch andere Lösungen. Ich will damit nicht sagen, dass das die Überlösung ist, aber es ist Wert, darüber zu diskutieren. Diese Möglichkeit hatten wir leider nicht. Wir hatten keine Möglichkeiten über Lösungen zu diskutieren.

In der Landesverfassung steht aber, dass, bevor entscheidende, bedeutsame Regierungsakte behandelt werden, der Landtag zu informieren ist. Wenn wir darüber reden können, ob wir ein Jagdgesetz oder ein Straßengesetz, oder was weiß ich für ein Gesetz in einem Vier-Parteien-Gespräch verhandeln können und zu einem Konsens kommen können, dann wäre es wohl bei diesem wichtigen Projekt, das uns alle wichtig ist, notwendig gewesen, an einem Strang zu ziehen. Das hätte der Bank sicher besser getan. Sie wäre aus den Schlagzeilen heraus gewesen. Sie haben dafür vier Jahre lang Zeit gehabt. Wir haben vier Jahre lang sehr diskret und sehr im Hintergrund agiert. Aber jetzt ist einfach das Maß voll!

Es gibt verschiedene vernünftige Lösungen. Jede einzelne Lösung ist unangenehm, das wissen wir. Aber niemand wird glauben, dass wir in der Situation irgendwie eine angenehme, streichelweiche Lösung finden können. Es gibt eine Möglichkeit - die Ihr in der Regierung angedacht habt - das Land könnte den ganzen Swap auf einmal abbezahlen. Diese Möglichkeit habt Ihr verworfen. Fünfmal 8,4 Millionen Euro wären 48 Millionen Euro. Das wäre für ein hoch verschuldetes Land viel Geld auf einem Schlag. Das Land könnte aber der Bank jährlich im Jänner einen Kredit von 8,4 Millionen Euro gewähren, das wäre ein Prozent der Budgetsumme für fünf Jahre. Das wäre unangenehm, aber es wäre ehrlich. Einen Teil könnte man durch eine Verwaltungsreform hereinbringen. Der Bundes-Rechnungshof hat Euch schon x-mal vorgerechnet, wie viele Millionen Ihr Euch ersparen könntet. Ihr habt es bis heute nicht gemacht.

Ganz sicher, Herr Landesrat, finden wir auch einige Projekte im Straßenbau, die wir einsparen können. Das Land hat nichts dagegen, dass der Bund im Südburgenland um hunderte von Millionen eine Straße baut, die niemand will. Es gibt also Einsparungspotential in Hülle und Fülle. Wenn das Land auf eine langfristige Rückzahlung bestehen würde, hätte man sogar in späteren Budgets, nach Ihrer Pensionierung Herr Landesrat, mehr Geld zur Verfügung. Oder man könnte andenken, jährlich 8,4 Millionen Euro aus den Rückflüssen der Wohnbauförderung zu nehmen und diese vorzuschießen.

Die Bank könnte das Geld langfristig zurückzahlen. Dann bliebe auch die gesamte Substanz der Wohnbauförderung erhalten. *(Beifall bei den Grünen)*

Oder man könnte wieder eine Aktion zur vorzeitigen Rückzahlung der Wohnbauförderung machen und diese Mittel der Bank borgen. Organisatorisch wäre es ... *(Landesrat Helmut Bieler: Das dürfen wir nicht!)* Das sind nur Beispiele. Organisatorisch wäre das umsetzbar und es wäre möglich diese Zuschüsse jährlich zu tätigen. Dann hätten wir sozusagen das schöne Bild, dass die Bank Burgenland saniert ist und dass dann ein Kaufpreis von 80 Millionen Euro, oder was immer auch kolportiert wird, erreicht wird. In Wirklichkeit haben wir 500 Millionen Euro hineingesteckt. All diese Möglichkeiten sind aber - und das wissen wir - nur begrenzt wahlkampfartig. Deshalb werden sie von der SPÖ nicht wahrgenommen. Man bewirtschaftet, im wahrsten Sinne des Wortes, lieber einen neuen 410 Millionen Euro-Swap, spekuliert auf die Zinsentwicklung und hofft, dass draußen niemand etwas davon versteht. Das ist für uns eine inakzeptable Vorgangsweise.

Kein Kind, das einmal auf eine heiße Herdplatte gegriffen hat, macht das ein zweites Mal. Aber Sie setzen vier Swap-Spekulationen in den Sand und hoffen dann, dass mit dem fünften Versuch erreicht wird, hier zu gewinnen. *(Landesrat Helmut Bieler: Wir haben nichts in den Sand gesetzt!)* Das erinnert uns schon ein bisschen an Spielkapital und Kasino.

Damit kommen wir zu den beiden Swap-Geschäften mit einem Volumen von je zehn Millionen Euro, über deren Bereinigung wir eigentlich noch gar nicht geredet haben. Diese Swaps enden 2011 und 2013 und machen derzeit einen Verlust von insgesamt sechs Millionen Euro pro Jahr aus. Mit dem operativen Gewinn der Bank könnten diese Verluste größtenteils abgefangen werden und das Land könnte zum Beispiel mit dem Verzicht auf die Haftungsprovision, damit haben wir uns auch einverstanden erklärt, aushelfen. Damit wäre sozusagen mit einem Kredit, mit einem vorzeitig verborgten Geld und dem Verzicht auf die Haftungsprovision ein sicheres und gutes Wirtschaften für die Bank möglich gewesen. Damit wären dann, und das möchte ich auch noch sagen, sofern nicht neue „faule Eier“ auftauchen, die diversen Bank Burgenland-Skandale bewältigt. Wenn die Bank auf diese Art noch etliche Jahre braucht, um aus den finanziellen Engpässen herauszukommen, muss man eben auch das diskutieren. *(Landesrat Helmut Bieler: Damit Sie noch lange ein Thema haben!)*

Das ist nicht erfreulich. Aber, dass die SPÖ kurz vor den Landtagswahlen die Notbremse zieht und sich hier freikaufen will, ist für uns nicht tragbar. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank Burgenland, Dr. Herbst, hat vor einigen Tagen die Politik aufgefordert, die Bank nicht für den Wahlkampf zu missbrauchen. Man kann ihm dabei nur zustimmen. Aber er hätte seine Kritik an die beiden Regierungsparteien richten sollen. Die Bank ist Landeseigentum und ist in den letzten vier Jahren nicht aus den Schlagzeilen herausgekommen, weil Sie offensichtlich nicht im Stande waren, diese Probleme zu lösen. Es ist auch nicht zulässig, die Landesbudgets *(Abg. Christian Illedits: Das können Sie uns aber nicht vorwerfen!)* der nächsten Jahre für den Wahlkampf zu missbrauchen. Es wäre wohl allen Beteiligten lieber, wenn die Probleme der Bank seit Jahren gelöst wären. Zeit dafür wäre gewesen. Schließlich ist diese Regierung seit vier Jahren im Amt. Die politische Schuld daran, dass die Bank nicht aus den Schlagzeilen kommt, trifft die Herrschaften auf der Regierungsbank und sonst niemanden.

Ich zitiere daher am Ende meiner Rede noch einmal Landesrat Bieler: „In der Bank ist seit vier Jahren nichts geschehen.“ *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Köllly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass das Thema Bank Burgenland sehr interessant ist, sieht man an der Kulisse, an den Zuhörern. Ich denke, hier geht es um sehr viel. Hier geht es um Steuergelder. Um Steuergelder, die verschwendet und schlussendlich den Bach hinuntergegangen sind. Wir könnten mit diesen Steuergeldern, ich sage das dezidiert, zweimal die Ziel 1-Förderung bekommen. Die gleiche Summe hätten wir noch einmal. Wir hätten zusätzlich ein Jahresbudget des Landes. Was könnten wir mit diesem Geld alles für unser Land betreiben und machen? Was geschieht in diesem Land? Man wird nervös seitens der SPÖ, wenn man über die Bank Burgenland spricht. Man wird nervös, wenn man über die Wirtschaftskompetenz gewisser Leute spricht. Man denkt sich, man kann in diesem Land alles machen, was man will, weil man vielleicht bald die Mehrheit bekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube die Bevölkerung denkt etwas anders. (*Abg. Christian Illedits: Da sind wir uns auch sicher!*) Herr Kollege Illedits Du kommst dann zu Wort. Du kannst dann reden.

Ich will etwas zitieren. „Familiensilber bleibt im Besitz des Landes. Das Familiensilber des Burgenlandes wird nicht verkauft, sondern nur besser verwaltet.“ Das versprach SPÖ-Landesrat Helmut Bieler.

„Wie berichtet, befürchtet die FPÖ, dass sogar das Landhaus zum Kauf angeboten werden soll, um die Verbindlichkeiten aus dem ‚Bank Burgenland-Desaster‘ bedienen zu können.“ Krone 10. Februar 2003. Ich zitiere noch einmal: „Es soll nichts verkauft werden, alles bleibt im Eigentum des Landes“, bekräftigt Landesrat Helmut Bieler, seines Zeichens Finanzexperte. Ich höre und staune! Wir haben das alles nicht mehr. Das Landhaus gehört uns nicht, die Bezirkshauptmannschaften gehören nicht mehr uns ... (*Abg. Georg Hahn: Wem gehört es?*) Entschuldige, Herr Kollege Hahn. Herr Kollege Hahn, ich komme gleich dazu.

Man geht her, installiert ... (*Abg. Ewald Gossy: Gott schütze uns vor solchen Finanzexperten wie Ihnen!*) Herr Kollege Gossy, Sie als Gewerkschafter werden überhaupt sehr groß aufzeigen können, weil Sie etwas von Wirtschaft verstehen! Sie sind Arbeitsplatzvernichter und kein Arbeitsplatzschaffer!

Ich denke, einige solcher Aussagen wurden in der letzten Zeit getroffen. Auch der Herr Finanzexperte Bieler hat sich immer geäußert und noch vor vier oder fünf Jahren gesagt: „Diese Bank Burgenland wird sich aus ihrem Sumpf selbst herausziehen.“

Ich höre das immer wieder und habe das sehr oft vernommen. Was ist inzwischen geschehen? Gar nichts! Es wurde noch schlimmer, es wurde noch ärger. Es ist so weit gekommen, dass wir schlussendlich in diesem Land handlungsunfähig sind. Es gibt ein ausgeglichenes Budget. Das hört sich hervorragend an. Fast in jeder Gemeinde gibt es ein ausgeglichenes Budget. Selbstverständlich! Oder ich mache ein Nachtragsbudget und das will sich der Landesrat Bieler nach den Wahlen absegnen lassen.

Denn dann sind die Wahlen vorbei. „Wir haben die Wahl geschlagen, hurra. Dann sollen sie uns alle gern haben.“ Herr Landesrat Bieler, noch einmal. Sie erzählen seit vier Jahren, dass sich diese Bank Burgenland selbst aus diesem Sumpf herausziehen wird.

Ich sage auch noch einmal, dass dieses Desaster leider wesentlich größer geworden ist. Ich möchte noch ein paar Beispiele anbringen. Wenn man wirklich 500 Euro-Scheine fein säuberlich nacheinander auf der Straße auflegen würde, dann würde das eine Strecke von 100 Kilometer Länge ergeben, meine sehr geehrten Damen und

Herren. Nur einmal zur Vorstellung, was das für Geld ist. (*Abg. Christian Illredits: Wer würde so etwas machen?*)

Wer würde so etwas machen? Die SPÖ nicht, das ist schon klar. Aber die braven Bewohner dieses Landes wollen auch einmal eine Vorstellung haben, um wie viel Geld es hier geht. Euch ist das egal, manche sitzen da und wissen gar nicht, was sie abgestimmt haben. Sie haben beim Budget immer mitgestimmt und, und, und.

Oder ein anderes Beispiel. Jedem burgenländischen Haushalt kostet dieses Desaster 5.000 Euro. Das sind 70.000 Schilling, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wir „berappen“ müssen, jeder Einzelne von uns, um dieses Desaster zu sponsern.

Frau Landesrätin, wir sprechen immer von den Kindergärten. Vielleicht könnte man bei den Kindergärten jahrelang keine Beiträge einheben. Das wäre einmal ein Zeichen für dieses Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich denke, so sollte man agieren und wirtschaften.

Ich möchte aber, so wie der Herr Landesrat Bieler, ein bisschen chronologisch auflisten, woher die Probleme der Bank Burgenland resultieren. Ich denke aus drei Bereichen.

Nummer eins: Betrugsaffäre Hom-Rusch: 180 Millionen Euro. Der hat uns „schön genommen“, auf Deutsch gesagt.

Punkt zwei: Kreditausfälle in der Höhe von 180 Millionen Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele dieser Kredite waren, und das sage ich mit der Deutlichkeit, politisch motivierte. Siehe Glatter, siehe Wippel. Wir kommen dann schon schön langsam nach Steinbrunn, wenn ich Wippel sage.

Punkt drei: Spekulationsgeschäft in der Veranlagung von 80 Millionen Euro. Ich denke, die SPÖ möchte die Probleme vor sich herschieben und bis zur Landtagswahl eigentlich alles vertuschen, um in der Öffentlichkeit Ruhe zu haben. Wir wollen auch Ruhe haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir wollen endlich Klarheit haben und dass nicht hinter verschlossenen Türen, so wie bis jetzt, abgehandelt wird. Ich muss schon die ÖVP auch „ins Zeug nehmen“. Sie waren auch dabei. Aber Gott sei Dank haben Sie am Schluss erkannt, dass es so nicht weitergeht. Wir Freiheitlichen haben schon Jahre darauf hingewiesen, dass es in dieser Sache Bank Burgenland „stinkt“ und dass es uns sehr viel Geld kostet.

Der Herr Landeshauptmann und der Herr Landesrat Bieler haben in Halbjahresabständen immer wieder gesagt, dass die Bank nun endgültig saniert wird.

Jedes halbe Jahr höre ich, dass jetzt saniert wird. Das ist in Ordnung. Es gibt soundso viele tolle Käufer, die nehmen uns die Bank ab und dann ist alles erledigt. Leider ist dem nicht so. Jetzt werde ich einmal vorausblicken. Alle Vorausschaurechnungen des Vorstandes, seit 2001, waren falsch. So legte der Vorstand 2001 einen Fünfjahresplan vor, der für das Jahr 2004 ein Betriebsergebnis von 400 Millionen Schilling, das sind 30 Millionen Euro, enthält. 2003 legte der Vorstand eine Vorausschaurechnung vor, die von einem Betriebsergebnis von acht Millionen Euro für das Jahr 2004 ausgeht.

Im Oktober 2004 gab der Vorstand bekannt, dass der Verlust 2004 ohne Sanierungsmaßnahmen zehn Millionen Euro betragen wird. Höre, ich höre!

Ist der Vorstand unfähig? Oder musste er im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes oder des Herrn Finanzlandesrates falsche Zahlen bekannt geben? Das frage ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Vorstände sitzen da. Ich frage mich das. Ich traue mich auch das fragen und auch die Bevölkerung hat das Recht,

das zu erfahren. *(Abg. Christian Illedits: Ihre Behauptungen müssen Sie einmal beweisen können, Herr Kollege!)*

Ich werde Ihnen das beweisen. Ich komme noch dazu, Herr Kollege Illedits. Ich komme noch dazu. Ich frage mich, wie viele Leichen gibt es noch in diesem Bank Burgenland-Keller? Wie viele gibt es tatsächlich noch? Wenn Sie sich noch erinnern können, habe ich vor kurzer Zeit einen runden Tisch gefordert. Ich habe noch nichts von den anderen Fraktionen gehört. Wir wollen das, um zu bereinigen. Ich habe das klar und deutlich gesagt. Legen wir alle Fakten auf den Tisch, diskutieren wir und schauen wir gemeinsam, dass wir dieser Bank Burgenland schlussendlich zum Wohle der Bevölkerung die bestmögliche Chance geben, verkauft, beziehungsweise saniert zu werden. Ich habe von keiner Fraktion in diesem Haus diesbezüglich etwas gehört.

Der Herr Landeshauptmann Niessl und der Herr Bieler, das sind anscheinend Zwillinge, sagten im Februar 2004: „Die Bank Burgenland ist die bestgeprüfte Bank Österreichs.“ Sehr gut. Im Oktober 2004 stellt man überrascht fest, dass es doch noch einige Probleme, nein, Riesenprobleme gibt.

Wie geht man damit um? Werden Niessl und Bieler im Frühjahr 2005 vor den Wahlen überraschend neue Probleme bekannt geben oder erst nach den Landtagswahlen? Jetzt sind wir genau da, wo ich hin will. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deshalb ist die SPÖ sehr nervös, weil sie auch immer das Spiel der freien Kräfte hervorhebt. Das Spiel der freien Kräfte.

Jetzt gibt es dieses Spiel zum Wohle der Bevölkerung, zum Wohle der Burgenländerinnen und Burgenländer.

In einer Pressekonferenz am 14. Jänner 2005 wurde bestritten, dass die Bank Burgenland ein „Fass ohne Boden“ ist. Der Vorstand hat vielmehr erklärt, einen Boden eingezogen zu haben. Ich habe mir heute überlegt, ein Barriquefass mitzunehmen. Um zu sehen, wie ein Fass ohne Boden ausschaut. Ich habe leider nur volle Fässer zu Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Aber der Öffentlichkeit will man vormachen, dass das Problem Bank Burgenland ein Barriquefass, ich möchte das erklären, von 225 Liter ist. In Wirklichkeit ist die Bank Burgenland für das Land ein 100.000 Liter Tank. Bei dieser Menge ist es egal, ob mit oder ohne Boden. So ist das.

Ich komme zum Verkaufsprozess. Seit einem Jahr erklären Niessl und Bieler, dass die Kaufinteressenten Schlange stehen. Das habe ich heute schon erwähnt. Lange sind sie nicht Schlange gestanden. Sie haben gesagt: „Wunderbar, wir werden zugreifen, diese Bank Burgenland, die nehmen wir.“ Dann hat man einen Schritt weiter gemacht. Hoppla. Dann ist man von einer Stufe abgerutscht. Interessant. Wer ist schlussendlich übrig geblieben? Niemand! Es hat die BAWAG gegeben. Sie hat aber sofort abgewunken und hat gesagt: „Es wird nichts mit dieser Bank Burgenland, ich denke, wir gehen lieber nach Libyen.“ Die BAWAG geht lieber nach Libyen wie nach Eisenstadt. Eure Freunde! BAWAG gehört Gewerkschaft! Damit wir das auch kurz geklärt haben.

Auch die Hypo Alpe-Adria-Bank hat die Gespräche abgebrochen. Unser Freund, Landeshauptmann Haider, hat auch erkannt, dass es dort wirklich noch sehr große Leichen gibt, speziell als die Verträge der Angestellten zu hinterleuchten waren. Die Angestellten können nichts dafür. Im Gegenteil, die Angestellten haben Recht. Selbstverständlich! Aber wer ist denn zuständig, wer haftet für das Ganze was hier passiert? Die Hypo Niederösterreich hat auch danke schön gesagt und ist abgezogen. Mit der Oberbank ist man über Vorgespräche überhaupt nicht hinausgekommen. Da war es

überhaupt gleich vorbei. Dann hat der Herr Landesrat Bieler den Koffer genommen und ist auf Reisen gegangen. Er ist auf Österreichtournee gegangen um einen Käufer zu finden. Wo war er? Von der Hypo Tirol Bank hat mich jemand angerufen und gesagt: „Der lässt Dich schön grüßen.“ Auch bei der Hypo Vorarlberg war er. Beide haben gesagt: „Nitschewo.“ So nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landesrat Bieler, Sie werden sich doch erinnern können, wie Sie unterwegs waren und dort angeklopft haben: „Es wäre doch schön, wenn Ihr die Bank Burgenland übernehmen könntet, vielleicht können wir einen Deal machen.“ So ist es leider dort nicht gegangen. Sie haben erkannt, was los ist.

Im Dezember 2004 sagte Landeshauptmann Niessl: „Die Bank wird bis Jahresende verkauft sein. Verlasst Euch darauf, das geht über die Bühne.“ Gut gesagt, getan. Wir hätten nur gerne gewusst wie es aussieht, aber das durften wir nicht wissen.

Pst! Ruhig sein. Wir dürfen nichts reden, denn sonst verschlechtern wir die Chancen, die Höhe des Verkaufes. So war es. Bei der Pressekonferenz der Bank Burgenland am 14. Jänner 2005 sagten der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. Herbst und Vorstandsdirektor Dr. Ulrich, dass sie von einem Verkauf im Jahr 2007 ausgehen. Der Landeshauptmann sagt, die Bank wird verkauft, die Herren Vorstände sagen erst im Jahr 2007. Ich kenne mich nicht mehr aus. Jetzt reden Niessl und Bieler von Investmentfonds, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich frage mich, ist das der amerikanische Investmentfonds, der die ehemalige Datentechnik in Neufeld zugesperrt und über 50 Arbeitsplätze vernichtet hat? Herr Kollege Gossy, als Gewerkschafter müssten Sie da aufschreien. Was ist denn da los? Genau das ist das Ding, wo immer ein Aufschrei fehlt. Das sind die Sachen, wo man sich anstellen und sagen muss, liebe Freunde, so geht das nicht. (*Abg. Ewald Gossy: Wir haben es ja gesehen bei der Arbeiterkammerwahl. Was habt Ihr denn „gerissen“?*)

Ist das dieser gleiche Investmentfonds, der bei der Delphi Packard in Großpetersdorf hunderte Arbeitsplätze in den Osten verlagern will oder verlagert? (*Abg. Ewald Gossy: Das ist kein Investmentfonds.*)

Ich höre nichts von der SPÖ-Seite. Ich höre nichts! Genau das sind die Dinge, wo ich mir denke, wo ist das Land, das hier Maßnahmen setzt? Und an den will man dann die Bank Burgenland verkaufen. Na grüß Gott, die Angestellten und der Vorstand! Schön schauen wir aus, (*Abg. Ewald Gossy: Du kennst Dich wirklich nicht aus!*) wenn sie dann zugesperrt wird, und vorbei ist die Geschichte. Das wollen wir nicht, das sage ich auch gleich dazu.

Dann gibt es den Herrn Landsrat Bieler und den Herrn Klubobmann Illedits ... (*Abg. Ewald Gossy: Wo waren die Freiheitlichen bei Vossen?*) Die haben uns gar nicht hereingelassen. (*Abg. Ewald Gossy: Die hätten alle schon zugesperrt.*) Warte, Herr Kollege, bei der Arbeiterkammerwahl habe ich angeklopft und gesagt, bitte wir wollen auch hinein. Sie haben gesagt, Freiheitliche kommen da nicht herein, nur die Roten dürfen herein, (*Allgemeine Heiterkeit*) weil wir sind 95 Prozent Rote herinnen. So schaut es nämlich aus! (*Abg. Ewald Gossy: Mit Euch hätten sie schon lange zugesperrt.*)

So schaut es im Burgenland aus. Da darf man nicht in einen Betrieb schauen, grüß Gott sagen und fragen, wie geht es Euch denn, gibt es irgendein Problem oder können wir Euch helfen? Wir wollten nicht einmal ein Gewerkschaftsbuch haben. Wir haben keines, Ihr habt eines. Ihr habt dort alle unterschreiben lassen. Das ist bei der Straßenverwaltung und überall sonst das Gleiche.

Meine Damen und Herren! Jetzt gehen wir aber weiter. Der Herr Landesrat Bieler und der Herr Klubobmann Illedits reden immer davon, dass die Raiffeisenbank vielleicht den Zuschlag bekäme weil die Schwarzen, die Schlimmen, wollen es dort hinüberschieben. Das hört man so! Herr Klubobmann Illedits, ich habe kein Problem, muss ich ehrlich sagen. Wenn das ganze Paket in Ordnung ist und die Raiffeisenbank wirklich eine schöne Stange Geld bietet, dann werden wir es uns überlegen. Aber der Landtag muss sich das überlegen und nicht nur die Landesregierung, meine sehr geehrte Damen und Herren. *(Abg. Christian Illedits: Wir werden sehen!)*

So weit müssen wir sein. Ich denke, es sollten alle im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit haben, zu erfahren, wie das tatsächlich über die Bühne geht. In diesem Punkt gebe ich der Kollegin Krojer sehr wohl Recht, hinter verschlossenen Türen alles ausmachen und dann zu sagen, super haben wir es verkauft. Was passiert denn eigentlich?

Was passiert? *(Abg. Christian Illedits: Verhandeln!)* Man schaut wahrscheinlich diesem amerikanischen Investmentfonds das zu, und dann schaue ich mir gerne an, was da passiert.

Kommen wir zum dritten Punkt: Swap-Geschäfte. Swap-Geschäfte sind für die Bevölkerung wahrscheinlich auch nicht einfach zu erklären, aber so ist es. Die Bank Burgenland hat Swap-Geschäfte - Spekulationsgeschäfte, zur Aufklärung - in unverantwortlicher Größenordnung gemacht. 400 Millionen Euro! Man muss sich vorstellen: 5,5 Milliarden ATS! Das ist das Problem, das wir in der Bevölkerung haben. Das sind Summen, die gigantisch sind.

Ich habe vorher schon erklärt, was man alles in unserem schönen Land mit diesem Geld machen könnte: Infrastruktur herstellen, Arbeitsplätze schaffen, Pendlerückholaktion, von der der Herr Landeshauptmann immer erzählt. *(Abg. Christian Illedits: Das könnten wir auch so machen, wenn uns der Bund mehr Geld gäbe.)* 37.000 Pendler haben wir vor vier Jahren gehabt. Er hat gesagt: „Wir holen die Pendler zurück ins Land.“ Jetzt haben wir 40.000 Pendler, nur nebenbei gesagt, aber es soll so sein. *(Abg. Ewald Gossy: Da sieht man die Bundesregierung.)*

Nunmehr will man der Öffentlichkeit glauben machen, es seien noch die Altlasten des früheren Vorstandes, was dort passiert sei. Das ist ja sehr lustig. Man braucht sich nur das Papier anschauen. In einer Pressekonferenz am 14. Jänner 2005 sagte der Vorsitzende des Aufsichtsrates und des Vorstandes wieder einmal, dass diese Spekulationsgeschäfte aus dem Jahr 1999 stammen würden und noch vom alten Vorstand gemacht worden seien. Nebenbei hat er erklärt, dass die problematischen Spekulationsgeschäfte doch etwas spät erkannt worden seien. Aha! Interessant! Wenn wir so in der Privatwirtschaft arbeiten, na servus, dann können wir wahrscheinlich auch in Konkurs gehen.

Dann bei einem Pressegespräch Anfang Dezember 2004 stellt der Vorstandsvorsitzende noch fest, dass diese Geschäfte von seinem Vorstandskollegen gemacht worden seien und er ihm voll vertraut habe. Aha! Jetzt sind wir am Punkt. Dem Gassner hat man auch voll vertraut. Damit schließt sich der Kreis schön langsam. Das heißt, zu diesem Zeitpunkt wurde noch von Zinsswaps, also Zinsspekulationsgeschäften, gesprochen.

In einer Pressekonferenz dann am 14. Jänner 2005 wird gesagt, dass es sich um Dollargeschäfte des alten Vorstandes gehandelt habe. Also sind das Währungsspekulationen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt frage ich mich: Weiß der Vorstand überhaupt, welche Spekulationsgeschäfte in Milliardenhöhe gemacht wurden? Jedenfalls stammen nach Durchsicht nur einige dieser Spekulationsgeschäfte aus dem Jahr 1999.

Der neue Vorstand hat mehrfach versucht, diese Spekulationsgeschäfte zu bereinigen. Das muss man zugute halten. Aber indem sie wieder erweitert haben, indem sie neue Spekulationsgeschäfte eingegangen sind, mit jedem Bereinigungsversuch, ist der Verlust gestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum hat der Herr Stagl gehen müssen? Den hat man zu der Wiener Städtischen als Direktor hinausgelobt. Ich frage mich: Mit was für einem Gehalt und mit was für einer Abfertigung? Hier wird auch Millionenhöhe kolportiert, und jetzt bin ich wieder beim Schilling. Aber das passiert ja überall, Herr Kollege Gradwohl, auch beim Müllverband passiert so etwas. Oder? So geht man mit öffentlichem Geld um. Das verstehe ich nicht ganz.

Ich möchte ein bisschen einen Vergleich herstellen. (*Abg. Christian Illedits: Die Bundesregierung macht das laufend.*) Das hat mir jetzt noch gefehlt, dass die Bundesregierung schuld ist, weil die Bank Burgenland ein Problem hat. Das hat mir noch gefehlt. Danke, Herr Kollege, das hat jetzt noch gefehlt in dieser ganzen Sammlung. Das war jetzt gut. Das war jetzt hervorragend. (*Abg. Christian Illedits: Denken Sie an die ÖBB-Manager!*)

Aber, Herr Kollege, wir können eines machen, wir können beide ins Kasino gehen. Dann haben wir einen Verlust, und dann erhöhen wir einfach, wir verdoppeln - es ist ja egal - den Einsatz. Ist ja nicht schlecht, oder? Der Vorstand der Bank Burgenland, denke ich, hat das auch gemacht. Wir können das auch machen, nur ist das mit ... (*Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Setzt man rot oder schwarz?*)

Warte ein bisschen, Herr Kollege Mezgolits! Nur ein Unterschied ist, ich muss in meinen Sack hineingreifen, muss mein privates Geld hinlegen, und die legen öffentliches Geld dort hin. Ich glaube, das ist ein bisschen ein Unterschied. Ich denke schon, dass das ein Unterschied ist.

Nunmehr übernimmt das Land für die Spekulationsgeschäfte alle Risiken und beauftragt den Vorstand, diese Spekulationsgeschäfte weiterzuführen und zu bewirtschaften, wie Niessl verschämt sagt.

Ich komme wieder zum Landeshauptmann Niessl und Landesrat Bieler. Sie sagen, sie hätten dem Vorstand der Bank zwar ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen, trotzdem schicken sie einen Berater zur Überwachung der zweiten Spekulationsgeschäfte in die Bank. Aha! Warum braucht man den? Das ist auch interessant.

Dann passiert eines: Das Land beauftragt Mag. Klöckl, den ich sehr schätze, die Bank Burgenland bei der Fortführung der Spekulationsgeschäfte für ein Honorar von - ich schätze mal - 100.000, 150.000 oder 200.000 Euro im Jahr zu beraten. Übrigens muss man dazusagen, er macht auch Beratungstätigkeiten im Land und hilft dem Herrn Finanzexperten Bieler. Das muss man auch erwähnen. (*Landesrat Helmut Bieler: Gott sei Dank!*) Na ja, das ist eh gut, weil sonst wären wir wahrscheinlich total hin. (*Heiterkeit bei der FPÖ*)

Das heißt, man hat wieder einen gut dotierten Job geschaffen, was auch hervorragend ist, weil wir kennen das von der BELIG, auf die ich noch komme. Dort gibt es auch zwei, die ebenfalls gut mit Salär bestückt sind.

7341 Burgenländischer Landtag, XVIII. Gp - 52. Sitzung - Dienstag, 18. Jänner 2005

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haben der Herr Landeshauptmann und der Herr Landesrat Bieler kein Vertrauen zu diesem Vorstand? Ich frage Sie! Dort sitzen die Vorstände. Es ist schon interessant, wenn man sich das anschaut. Man bekommt einen vor die Nase gesetzt und muss dann brav das Spiel weiterspielen.

Ich komme zu Punkt vier: Sportzentrum VIVA in Steinbrunn. Herr Kollege Mezgolits, dort haben Sie sich gut und geschwind von der ganzen Geschichte abgeputzt. Da geht man her, das Land kauft das Sportzentrum um 5,3 Millionen Euro und über ... *(Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Herr Kollege, sagen Sie mir bitte, was die Gemeinde damit zu tun hat?)* Du bist immerhin Bürgermeister, denke ich. Ich weiß nicht, sehr interessant! *(Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Erstens einmal war ich es damals nicht und zweitens was hat die Gemeinde mit dem Sportzentrum zu tun?)*

Nein, ich sage ja nur, dass es interessant für Dich ist, mehr habe ich nicht gesagt. Es muss interessant für Dich sein, wenn das Land das um 5,3 Millionen Euro und 2,9 Millionen Euro an Schulden mit dazu übernimmt. Ich frage mich: Wen hat da der Teufel geritten? Das gibt es doch nicht normalerweise. So etwas ist nicht normal! Der Gesamtpreis daher - er wurde heute schon zitiert: 8,2 Millionen Euro. Danke schön!

In der Bank Burgenland intern wurde der Wert des Sportzentrums - und jetzt hoffentlich sage ich die Wahrheit *(Heiterkeit bei der SPÖ und ÖVP)* - auf 2,5 Millionen Euro geschätzt. Ich meine, da sitzen die Vorstände, ich weiß es nicht. Das wurde mir aus dritter Hand gesagt und zugespielt, weil ansonsten erfährt man so etwas nicht. Das erfolgt hinter verschlossenen Türen. Darüber dürfen wir im Landtag nichts wissen, obwohl wir immer brav mitbeschließen sollen.

Wir Freiheitlichen haben das nicht gemacht. Wir haben dem Budget nicht zugestimmt, weil wir genau gewusst haben, es wurde keine Vorsorge im Budget für diese Bank Burgenland getroffen. Wir haben immer darauf hingewiesen: Bitte Vorsorge tragen! Es kracht und grammelt da drinnen. Es wird nicht gut ausgehen. Nichts ist geschehen. Ihr habt keine Ahnung von der Wirtschaft. Jetzt stehen wir mit dem Dilemma da. So schaut es aus. Da frage ich mich, wie das weitergehen soll.

Weiters die BELIG-Geschäftsführer. Wie ich gerade schon erwähnt habe, der eine bekommt 12.000, der andere 14.000 Euro. Ich frage mich: Haben wir nicht gute Beamte in diesem Land, in der Hochbauabteilung, die genauso das machen hätten können? Um billigeres Geld? Die Geschäftsführer sind haftbar. Gut, sie sind haftbar. Das ist in Ordnung. Aber wer verdient 14.000 Euro im Monat? 14.000 Euro im Monat! Und dann, was passiert bei der Abwicklung der Geschäfte der BELIG? Sie erhalten eine Weisung zum Ankauf dieses lustigen VIVA Sportzentrums in Steinbrunn. Das ist ja in Ordnung, aber dann frage ich mich, wer hat den Auftrag erteilt? Wie schaut das aus? Das Land! Warum wird mehr als der dreifache Preis bezahlt? Das muss mir irgendjemand erklären. *(Abg. Christian Illedits: Das stimmt doch nicht!)* Wenn ich Sie frage, Herr Kollege Illedits, kaufen Sie sich das auch? Das Auto um einen dreifachen Preis, nur weil es Ihnen gefällt, weil es eine rote Farbe hat? Na wirklich nicht! Ich denke, das tun Sie nicht. *(Abg. Christian Illedits: Sie müssen bei der Wahrheit bleiben. Es ist nicht der dreifache Preis bezahlt worden. Sie hätten es auch genommen.)*

Nachher könnt Ihr das am Rednerpult korrigieren, wenn Ihr wollt, aber ich sage, dass es so ist. *(Abg. Christian Illedits: Ich sage es gleich, sonst vergessen wir es.)*

Ich sage, die Geschäftsführer der BELIG begehen hier Untreue, wenn sie den Ankauf ohne Gutachten machen und erst recht, wenn sie einen überhöhten Preis

bezahlen. Und damit sind wir bei der Haftung. Was geschieht jetzt mit den zwei Herren? Das ist das Interessante.

Der Vorstand der Bank Burgenland hätte zum Beispiel auch schon längst diese Kritik in der Bilanz berichtigen müssen. Wäre dem nicht so, warum sagen dann Niessl und Bieler, dass mit der Übertragung der Bank finanziell geholfen wird? Das frage ich mich.

Dann gibt es, Herr Landesrat ... (*Landesrat Helmut Bieler: Sie haben mir nicht zugehört!*) Ich habe schon zugehört. Sie haben irgendetwas vorgelesen. Das ist auch sehr interessant gewesen. Das ist schon in Ordnung.

Ich komme zum nächsten Punkt: Haftungsprämie. Das Land erhält für die Haftung für die Spareinlagen bei der Bank Burgenland eine Haftungsprämie von 1,8 Millionen Euro pro Jahr, aber diese Prämie wird auf 100.000 Euro gekürzt. Jetzt frage ich mich: Werden damit nicht die EU-Wettbewerbsgesetze verletzt? Das müssen wir alles hinterfragen.

Punkt sechs: Aussagen zum Sanierungskonzept. „Die Bank geht ohne neuerliche Sanierung in Konkurs. Die Maßnahmen sind zum Schutz der Sparer notwendig.“ Man höre! Ich sage, das ist falsch. Das Land haftet in jedem Fall für die Spareinlagen, auch wenn das Geldvernichtungsprogramm - alias Sanierungsprogramm - nicht gemacht wird. Die Spareinlagen sind in jedem Fall gesichert, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Gertrude Spieß: Natürlich, weil wir haften.*)

Der Bank droht der Konzessionsentzug, wenn das neuerliche Sanierungspaket nicht beschlossen wird beziehungsweise die Bank Verluste macht. Genau das ist es. Falsch ist auch noch, die Bank würde über genug Eigenmittel verfügen, um für das Jahr 2004 bilanzieren zu können. Für die Bilanz 2005 wäre ein Zuschuss von 3,5 Millionen Euro ausreichend. Warum gibt man 90 Millionen Euro, wenn bis 2006 nur 3,5 Millionen Euro notwendig sind? Das ist die Frage.

Falsch ist auch, dass die Bank alle notwendigen Maßnahmen für die Sanierung gesetzt hat. Falsch ist noch: Bisher gab es kaum Sanierungsmaßnahmen in der Bank. In den letzten vier Jahren konnte das Ergebnis immer nur durch die Hilfe des Landes und mit Sondereinnahmen positiv dargestellt werden. Einnahmen aus Schadensersatzwirtschaftsprüfer beziehungsweise Schadensersatzvorstandsmitglied. (*Landesrat Helmut Bieler: Mit welcher Hilfe des Landes?*) Wir haben ihnen das Geld gegeben. Entschuldige! (*Landesrat Helmut Bieler: Welches Geld?*) Was heißt, welches Geld? Wir haben der Bank das Geld gegeben. Die SPÖ hat am 16. Dezember alleine den Beschluss gefasst. Ihr habt den Beschluss gefasst, Herr Landesrat. Wenn Sie sich nicht erinnern können, dann tun Sie mir Leid. Am 16. Dezember habt Ihr den Beschluss gefasst. (*Landesrat Helmut Bieler: Ja! Aber sonst nichts!*) Aber sonst nichts? Na ist ja eh egal, es geht ja nur um ein paar Millionen. Das ist ja egal.

Sie haben vier Jahre nichts getan. Jetzt haben Sie einen Beschluss gefasst. Das glaubt er auch nicht, aber Sie haben ihn gefasst. So ist es! Alleine zwar!

Ich denke, dass wir uns schlussendlich Gedanken machen sollten, wie man in Zukunft weiter vorgeht. Wie kann man wirklich gemeinsam das Schiff Bank Burgenland retten und für die Burgenländerinnen und Burgenländer bestmöglichst darstellen und auch schlussendlich wirklich dieses Thema Bank Burgenland abhaken? Wir wollen keine weiteren Diskussionen mehr. Wir wollen nicht in eine Wahl gehen mit der Bank Burgenland. Glaubt mir das!

Das wird es auch nicht geben, aber es wird eines geben müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir schlussendlich gemeinsam - und ich sage wieder

gemeinsam und nicht nur hinter verschlossenen Türen und nicht nur in der Regierung, sondern gemeinsam - versuchen, aus diesem Dilemma bestmöglich herauszukommen, sodass es für die Burgenländer am besten sein wird. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Dipl.Ing. Berlakovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sie alle verfolgen die Debatte schon länger, und derzeit befindet sie sich wieder auf einem Höhepunkt. In der größer werdenden EU wird die Frage nach ihrer Bedeutung gestellt. Im Österreich-Konvent ist mancher der Meinung, ihre Kompetenzen gehören reduziert. Die Rede ist von den Landtagen, die einmal mehr Gegenstand öffentlicher Debatte hinsichtlich ihrer Bedeutung sind.

Der Standpunkt der ÖVP dazu ist bekannt. Wir wollen starke und selbstbewusste Landtage. Sie sind die Basis für starke und selbstbewusste Bundesländer. Auch das moderne und selbstbewusste Burgenland braucht einen starken und selbstbewussten Landtag. Heute präsentiert sich der Burgenländische Landtag sehr selbstbewusst. Heute beweist der Burgenländische Landtag Stärke. Das sichtbare Zeichen dieses neuen Selbstbewusstseins ist der Sonderlandtag, der von einer demokratischen Landtagsmehrheit beantragt wurde. Man kann daher mit Fug und Recht von einer Sternstunde des burgenländischen Parlamentarismus sprechen.

Was ist geschehen? Am 16. Dezember 2004 fasste die Burgenländische Landesregierung mit den Stimmen der SPÖ-Regierungsmitglieder einen Beschluss mit dem Betreff „Bank Burgenland, Strukturmaßnahmen“. Die ÖVP war gegen diese Maßnahmen, weil sie sie für eine unverantwortliche Geldvernichtungsaktion hält. Der Landtag wurde mit diesem Beschluss nicht befasst. Er wurde nicht befasst, obwohl die Landesverfassung es vorschreibt. Er wurde nicht befasst, obwohl mit diesem Paket mindestens zehn Prozent, wenn nicht mehr, des Landesbudgets bewegt wird. Landeshauptmann Niessl und die SPÖ haben keinen einzigen Schritt unternommen, um den Landtag zu informieren. Daher hat sich eine Koalition aus FPÖ, den Grünen und der ÖVP - eine Koalition der Vernunft - gegen die SPÖ-Geldvernichtung gebildet. Diese Koalition der Vernunft hat den Sonderlandtag beantragt.

Wie reagiert nun die SPÖ? Anstatt demokratiepolitisch einsichtig zu sein, verbreitet die SPÖ Polemik. Landeshauptmann Niessl spricht abwertend von Politinszenierung; Landesrat Bieler vom parteipolitischen Theaterdonner. Das klingt besonders kurios von einer Partei, die viel Erfahrung mit Politinszenierung hat. Als Beispiel sei die Postämterschließung im Jahr 2001 erwähnt. Damals inszenierte die SPÖ einen riesigen Wirbel - Versammlungen, Unterschriftenaktionen, mediale Erklärungen -, mit dem Ergebnis, dass damals zirka 50 Postämter geschlossen wurden. Heute wissen wir, dass der Landeshauptmann damals lediglich vier Briefe an Stellen verschickt hat. Das, Herr Landeshauptmann, ist Politinszenierung!

Wenn die SPÖ ... *(Landeshauptmann Hans Niessl: Was Sie sagen ist eine Unwahrheit. Sie haben schon öfter die Unwahrheit gesagt. - Abg. Christian Illredits: Was haben Sie getan?)*

Sie haben das im Landtag hier gesagt. Tut mir Leid. Es war Ihre Antwort. *(Abg. Kurt Lentsch: Ihre Anfragebeantwortung war das.)* Wenn die SPÖ hingegen beim Sonderlandtag von Politinszenierung spricht, so ist das einerseits traurig und andererseits auch bedauerlich. *(Abg. Christian Illredits: Bei Ihnen aber auch.)* Denn es ist in Wahrheit

ein ziemlich respektloser Umgang mit dem Landtag und ein ziemlich respektloser Umgang mit der Landesverfassung. (*Abg. Christian Illredits: Da haben Sie sicherlich Recht.*) Auch wenn die SPÖ einen Alleinherrschaftsanspruch hat, das Land gehört ihr nicht.

Es wäre durchaus seitens der SPÖ mehr Achtung vor dem Landtag als Kontrollorgan und Vertretungsorgan der Bürger gegenüber der Regierung angebracht. Es wäre mehr Achtung seitens der SPÖ gegenüber der Burgenländischen Landesverfassung angebracht; sie ist immerhin der Grundvertrag des Bürgers mit dem Staat, mit dem Land.

Es wurde der Artikel 45 der Landesverfassung zitiert, wo steht, dass die Landesregierung den Landtag über alle geplanten bedeutsamen Regierungsakte frühzeitig zu informieren hat. Die Betonung liegt auf „frühzeitig informieren“. Landeshauptmann Niessl hat bezüglich des SPÖ-Regierungsbeschlusses vom 16. Dezember zur Bank Burgenland den Landtag nicht frühzeitig informiert. Landeshauptmann Niessl hat den Landtag darüber hinaus nämlich überhaupt nicht informiert - bis zum heutigen Tag -, auch wenn die SPÖ stimmenstärkste Partei und auch Landeshauptmannpartei ist. Mehr Respekt vor der Landesverfassung und dem Landtag und seinen Organen ist unbedingt notwendig! (*Beifall bei der ÖVP*)

Viele Beobachter fragen sich nämlich angesichts des SPÖ-Traras: Wovor fürchtet sich die SPÖ? Fürchtet sich die SPÖ vor der öffentlichen Kontrolle? Macht die SPÖ deswegen einen Rundumschlag - Stichwort Politinszenierung -, weil sie bei der Geldvernichtung ertappt wurde? Versucht die SPÖ abzulenken, um die Geldvernichtung zu verheimlichen?

Daher war die logische Konsequenz aus dem Versäumnis der Niessl-SPÖ die Bildung der Koalition der Vernunft. Diese hat den Sonderlandtag beantragt und auch gleichzeitig die Prüfung des SPÖ-Beschlusses durch den Bundes-Rechnungshof verlangt. Ich weise daher den Vorwurf der Politinszenierung zurück. Wir vollziehen hier und heute einen ganz normalen demokratischen Vorgang. Das Landesbudget ist von diesen Maßnahmen betroffen, und daher muss sich der Landtag mit dieser Materie befassen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Außerdem verweise ich auf Ihre eigene Aussage, Herr Landeshauptmann, anlässlich der Vorsitzübernahme im Bundesrat zuletzt im Schloss Esterhazy. Da haben Sie unter anderem gesagt, der Föderalismus gehöre gestärkt, Föderalismus hieße mehr Transparenz. Genau das, Herr Landeshauptmann, passiert heute. Ein starker Föderalismus sorgt für mehr Transparenz. Ganz so, wie Sie es sich gewünscht haben, aber selber nicht gemacht haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen weiteren Aspekt eingehen. Die SPÖ sagt, das alles passiere nur wegen der Landtagwahl im heurigen Jahr. Die Parteien befänden sich sozusagen im Vorwahlkampf. (*Abg. Christian Illredits: Das sagt Ihr immer.*) Diese Argumente der SPÖ sind genauso durchsichtig. Sie haben ein einziges Ziel. (*Abg. Gertrude Spieß: Na, geh!*) Es sollen die ernsthaften und seriösen Bemühungen der anderen Landtagsparteien abgewertet werden. (*Abg. Georg Hahn: Siehe Aktion vor fünf Jahren!*) Herr Kollege Hahn, (*Abg. Georg Hahn: Vor fünf Jahren war es genauso.*) Sie tun so, als ob es uns nur um die Wahl ginge und nicht um ernsthafte Problemlösungen.

Außerdem ist das Argument der SPÖ wegen der Wahl zugleich falsch und auch kurios, denn es war die SPÖ, die am 16. Dezember des Vorjahres den Beschluss in der Regierung gefasst hat, und damit ist der Stein ins Rollen gekommen. Wir können uns den Zeitpunkt der Behandlung dieses Themas nicht aussuchen. Das hat die SPÖ zu verantworten.

Es kann aber auch nicht so sein, dass die Wahl im Herbst ein Grund dafür ist, (*Abg. Georg Hahn: Sicher!*) dass wir jetzt zum Thema Bank Burgenland stillhalten, dass wir den Mund halten zum Geldvernichtungspaket, dass wir schweigen. Ich könnte nämlich auch eine Gegenthese aufstellen, nämlich den Spieß umdrehen und sagen: Die SPÖ hat alle diese haarsträubenden Aktionen deswegen gesetzt, um sich bei der Bank Burgenland über die Wahl zu retten über den Wahltermin zu kommen und Ruhe bis zur Landtagswahl zu haben. Es gibt ein Indiz dafür, dass das Landesbudget durch das SPÖ-Geldvernichtungspaket, wie es Bieler gesagt hat, erst 2006, also nach der Wahl, belastet werden soll. (*Abg. Christian Illedits: Das wisst Ihr auch schon lange. Ihr erzählt irgendetwas, als ob Ihr nicht dabei gewesen wärt.*)

Er hat es heute bestätigt. Der springende Punkt ist: Konsequente Strukturmaßnahmen in der Bank hätten für Unruhe gesorgt. Das kann die SPÖ vor der Wahl nicht brauchen. (*Abg. Christian Illedits: Wir machen jetzt Strukturmaßnahmen.*) Eine negative Bank Burgenland 2004, das kann die SPÖ vor der Wahl nicht brauchen. Zusätzliche Millionen Euro zur Verlustabdeckung bei der Bank Burgenland, das kann die SPÖ vor der Wahl schon gar nicht brauchen. (*Abg. Gertrude Spieß: Was könnt Ihr nicht brauchen? Dass die Bank verkauft wird.*) Dazu passt das Zitat in der „BVZ“ vom Landesrat Bieler. In Richtung der anderen Parteien, der Koalition der Vernunft, sagt er: „Das Eigentum des Landes von Seiten des Eigentümers her zu schädigen, ist ein Verhalten, das es noch nirgends gegeben hat.“

Ach so ist das, Herr Landesrat! Zahlen darf der Eigentümer an die Bank Burgenland schon. Zahlen darf das Land schon. Auch der Steuerzahler darf zahlen. Aber sprechen darüber darf er nicht. (*Landesrat Helmut Bieler: Schädigen!*) Bewerten darf er nicht. Er darf schon gar keine Kritik üben. Es kann und darf in einer Demokratie doch nicht so sein, dass es ein Sprechverbot gibt. (*Abg. Georg Hahn: Aber schädigen schon? Wer schädigt durch diese Aussagen?*)

Es darf kein Rede- und kein Denkverbot geben, und schon gar nicht in einer Angelegenheit wie bei der Bank Burgenland, (*Abg. Georg Hahn: Wer schädigt? - Abg. Matthias Weghofer: Wie oft habt Ihr geschädigt?*) wo das Land und seine Bürger für zig Millionen Euro haften, wo Generationen von Burgenländerinnen und Burgenländer für die nächsten Jahrzehnte den Bank Burgenland-Schaden bezahlen müssen. Daher werden wir auch weiterhin zu diesem Thema Stellung nehmen, egal ob es eine Wahl gibt oder nicht. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich halte das nämlich für ein sehr gefährliches Argument. So kann es nicht sein, dass die Privatisierung nicht gelingt und dann all jene schuld sind, die sich vielleicht kritisch mit dem Thema auseinander gesetzt haben. Das ist doch kurios. Seien Sie einmal ehrlich, das ist eine Beleidigung für sämtliche Bankmanager Österreichs, wenn die sozusagen einer politischen Äußerung mehr Glauben schenken als dem Datenraum, in dem die Bankleute hineingegangen sind und gesehen haben, was los ist.

Ich sage Ihnen noch einmal, dazu passt auch die Klage, die jetzt gegen Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl eingebracht wurde. Ich sage Ihnen eines: Ich will nicht in einem Land leben - da geht es nicht um Parteien -, wo mir der Mund verboten wird. Wenn schon ein Landeshauptmann-Stellvertreter geklagt wird, wie geht es dann einem normalen, einfachen Bürger? Wenn der irgendetwas sagt, wird er dann von irgendjemandem geklagt? Wenn es ehrenrührig ist, ist es eine andere Sache, aber in einer Sachfrage, wo es um Landesbesitz geht, darf ich als Eigentümer dazu nicht Stellung nehmen. Wo gibt es denn so etwas? Das ist in Wahrheit doch ein ungeheuerlicher

Vorgang. Ein demokratiepolitisch bedenklicher Vorgang! (*Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Illedits: Aber sicherlich nicht von der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen eines: Wir werden uns nicht mundtot machen lassen. (*Abg. Gertrude Spieß: Aber kein Privatbetrieb lässt sich das gefallen.*) Da geht es nicht darum, es ist doch niemand verrückt, dass er Landeseigentum oder gar die Bank Burgenland bewusst schädigen will. (*Abg. Gertrude Spieß: Kein Privatbetrieb!*)

Das ist doch ein Witz, das ist doch lächerlich. Wer will das denn ernsthaft? Aber es geht darum, dass man sich in einer politischen Debatte damit auseinandersetzt, noch dazu, wo über Generationen hinaus gehaftet wird. Das ist Demokratie, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP*)

Für die ÖVP möchte ich eines festhalten - wir haben das auch schon öfter hier im Landtag gesagt: Die ÖVP Burgenland hat seit dem Aufliegen des Bank Burgenland-Desasters alle Maßnahmen unterstützt und mitgetragen, die den Schaden verringern sollten. Das geschah aus Verantwortung für die Bank, aus Verantwortung für die Sparer, aus Verantwortung für die Betriebe und auch die Mitarbeiter. Das geschah auch aus Verantwortung für das Land und seine Menschen.

Wir haben im Jahr 2000 die Bank vor dem Untergang gerettet, vor der Landtagswahl war das im Übrigen. Wir waren die treibende Kraft bei der Klage gegen jene Wirtschaftsprüfer, die bei der Bank die Unbedenklichkeitstestate unter die Bilanzen gesetzt haben, nach dem Motto: „Alles in Ordnung.“ Ergebnis: Es hat in etwa acht Millionen Euro für die Bank gegeben. Sie konnte dadurch auch positiv bilanzieren. Wir waren die treibende Kraft, ich erinnere an unseren Landtagsantrag bei der Klage gegen die Bank Austria - großer Eigentümer dort. Wir haben gesagt, die müssen auch etwas dazuzahlen. Auch hier ist es zu einer Einigung gekommen. Das bringt dem Land in etwa hochgerechnet 3,5 Millionen Euro.

Wir haben die Gründung der BELIG unterstützt, um die Privatisierung der Bank vorzubereiten. Wir haben auch die Landesbudgets, die unter anderem Maßnahmen für die Bank Burgenland enthalten, mitbeschlossen. Franz Steindl und die ÖVP sind mit der SPÖ diesen gemeinsamen Weg gegangen. Wir waren auch bereit, diesen gemeinsamen Weg weiterzugehen.

Beweis ist der Brief von Franz Steindl vom 24. November des vorigen Jahres an Landeshauptmann Niessl: „Datum: 24. November 2004. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!“ Die wesentlichen Teile darf ich daraus vorlesen. „Im Sinne einer guten Zusammenarbeit in der Landesregierung möchte ich Dir auf diesem Wege mitteilen und Dich einladen, diesen, wie ich denke, guten Vorschlag aufzugreifen: Die ÖVP will unter allen Umständen im Interesse der Wirtschaft, der Sparer und der Mitarbeiter in der Bank einen Konkurs der Bank Burgenland verhindern. Wir sind bereit, Zuschüsse des Landes an die Bank in jenem Ausmaß mitzutragen, um den Fortbestand der Bank zu sichern und um einen Konkurs der Bank abzuwenden.“ Und dann weiter: „Wir schlagen daher vor, dass ein unabhängig, international tätiges Investmentinstitut ein Gutachten erstellt, das konkret darüber Auskunft gibt“ - das ist der springende Punkt -, „welche Maßnahmen im Jahr 2004 und 2005 notwendig sind, um einen Konkurs der Bank Burgenland zu vermeiden. Weiters soll diese Investmentbank ein Sanierungskonzept für die Bank Burgenland erarbeiten, um so schnell wie möglich die Privatisierung umsetzen zu können.“

Die ÖVP hat also die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt und zusätzlich einen Vorschlag zur Bank Burgenland gemacht; einen seriösen, vernünftigen und vor allem

konzeptiven Vorschlag zur Sanierung der Bank. Nur, unsere ausgestreckte Hand wurde von Niessl und der SPÖ nicht angenommen. Bis heute - ich erinnere 24. November 2004 - hat Franz Steindl keine Antwort auf seinen Brief erhalten. Er hat auch keine Antwort auf seinen Vorschlag erhalten, obwohl in der Landesregierung selbst Franz Steindl immer wieder beim Landeshauptmann nachgefragt hat.

Das Gegenteil ist passiert. Die SPÖ hat die Warnungen und die Kritik der ÖVP am Paket ausgeschlagen und am 16. Dezember mit den Stimmen der SPÖ-Regierungsmitglieder das Bank Burgenland-Paket im Alleingang beschlossen. Sie, die SPÖ, hat in Wahrheit den gemeinsamen Weg verlassen. Ich betone noch einmal, bis jetzt ist die ÖVP immer mitgegangen - das wurde uns von vielen Menschen angekreidet - aus Verantwortung für das Land. Jetzt haben wir aber gesagt, es reicht. Es ist Schluss. Es kann nicht mehr sein, dass wir hier mitgehen, weil das unverantwortlich ist. Ein Geldvernichtungspaket, mit dem die burgenländische Bevölkerung in Zukunft mit unglaublichen 1.200 Millionen Schilling oder sogar noch mehr belastet wird. Wenn man die Aufwendungen für das Land Burgenland bei der Umsetzung dieses Pakets bis 2009 zusammenrechnet, so kommt man auf einen Mindestaufwand von in etwa 86 Millionen Euro, der sich sogar auf 133 Millionen Euro erhöhen könnte. Eine gigantische Summe, die jenseits jeder Vorstellungskraft liegt und die das ganze Ausmaß des Bank Burgenland-Desasters verdeutlicht.

Es freut sich ja niemand darüber. Es freut sich doch kein ernsthafter Mensch darüber, kein Burgenländer darüber, dass das passiert ist. Es wird doch niemand einem unterstellen, dass jemand die Bank schlecht machen will. Es geht um die politische Verantwortung im Land. Unterstellen Sie uns nicht, dass wir der Bank etwas Böses wollen! Viele von uns sind dort selber auch Kunden. Wir wollen, dass die Bank vernünftig saniert wird und auch ordentlich privatisiert wird, aber nicht, dass die politisch Verantwortlichen nicht zur Verantwortung gezogen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Darum geht es. Bei diesen Riesensummen an Geld stellen sich viele die bange Frage: Sind wir bereits am Ende angelangt oder wird das Fass ohne Boden noch mehr verschlingen?

In den „Salzburger Nachrichten“ ist gestanden: „Bereits zum dritten Mal nach dem verheerenden Finanzdebakel vor vier Jahren musste das Land der Bank unter die Arme greifen. Nur mit Mühe und mit trickreichen Finanzkonstruktionen kann die Bilanz des Geldinstitutes gerettet werden. Ob dies eine solide Voraussetzung für die ausstehende Privatisierung ist, von der in Ewigkeit geredet, geredet, geredet wird“ - steht hier- „und welcher Preis ist da überhaupt noch zu erzielen?“

Nun aber zu den einzelnen Maßnahmen dieses SPÖ-Geldvernichtungspaketes. Bei der ersten Geldvernichtung, die gerade noch verhindert worden ist, wollte die SPÖ ursprünglich, dass das Land eine Million Euro für das Klagerecht gegenüber der Bank Austria an die Bank Burgenland bezahlt. Wir haben darüber hier sehr heftig, wenn Sie sich erinnern, im Landtag diskutiert, und diese Dreistigkeit angeprangert, denn die Bank Burgenland wollte die Bank Austria nicht klagen.

Ihr war das Prozessrisiko zu hoch. Trotzdem wäre die SPÖ bereit gewesen, der Bank Burgenland eine Million Euro für dieses „wertlose Klagerecht“ zu überweisen. *(Landesrat Helmut Bieler: Bei der Hypo Alpe-Adria hätte man nichts dagegen gehabt.)*

Erst die öffentliche Debatte im Landtag und die heftige Intervention der ÖVP haben diese Geldvernichtung verhindert. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, so nicht!)* Bei den nächsten Maßnahmen ist das nicht so. Im Vorschlag des Regierungsaktes ist die Million

enthalten. Sie wissen das ganz genau. (*Landesrat Helmut Bieler: Weil sie es so nicht gibt.*) Die zweite Geldvernichtung war die Übernahme von Beteiligungen der Bank durch das Land. Konkret, es ist heute schon gesprochen worden, soll das defizitäre Sportzentrum VIVA in Steinbrunn von der BELIG übernommen werden. Dies zu einem maßlos überhöhten Preis. Das Land soll nämlich sowohl den vollen Buchwert, als auch die gesamte Schuldenlast übernehmen.

Konkret, wir haben es gehört, soll die BELIG das VIVA um 5,3 Millionen Euro kaufen und auch die 2,9 Millionen an Krediten übernehmen. Insgesamt also 8,2 Millionen Euro. Ein unglaublicher Geldvernichtungsvorgang, denn jeder normale Mensch hätte gesagt: Wenn ich alles übernehme, ziehe ich vom Buchwert die Kredite einmal ab, und bezahle dann den Rest. Das bedeutet, 5,3 Millionen Euro Buchwert minus 2,9 Millionen Euro Kredit ergibt somit einen Kaufpreis von 2,4 Millionen Euro.

Das Land zahlt aber 8,2 Millionen Euro! Die SPÖ will, dass das Land eine sagenhafte Differenz von 5,6 Millionen Euro bezahlt. Ganze 77 Millionen Schilling mehr, als jeder normale Bürger bezahlen würde. Das nennt man Geldvernichtung! Abgesehen davon hört man, (*Zwiegespräche der Abgeordneten*) dass beide Geschäftsführer der BELIG von ihrem Kaufglück noch gar nichts wissen. Zusätzlich meinen Beobachter, dass es problematisch ist, wenn hier die Geschäftsführer der BELIG das ohne diverse eigene Gutachten übernimmt, sodass der Verdacht der Untreue im Raum steht. Insgesamt ist das eine haarsträubende SPÖ-Aktion.

Dritte Geldvernichtung - Swap. Auch das haben wir gehört, diese hoch defizitären Spekulationsgeschäfte. Die Bank Burgenland hat vor Jahren so genannte Swap-Geschäfte abgeschlossen. Diese sind extrem defizitär und bringen auf Dauer einen jährlichen Verlust von 7,3 Millionen Euro! Sie haben 8 Millionen gesagt, wie immer. Die SPÖ hat jetzt beschlossen, dass das Land diese Swap-Geschäfte übernimmt, allerdings zu ungeheuerlichen Konditionen. Um den Verlust von 7,3 Millionen Euro auszugleichen, zahlt das Land an die Bank jährlich 14,3 Millionen Euro, also den doppelten Betrag. Das Land erhält zwar von der Bank ein so genanntes Swap-Eintrittsentgelt, das aber diese doppelte Überzahlungen in keiner Weise ausgleicht.

Zusätzlich bezahlt aber das Land für die Durchführung dieser Spekulationsgeschäfte noch einmal 205.000 Euro pro Jahr, an einen, wie wir gehört haben, Spezialisten. Für den Normalbürger übersetzt heißt diese Geldvernichtungsmaßnahme, dass die Bank Burgenland mit ihren Experten und Profis nicht im Stande war, diese Swap-Spekulationen mit Gewinn zu bewirtschaften. (*Landesrat Helmut Bieler: So kann man das nicht sagen. Hätten Sie mir vorher ordentlich zugehört, würden Sie es jetzt auch verstehen.*) Dafür spekuliert jetzt das Land und zahlt dafür den doppelten Verlust. Das ist ein einzigartiger Vorgang, den die SPÖ hier beschlossen hat. Das Land spekuliert mit öffentlichen Geldern, und kein Mensch weiß, wie diese Spekulationen ausgehen. (*Landesrat Helmut Bieler: Sie betreiben hier eine Verweigerung.*) Das Ganze ist vergleichbar mit einem Gang in ein Spielkasino.

Zuerst ist die Bank Burgenland in das Spielkasino gegangen und hat verspielt. Jetzt geht das Land auch in das Spielkasino und spielt aber mit einem höheren Einsatz. Haarsträubend und unfassbar. (*Beifall bei der ÖVP*) Verstärkt werden unsere Bedenken durch die Aussage von Generaldirektor Ulrich bei der Beantwortung einer Tschürtz-Anfrage durch Landesrat Bieler. Da sagte Ulrich: „Die Probleme, die die Bank heute hat, gehen auf Geschäfte der Jahre 1999 und 2000, eben diese Swaps zurück.“ Das ist die Beantwortung Zahl 18 - 611. Ulrich sagt dann weiters: „Ich bin zwar selbst 40 Jahre im Kredit-, Filial- sowie Immobiliengeschäft tätig, habe aber nicht die ausreichende Kenntnis,

(Zwiesgespräche der Abgeordneten) um die bei den gegenständlichen Geschäften gegebenen Risiken abzuschätzen, und vor allem vorzeitig zu erkennen." Ein Vollprofi sagt, dass das Risiko nicht abschätzbar ist, aber das Land übernimmt diese Spekulation. Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Bedauerlich, andererseits demokratiepolitisch aber auch wichtig ist, dass die Menschen erkennen, dass sie von der SPÖ seit Jahren in dieser Frage falsch informiert wurden. *(Landesrat Helmut Bieler: Sie haben überhaupt nichts verstanden.)* Dass ihnen die SPÖ die Unwahrheit gesagt hat. Wir haben es heute schon gehört. Seit Auffliegen des Bank Burgenland-Desasters hat die SPÖ gesagt, die Bank Burgenland wird den Schaden aus eigener Kraft bewältigen. Ich glaube schon, dass sie das wollten. Das wollen wir alle, nur, das war leider nicht der Fall. Sie haben versucht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Darabos hat im Juli 2000 gesagt, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Darabos steht ohnehin auf der Galerie.)* ich zitiere wörtlich: „Den entstandenen Schaden aus eigener Kraft zu bewältigen ist keineswegs eine Wunschvorstellung, sondern eine, wörtlich, hart und präzise geprüfte Planrechnung.“ Das klingt wie blanker Hohn, anlässlich der Millionen, die jetzt überraschenderweise doch noch flüssig gemacht werden müssen. *(Abg. Matthias Weghofer: Das ist doch wie bei einer russischen Partnerschaft.)*

Niessl sagt, bevor er Landeshauptmann wird, vor der Wahl: „Wir haben all jene Lügen gestraft, die im Wahlkampfieber eine finanzielle Katastrophe für das Land herbeireden wollten.“ Nach der Wahl klingt das schon anders. 2002 sagt Niessl: „Hier darf man sich keinen Illusionen hingeben. Das wird für das Land sehr schmerzhaft werden.“ Vor der Wahl - es ist ohnehin nichts passiert. Nach der Wahl - Ja, es wird wirklich schmerzhaft.

Weiters sagt Niessl immer wieder: „Uns, der SPÖ, geht es um die Sparer, denn die sind gefährdet.“ Sein Argument wurde heute aber von Landesrat Bieler entkräftet. Die Sparer sind nicht gefährdet, denn das Land haftet für alles, nämlich für die Sparguthaben und auch für die Schulden. Wenn etwas passieren sollte, was niemand will, haftet das Land für jeden Cent. Die Sparer sind gesichert. *(Abg. Matthias Weghofer: Ja, die Steuerzahler sind aber nicht gesichert.)* Weiters sagt die SPÖ, dass es um die Sicherheit geht, dass die Sparer gefährdet sind. Ja, ja, ich weiß, Sie hätten am liebsten, dass wir darüber schweigen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das stimmt doch so überhaupt nicht. Wir reden doch darüber. Ich werde Ihnen dann alles erklären.)* Genau, ja, ja, ich habe es gesehen. Jetzt sind wir schuld, weil Sie die Bank nicht bewirtschaften können. *(Abg. Georg Hahn: Wie immer. Schuld sind immer nur die anderen.)*

Genau, Herr Kollege Hahn, schuld sind die anderen. Sie haben nichts zusammengebracht. Jetzt, sind wir schuld, weil wir, wie in der Demokratie üblich, darüber diskutieren. Die SPÖ hat weiters behauptet, dass die ÖVP die Bank an Raiffeisen verkaufen will. Auch das ist die Unwahrheit. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)* Wahr ist viel mehr, wenn ich das sehr vereinfacht auf den Punkt bringe, dass laut Medienberichten Raiffeisen bereit gewesen wäre, 60 bis 65 Millionen Euro für die Bank zu bezahlen. *(Abg. Gertrude Spieß: Verschenken wollen Sie die Bank. Ja, verschenken.)* Die SPÖ hat Raiffeisen aus dem Bieterkreis ausgeschlossen. Anstatt dieses Geld für das Land zu lukrieren, zahlt das Land jetzt 86 bis 133 Millionen an die Bank. Das ist Geldvernichtung, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Die nächste Unwahrheit, die heute schon ein paar Mal angeklungen ist: Am 22. Dezember 2004 sagt Niessl, dass die Bank noch in diesem Jahr, also 2004, privatisiert wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beurteilen Sie selbst die Aussage des Landeshauptmannes. Wir haben bereits Mitte Jänner 2005, von einer Privatisierung der

Bank Burgenland ist keine Spur. Im Gegenteil. Die Führung der Bank hat erst vor wenigen Tagen eine Pressekonferenz gegeben, und dabei erklärt, dass man von einer Privatisierung der Bank erst im Jahr 2007 ausgehen kann. Das zum Thema Ehrlichkeit der SPÖ mit der Bevölkerung! *(Beifall bei der ÖVP)*

Machen Sie sich selbst einen Reim daraus. Tatsache ist, dass die SPÖ in dieser Frage nicht ehrlich zu den Menschen ist. Diese Unehrlichkeit soll mit einem Geldvernichtungspaket zugedeckt werden. Das ist nämlich der politische Punkt bei dieser Sache. Die SPÖ beweist damit lediglich, dass sie nicht wirtschaften kann. Das beginnt bei Kreisky, den vernichteten Milliarden bei der Verstaatlichten, zieht sich hier bis zum Konsum, *(Abg. Gertrude Spieß: Na, da hat der Grasser aber jetzt ein wirklich sehr gutes Beispiel abgegeben. Na, wirklich.)* ich weiß schon Frau Spieß, dass Ihnen das weh tut, aber das ist die Wahrheit. Nun und zur Bank Burgenland. Sie können nicht wirtschaften. Jeder kleine burgenländische Haushalt kann besser mit Geld umgehen, als Sie. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Gertrude Spieß: Den würde ich mir direkt zurückwünschen, oder? Was haben wir jetzt alles in diesen vier Jahren erlebt, frage ich Sie?)*

Die ÖVP hat diesem Geldvernichtungspaket der Niessl-SPÖ nicht zustimmen können. Wir bitten um Verständnis dafür. Wir haben bei diesem Paket nicht zugestimmt. Schauen Sie, Frau Kollegin, auch wenn Sie noch so laut schreien, Ihre Argumente werden dadurch auch nicht wahrer. *(Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Gertrude Spieß: Was hat der Herr Finanzminister jetzt in diesen vier Jahren gezeigt? Was hat er bewiesen? Vielleicht, dass er wirtschaften kann? - Abg. Matthias Weghofer: 180 Milliarden wegen der SPÖ. - Allgemeine Unruhe)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren Abgeordneten! *(Abg. Georg Hahn: Diese Aussage von Weghofer ist ungeheuerlich.)* Herr Abgeordneter Hahn. Wenn das Glockenzeichen ertönt, so hat sich jeder der Stimme zu enthalten und nicht weiterzureden. *(Abg. Gertrude Spieß: Ach so? Dürfen wir nicht? Wir sind im Landtag!)* Ich mache darauf aufmerksam, dass Sie sich jederzeit zu Wort melden können. Am Wort ist jetzt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Berlakovich.

Bitte Herr Abgeordneter, setzen Sie fort.

Abgeordneter Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP) *(fortsetzend)*: Ich erkläre noch einmal, dass die ÖVP diesem Geldvernichtungspaket der Niessl-SPÖ nicht zustimmen konnte. Wir bitten um Verständnis dafür, denn die beschlossenen Maßnahmen widersprechen allen Regeln einer verantwortungsbewussten Budgetpolitik und bedeuten eine ungeheure finanzielle Belastung für das Land und seine Menschen. Daher darf ich den Standpunkt der ÖVP zusammenfassen. *(Abg. Gertrude Spieß: Na, dann manchen wir Neuwahlen. Dann sehen wir weiter! Ich bin dafür!)*

Wir sagen ein Ja zur Sicherung der Bank. Das Land haftet heute schon. Daher sind auch die Sparer und die Betriebe sicher. Wir sagen aber ein Nein zur Geldvernichtung der Niessl-SPÖ, weil damit die Burgenländer für Jahrzehnte belastet werden. Wir wollen daher, dass der Bundes-Rechnungshof, als unabhängige Kontrolle, eine genaue Prüfung durchführt. Gleichzeitig erneuern wir unseren Vorschlag, zur Sanierung der Bank. Wir haben ein besseres Konzept. Wir wollen darüber reden, denn wir arbeiten für die Kinder, um ihnen bessere Chancen zu geben, aber auch für unsere Familien, um ihnen einen Wohlstand zu sichern, und für die alten Menschen, dass sie einen soliden Lebensabend haben, denn die ÖVP will unserem Land und seinen Menschen eine positive Zukunft geben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Gertrude Spieß: Das haben wir alle gemerkt!)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Berlakovich! Hier von einer Sternstunde in der parlamentarischen Arbeit dieser Sondersitzung zu sprechen, ist eigentlich blanker Hohn. (*Abg. Mag. Werner Gradwohl: Jetzt ist sie sowieso vorbei.*) Das ist eine Sternstunde der Operette, was Sie hier mit Ihren Kollegen vollbringen. (*Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Sie gehen weiterhin respektlos mit dem Landtag um. Sie beweisen es hier als Klubobmann.*)

Ich werde Ihnen an Hand von Fakten sagen, womit Sie respektlos in der Vergangenheit und in den letzten Tagen und Wochen *umgegangen sind*. (*Abg. Matthias Weghofer: Es ist wirklich erschütternd.*)

Sie dürften ein Problem haben. Das heißt Vergangenheitsbewältigung. Vor rund vier Jahren haben Sie hier auch einen Sonderlandtag inszeniert. Die Parallelen sind sehr aufschlussreich. Auch damals ging es so wie heute um eine ÖVP-Inszenierung, bei der alle sachlichen Argumente vom Tisch gewischt wurden. (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*) Damals wie heute ist eine Regierungspartei, die den gleichen Informationsstand hat, wie die SPÖ, quasi über Nacht zur Oppositionspartei geworden. Heute wie damals muss die Bank Burgenland offenbar für Parteipolitik, für politische Profilierung und als Spielball im Vorwahlkampf herhalten. (*Beifall bei der SPÖ*)

Viele der damaligen Akteure, Herr Kollege Berlakovich, sind nach wie vor im Spiel. Sie wissen um die Hintergründe bestens Bescheid. Als damaliger ÖVP-Geschäftsführer waren Sie der Regisseur. Offenbar ist es Ihnen nach einem kurzen Zwischenspiel als Paulus wieder gelungen, zum Saulus zu werden. (*Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das wahre Ausmaß ist erst jetzt bekannt geworden!*) Denn nichts anderes kann ich diesem Diskussionsbeitrag abgewinnen, der jedem Oppositionspolitiker zur Ehre gereicht hätte. Das war ein sensationeller Rundumschlag eines Oppositionspolitikers. Ich ziehe ganz bewusst den Vergleich zum Jahr 2000. (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*) Ich bin nämlich der Meinung, dass Sie bis zum heutigen Tag, den durch die Bank Burgenland inszenierten Wahlkampf, und die damit verbundene Wahlniederlage nicht verschmerzt haben.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben Ihnen damals, nur zur Erinnerung, eine klare Rechnung präsentiert. Deshalb, liebe Kollegen von der ÖVP, sind Sie in dieser Legislaturperiode sicher nur mit Vorbehalt hineingegangen. Deshalb hat man des Öfteren, den Eindruck, und dagegen können Sie sich schwer verwehren: Zuerst die ÖVP und dann erst das Land! Deshalb spielen Sie immer mehr dieses Thema auf diesem parteipolitischen Klavier. Aber, wir sind der festen Überzeugung, dass sich die BurgenländerInnen von der Politik etwas anderes erwarten.

Sie erwarten sich eine professionelle Bewältigung des Bank Burgenland-Erbes, eine seriöse Problemlösung, eine vernünftige Zusammenarbeit der Regierungsparteien, einen verantwortungsvollen Umgang mit Landeseigentum und schlussendlich eine erfolgreiche Privatisierung der Bank Burgenland. (*Abg. Paul Fasching: Das erzählt Ihr schon seit vier Jahren.*) Wir, Landeshauptmann Hans Niessl und das SPÖ-Regierungsteam, versuchen ständig diesen Herausforderungen gerecht zu werden. (*Abg. Mag. Werner Gradwohl: Das ist eine Misswirtschaft.*) Wir haben uns immer darauf konzentriert Schadensbegrenzung für das Land und bestmögliche Lösungen für die Bank

Burgenland zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Andrea Gottweis: Was hat denn die Bank erwirtschaftet?)*

Wir haben alle anderen Gesichtspunkte dahingehend diesem Thema untergeordnet, im Bewusstsein der Tatsache, dass kein amtierendes Regierungsmitglied vor seinem Amtsantritt, wie schon erwähnt, mit dem Thema Bank Burgenland befasst war.

Wir haben uns dabei bemüht, parteipolitischen Streit beiseite zu lassen. Eine Zeit lang war die ÖVP zu dieser Mitarbeit bereit. Das ist bis zum 16. Dezember die Koalition der Vernunft gewesen, Kollege Berlakovich.

Auf diesem Weg sind zweifelsohne auch gewisse Erfolge in Sachen Bank Burgenland gelungen. Diese können sich auch sehen lassen. Es gibt Vergleiche mit den früheren Wirtschaftsprüfern und ehemaligen Vorstandsmitgliedern.

Es gibt eine Vereinbarung mit der Bank Austria, die dem Land eine Summe von 5,54 Millionen Euro erspart. Zu dem, wer dies erreicht hat, sage ich Ihnen später noch etwas.

Es gibt eine außerbudgetäre Lösung für die Haftungsverpflichtungen und eine professionell vorbereitete Privatisierungsstrategie, die Sie gemeinsam mit uns in der Regierung beschlossen haben und die auch weiter verfolgt wird.

Es wurde auch mit der Bank Burgenland selbst, das sei nochmals und ausdrücklich erwähnt, ein umfassendes Bündel von Maßnahmen zur Restrukturierung und Effizienzsteigerung gesetzt. Der Vorstand hat hier hervorragende Arbeit geleistet und gemeinsam mit den Betriebsräten und mit den Mitarbeitern zur Lösung ihren Beitrag geleistet. Niemand kann den zuständigen Personen seitens der SPÖ in der Landesregierung vorwerfen, nicht alle Hebel zur Bewältigung dieses Bank Burgenland-Erbes in Gang gesetzt zu haben. Dieses Maßnahmenpaket, das nun schon so oft von meinen Vorrednern, ich möchte fast sagen seziiert wurde, ist Teil dieser Gesamtstrategie. Dieses Maßnahmenpaket möchte ich nur kurz streifen. Ich denke, Landesrat Bieler hat zumindest versucht, es all denen, die es noch nicht verstanden haben, zu erklären. Auf diese Wortmeldung hatte ich dann eigentlich nicht den Eindruck, dass dies absichtlich oder unabsichtlich dann anders interpretiert wurde.

Aber, wichtig ist dabei vor allem, dass dieses Maßnahmenpaket in jeder Hinsicht der wirtschaftlichen Vernunft gehorcht. Deshalb kann es auf keinen Fall in einem Widerspruch zur politischen Vernunft stehen. Keiner der Verantwortlichen macht es sich sicher leicht, aber dieses Maßnahmenpaket ist eine Forderung der Wirtschaftsprüfer und der Finanzmarktaufsicht. Es baut auf einem, von der Bank, in Absprache mit den Wirtschaftsprüfern erarbeiteten Maßnahmenkatalog. Der Beschluss der Landesregierung hat die budgetchonendsten Maßnahmen aus diesem Katalog zum Inhalt.

Wie ich vernehmen konnte, gibt es keine Alternative zu diesem Maßnahmenpaket. Nur Kritik, keine einzige Alternative! Der Konsolidierungsweg soll so fortgesetzt werden, dass dieses Maßnahmenpaket der Schlussstein dieses Konsolidierungsweges der Bank Burgenland ist, *(Abg. Manfred Kölly: Die Wahrheit hätte auf den Tisch gehört. Schon längst in den letzten vier Jahren. Wenn das so gewesen wäre, wäre das Thema schon längst vom Tisch!)* Herr Kollege Kölly, es bereinigt nämlich die letzten Altlasten. Es ergänzt dieses Fundament für eine erfolgreiche Privatisierung, die Sie, wie ich hoffe erfolglos, zu verhindern versuchen.

Das weiß die ÖVP und auch Sie. Aber, das weiß auch Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl. Wie wir gehört haben, weiß das aber auch die Raiffeisenbank, die ja

7353 Burgenländischer Landtag, XVIII. Gp - 52. Sitzung - Dienstag, 18. Jänner 2005

mittlerweile mit der Ankündigung eines neuen Kaufangebotes reagiert hat. Wenn Franz Steindl mit seiner ÖVP dieses Maßnahmenpaket dennoch in Bausch und Bogen verdammt, dann hat das sicher ganz andere Gründe.

Offenbar gibt es immer wieder, und das passiert zuweilen oder fast immer in Wahljahren, taktische Überlegungen in der ÖVP, wonach man anscheinend mit Konfrontation, oder mit Polarisierung eher punkten kann, als mit Zusammenarbeit. Diese Strategie hat heute sicher einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. *(Abg. Gertrude Spieß: Um damit punkten zu können.)*

Die ÖVP missbraucht die Bank Burgenland, um ihre Konfliktpolitik nach dem Motto „Streiten statt Arbeiten“ hier fortzusetzen. Sie spielt Opposition, um sich politisches Kleingeld zu verdienen. *(Abg. Oswald Klikovits: Das ist eine Unterstellung. Das ist ungeheuerlich, was Du hier verbreitest. Diese Argumentation kannst Du doch selber nicht glauben.)* Sie treiben allesamt ein Doppelspiel nach dem Motto: „Das müssen Sie uns nämlich widerlegen.“ Sie sind überall dabei und sagen doch, Sie sind nirgends dabei. Das ist Faktum.

Wir bedauern diese Entwicklung, die Sie hier in Gang gesetzt haben. Wir bedauern es deshalb, weil es angesichts zahlreicher Herausforderungen gerade jetzt wichtig wäre, wenn die burgenländische Politik nach außen hin möglichst geschlossen auftreten würde. Wir bedauern diese Situation noch mehr, weil diese Situation natürlich für die Privatisierung der Bank Burgenland nicht unbedingt förderlich ist. *(Abg. Oswald Klikovits: Das glaube ich Dir aufs Wort.)*

Deshalb halte ich diese heutige Inszenierung und den Missbrauch für so problematisch. In Wirklichkeit geht es Ihnen doch schon lange nicht um die Sache. Man stellt sich die Frage, warum ein Sonderlandtag, wenn nur eine Woche später eine reguläre Sitzung des Landtages stattfindet, bei der dieses Thema umfassend behandelt hätte werden können? Was sollen Vorverurteilungen à la Geldvernichtungsaktion mit Ihrem plakativen Aktionismus, wenn wir heute erst eine Prüfung beantragen wollen? *(Abg. Matthias Gelbmann: Das ist typisch!)* Warum eine Sondersitzung, wenn jede Prüfung des Rechnungshofes durch ein schlichtes Schreiben von einem Drittel der Abgeordneten beauftragt werden kann?

Was hat das zu bedeuten? Man muss sich noch dazu überlegen, warum man den Bundes-Rechnungshof einschaltet und somit den Landes-Rechnungshof, der mit einem Vier-Parteien-Beschluss installiert wurde, hier offensichtlich ausschaltet und umgeht? Diese Fragen, werte Kolleginnen und Kollegen, hat bisher von Ihnen noch niemand beantwortet. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Um nicht missverstanden zu werden: Die FPÖ und die Grünen sind Oppositionsparteien. Auch wenn ich in vielen Punkten hier mit Ihnen nicht übereinstimme, halte ich es zumindest für zulässig, dass Sie den Landtag politisch nutzen wollen. Ihre Meinungen zu verschiedenen Themen, wie zu diesem Maßnahmenpaket, das beschlossen wurde, halte ich teilweise, wenn ich mir die Statements der Kollegin Krojer hier geistig Revue passieren lasse, schlichtweg für eine Inszenierung, eine Selbstdarstellung und eine Interpretation in eigener Sache. Wie die Schiedsrichter sagen würden: Das ist Auslegungssache und schlichtweg, glaube ich manchmal sogar die Unwahrheit.

Denn die Bank Burgenland-Verantwortlichen, haben Ihnen, soviel ich weiß, alle Maßnahmen dieses Sanierungspakets, sowie auch der FPÖ, die ÖVP wollte davon ja

nicht informiert werden, alles erklärt. Aber, das dürfte anscheinend zur Totalverwirrung beigetragen haben. *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)*

Herr Kollege Kölly! Wenn Sie verschiedene Maßnahmen des Bundes in Zusammenhang mit der Bank Burgenland bringen, dann denke ich, auch bei den Swaps, Frau Kollegin, dass ich von Experten umzingelt bin. Ich zähle mich sicher nicht zu den Finanzexperten, nehme aber die hier schriftlich kundgetanen Überlegungen der Finanzmarktaufsicht und der Wirtschaftsprüfer so zur Kenntnis. Ich denke, das sind Experten. *(Abg. Manfred Kölly: Was hat das jetzt damit zu tun? Das sind Fakten. Legen Sie doch die Fakten offen auf den Tisch.)*

Herr Kollege Kölly! Sie machen Unterstellungen in unqualifizierter Art und Weise in Richtung Bank Burgenland-Vorstand, in Richtung Landeshauptmann und Landesrat Bieler. Fakten wären die richtigen Zahlen, zum Beispiel, bei dem Thema VIVA. Diese Zahlen, die Sie genannt haben, stimmen schlichtweg nicht. Eine Überzahlung, die auch Klubobmann Berlakovich bereits erwähnt hat. *(Abg. Manfred Kölly: Dann legt doch die wahren Zahlen auf den Tisch! - Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Wenn das so ein gutes Geschäft ist, warum hat dann nicht die Bank die VIVA verkauft? Das verstehe ich nicht.)*

Sie haben hier mitbeschlossen, die BELIG ins Leben zu rufen, um zur Sanierung der Bank beizutragen. *(Abg. Dipl.Ing Nikolaus Berlakovich: Das können Sie doch nur einem Ahnungslosen hier weismachen. Die politische Idee dahinter ist doch klar! Das Geld gebraucht wird, aber ist das dann ein gutes Geschäft? Das können Sie doch nicht behaupten!)* Jetzt spielen Sie Opposition, wie vor vier Jahren. *(Landesrat Helmut Bieler: Es ist auch keines! - Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das ist unklar. Er sagt doch gerade, dass das ein gutes Geschäft sei.)*

Ich habe gesagt, dass die Zahlen falsch sind. Ich habe nicht gesagt, dass das ein Geschäft ist. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Matthias Weghofer: Jeder sagt etwas anderes. Was stimmt jetzt?)* Sie dürfen mir hier nicht Worte in den Mund legen, die ich so nicht gesagt habe. *(Abg. Gabriele Arenberger: Das ist doch unwahrscheinlich!)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist der Pegel für den Redner zu laut. Ich erwarte, dass Sie dem Redner auch zuhören können und sich notfalls selber zu Wort melden.

Bitte Herr Abgeordneter Illedits setzen Sie fort.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke Herr Präsident! Aber meine Damen und Herren von der FPÖ und den Grünen. Sie müssen es sich natürlich selbst überlegen oder dies überlegt haben, ob Sie sich hier bei dieser Inszenierung vor den ÖVP-Karren spannen lassen, oder nicht. *(Abg. Manfred Kölly: Genau umgekehrt. wir haben die ÖVP zu uns hereingeholt. Weil sonst hätten sie wieder nur zugestimmt. Jetzt sind sie endlich munter geworden. - Abg. Gertrude Spieß: Jetzt wissen wir es.)*

Sehr gut. Dass eine Regierungspartei wie die ÖVP aber den Landtag als Plattform für diese Oppositionspolitik benutzt, halte ich hier für unredlich. *(Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Das ist einpolitisches Hickhack!)*

Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP sagt, und das nicht einmal, sondern des Öfteren, es gehe hier um das Land und nicht um die Bank. Das ist eine, meiner Meinung nach, absichtliche Verkürzung. Es geht doch um beides. Wir wollen eine gute Bank Burgenland-Lösung, weil es hier um Landeseigentum und um die Interessen des Burgenlandes geht. Sie kritisieren unser Verständnis von Demokratie und

Transparenz. Das ist sicher unfair, unredlich und auch unwahr. Denn, wir sagen ein Ja zur Transparenz und zu einer fairen öffentlichen Diskussion, aber ein Nein zu diesem inszenierten Hickhack, das nicht nur der Bank, sondern auch dem Land schadet. *(Abg. Kurt Lentsch: Ja, aber entsprechend der Verfassung.)*

Herr Kollege Lentsch! Nur nebenbei. Würden wir uns an den Transparenzmaßstäben der ÖVP bei manchen Postenbesetzungen ein Beispiel nehmen, müssten wir hier im Saale sofort alle Lichter abdrehen. Da können Sie sicher sein. *(Beifall bei der SPÖ - Allgemeine Unruhe)*

Wenn Sie behaupten, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die SPÖ habe keine Handschlagqualität, dann das ist das sicher eine Aussage nach dem Motto „Haltet den Dieb“, denn, von unserer Seite wurde keine einzige Vereinbarung gebrochen. Die ÖVP sagt auch, dass wir der Bank mehr Geld als notwendig zuschießen. Sagen Sie mir, was der Grund dafür wäre? Was wäre das Motiv, mehr Geld zuzuschießen, als notwendig? Ich sehe keines. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Ich frage mich aber umgekehrt, wo sind die Gegenvorschläge? Es gibt keine! Der Einzige, den Sie schon immer betont haben, ist Raiffeisen. Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, sicher nicht als Schnäppchen zum Winterschlussverkauf. *(Abg. Andrea Gottweis: So ein Blödsinn.)*

Ich möchte deshalb zwei Gesichtspunkte betonen, die mir zu dieser heutigen Inszenierung sehr wesentlich erscheinen:

Sie von der ÖVP möchten anscheinend, obwohl Sie das immer wieder beteuern, offenbar doch einen Bank Burgenland-Wahlkampf. Das ist hier eindeutig ersichtlich. Dieser wird ohne Rücksicht auf die Interessen des Landes, Interessen der Bank, der Kunden, der Sparer und darauf, ob Mitarbeiter bei der Bank Burgenland ihren Job verlieren, oder nicht, geführt. Die Bank muss für Sie in die Schlagzeilen gebracht werden und dort so lange wie möglich gehalten werden.

Sie haben das schon einmal gemacht und jetzt versuchen Sie dies wieder. Ob es der ÖVP nützen wird, bezweifle ich sehr, denn ich glaube, die Burgenländerinnen und Burgenländer durchschauen diese Strategie. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Man kann aber auch über Lösungsansätze unterschiedlicher Meinung sein. Man kann sicher auch manchmal härter argumentieren, aber dass die ÖVP und der Franz Steindl ohne einen einzigen stichhaltigen Beweis, alle SPÖ-Regierungsmitglieder pauschal mit dem Strafgesetzbuch in Zusammenhang bringt, ist einer Partei, die einmal tatsächlich staatstragend war, einfach unwürdig.

Ich beziehe mich hier auf die Aussagen eines Herrn Halper, wonach der SPÖ-Regierungsbeschluss rechtlich unsauber ist, der scheinheilig Bedenken in Richtung Strafrecht, Verfassungsbruch und Bruch des Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetzes anmeldet. Ich glaube, mit diesen Aussagen ist eine Grenze überschritten worden, die auch in der härtesten Diskussion gewahrt bleiben sollte. Ebenso, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter die Entgleisung „SPÖ-Diktatur“. Landeshauptmann Niessl und das Team der SPÖ kämpfen auf allen Ebenen redlich und erfolgreich für das Burgenland und seine Menschen. Sie haben es sich nicht verdient, aus parteipolitischen Gründen hier angeschüttet zu werden. *(Abg. Matthias Weghofer: Die Zukunft des Landes muss dabei gesichert sein. - Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Ist es richtig, wenn sich jemand etwas zu sagen traut, er dann eine Klage bekommt? Sagen Sie, ist das richtig?)*

Sie wollen nicht behaupten, dass die Klage von der SPÖ kommt. *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das sagt ja niemand. Aber so ungeschickt werden Sie dabei ja nicht vorgehen, oder? - Abg. Ewald Gossy: Wie der Schelm denkt, so ist er!)* Dies sind lauter Behauptungen, die in die gleiche Rubrik oder Schublade gehören. Diese Attacken verurteilen wir auf jeden Fall zutiefst. Das ist die unterste Schublade. Die ÖVP will anscheinend den Streit und die Eskalation. Dabei dürfte nun jedes Mittel recht sein. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Aus unserer Sicht betone ich nochmals, wir haben inhaltlich mit einer Überprüfung des Bank Burgenland-Regierungsbeschlusses, durch welchen Rechnungshof auch immer, überhaupt kein Problem. Wir werden deshalb auch heute den Dringlichkeitsantrag mitbeschließen.

Das Bank Burgenland-Maßnahmenpaket wurde von der SPÖ in der Landesregierung mit bestem Wissen und Gewissen beschlossen. Wir bekennen uns mit diesem Beschluss zu einer Fortführung des Konsolidierungsprozesses als Basis für eine erfolgreiche Privatisierung der Bank Burgenland. Wir stehen und meinen das nicht als Lippenbekenntnis, hinter den 2.500 Klein- und Mittelbetrieben und 25.000 Sparern, die Kunden der Bank Burgenland sind. *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Damit wollt Ihr die Leute beruhigen, obwohl die Sparer ohnehin sicher sind.)*

Wir nehmen die Mahnung, auch des Bankmanagements, dass jede unbedachte Äußerung in der Öffentlichkeit der Bank schadet, sehr ernst. Und wir warnen deshalb davor, die Bank neuerlich in eine Schlammschlacht hineinzuziehen. Die Bank Burgenland ist Landeseigentum. Wer der Bank schadet, schadet auch dem Land. Und deshalb beantragen wir heute auch eine Ausweitung des vorliegenden Prüfauftrages an den Rechnungshof. *(Abg. Matthias Weghofer: Sie schaden den Burgenländern und Burgenländerinnen.)*

Ein entsprechender Antrag, der in der nötigen Zahl von Abgeordneten unterstützt ist, wurde dem Bundes-Rechnungshof übermittelt. Wir verlangen gem. Artikel 127 Abs. 7 B-VG in Verbindung mit Artikel 79 L-VG die Überprüfung der von der Burgenländischen Landesregierung beschlossenen Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland und des Verhaltens von Mitgliedern der Landesregierung, bei die Bank Burgenland AG betreffenden Fragen.

Es soll auch geklärt werden, ob der wirtschaftliche Erfolg der Bank durch das Verhalten bestimmter Akteure der Landespolitik und wir alle wissen, wer gemeint ist, beeinträchtigt und damit dem Land Schaden zugefügt wurde.

Denn wir alle sollten uns, nur um zwei Beispiele anzuführen, schon etwas fragen. Glauben Sie, dass es gut für die Bank war und Herr Kollege Berlakovich, Sie haben Zeitungsausschnitte vorgezeigt, wenn in einer Tageszeitung am 14.6.2004 während der laufenden Verkaufsverhandlungen zu lesen war, dass die Hypo Alpe-Adria-Bank den Zuschlag bekommen wird, und die anderen Bewerber praktisch aus dem Rennen sind, wo nichts, bis zum heutigen Tage abgeschlossen war und ist? *(Abg. Dipl.Ing Nikolaus Berlakovich: Herr Kollege Illedits, Sie wissen ganz genau, warum die nicht gekauft haben. Der Herr Landeshauptmann und Landesrat Bieler waren in der Bank und haben sich eine Abfuhr geholt. - Unruhe bei der ÖVP)* Oder glauben Sie, dass es gut für die Bank war, dass in einer Wochenzeitung vor kurzem, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter war auch dabei: Erzählen Sie mir nichts, *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Glauben Sie ein Bankmanager schaut was in der Zeitung steht?)* Sie machen Realitätsverweigerung.

Vor kurzem im Zusammenhang mit diesem Maßnahmenpaket, (*Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das können Sie am Biertisch erzählen, aber doch nicht in Wahrheit. - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Herr Kollege, stand in einer Wochenzeitung von einer drohenden Konkursfalle. Meiner Information nach wurde damit ein sehr tolles Ergebnis des Weltspartages mit einem Schlag zunichte gemacht. Das sind messbare Beispiele und nur diese zwei seien hier angeführt, für eine öffentliche Diskussion, die wir alle kennen.

Wir müssen uns schon ernsthaft die Frage stellen, wer hat Interesse daran, die Bank ständig und gezielt negativ in die Öffentlichkeit zu bringen? Und wer hat wirklich Interesse diesen Privatisierungsprozess zu gefährden? Wir stehen dazu, die Bevölkerung hat das Recht der vollständigen Transparenz. (*Abg. Matthias Weghofer: Die Bevölkerung muss auch die Schulden bezahlen.*) Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand in diesem Hohen Haus sachliche Gründe gegen eine Ausweitung dieser Prüfung etwas vorbringen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Burgenland steht vor einer Reihe von Herausforderungen und Vorentscheidungen. Der Verteilungskampf um zukünftige EU-Fördermittel, das Versagen der Bundesregierung in der Arbeitsmarkt- und Sicherheitspolitik, die längst fällige Bildungsreform, die Sicherheitspolitik, Schließungsdiskussionen rund um Postämter und um Bundesheerkasernen, das alles sind Fragen, die unseren vollen Einsatz und Geschlossenheit fordern. Und es müssen wieder Burgenlandinteressen in den Mittelpunkt rücken.

Weil das Thema Postämterschließungen angesprochen wurde, diese Behauptungen mit diesen vier Briefen, die haben Sie schon einmal aufgestellt hier, bei einem Antrag im Landtag. (*Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das war die Antwort des Landeshauptmannes.*) Sie haben bis zum heutigen Tage als ÖVP nichts gegen diese 20 Postamtsschließungen im Burgenland getan, keine einzige Wortmeldung dazu. Und Sie wissen ganz genau, es würde eine Verordnungsänderung des Herrn Bundesministers, der der Bundesregierung ÖVP-Schüssel angehört, reichen, um ein Stopp zu diesen Postamtsschließung zu bewirken. (*Abg. Peter Vadasz: Bitte zur Sache! - Abg. Kurt Lentsch: Das ist eine nette Überschätzung.*)

Sie tun nichts in diese Richtung. (*Beifall bei der SPÖ*) Sie verteidigen nur die Sache. Ich glaube Sie haben einen Hörfehler, der Herr Kollege Berlakovich hat die Postämter erwähnt. (*Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Meine Damen und Herren! Sie können auch zum Thema Postämter, Sicherheit, Kasernen oder zum Thema Bank Burgenland stehen wie Sie wollen, wir werden die Interessen des Burgenlandes vertreten, die Interessen des ländlichen Raumes und die Interessen der Bank Burgenland. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und ein Appell an Sie, zehn Monate Wahlkampf und eine Bank Burgenland-Schlamm Schlacht wären Gift für dieses Land, für den wirtschaftlichen Aufschwung und für die Arbeitsplatzsituation im Burgenland. Ich fordere daher die ÖVP auf, den Startschuss für den Wahlkampf in den Herbst zu verlegen, so wie wir das vorhaben.

Ich fordere Sie weiters auf, die Bank nicht weiter in der Öffentlichkeit schlecht zu machen, wie das auch die Bank fordert. Ich fordere Sie auf, alle Lösungsmöglichkeiten im Auge zu haben und nicht nur auf einen Interessenten zu schießen. Und wenn Sie erwähnt haben, „Raiffeisen“ will ja kaufen und hat ein Angebot gemacht, dann darf ich Ihnen nur die zeitliche Abfolge der Übermittlung des Briefes der interessanterweise nicht an den Landeshauptmann gerichtet war, sondern an den Landeshauptmann-Stellvertreter sagen.

Am 17. Dezember 2004, also nach dem Regierungsbeschluss über die Strukturmaßnahmen übermittelte der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl den Brief von „Raiffeisen“ an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl. Dort wurde Interesse bekundet, weil sich, wie es im Text heißt, nunmehr die Wirtschaft und Ertragslage der Bank Burgenland verbessert habe. Es gab dann ein Schreiben des Landeshauptmannes Hans Niessl an die „Raiffeisenbank“ direkt, ohne Umwege. Die Antwort und das angeforderte Offert ist bis heute leider nicht eingelangt. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist sie jetzt ausgeschrieben? - Heiterkeit bei der SPÖ*)

Herr Kollege Strommer, Sie melden sich gleich zu Wort und auch Sie werden gleich feststellen müssen, dass wir noch immer Interesse haben, die Bank Burgenland zu privatisieren und zu verkaufen, nur zu Erinnerung. Ich hoffe und auch Sie werden das hoffentlich nicht tun, nämlich weiterhin die SPÖ-Regierungsmitglieder, so wie es auch in den vergangenen Tagen geschehen ist, anpatzen und hier so unredlich agieren. Ich würde Sie ersuchen, hier weiterhin ehrlich engagiert für die Bank und für das Burgenland zu arbeiten.

Aus Sicht meiner Partei kann ich auf jeden Fall versprechen, dass wir uns vom Weg der konstruktiven Sacharbeit durch nichts abbringen lassen werden. Wir arbeiten weiter an den guten Lösungen für das Land, mit vorgezogenen Investitionen, mit einem Sicherheitspaket, mit Vorschlägen zur Bildungsreform und wir arbeiten sicher auch an einer guten Lösung für die Bank Burgenland. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Vlasich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich möchte nicht mit meiner Rede beginnen, bevor ich nicht Herrn Klubobmann Illedits zwei, drei Antworten gegeben habe, auf Punkte, die er hier kritisiert hat.

Erstens einmal denke ich, sind wir alle gemeinsam dafür verantwortlich, dass der Landes-Rechnungshof entsprechend mit Personal und mit den Mitteln ausgestattet wird, damit er in der Lage ist, Prüfaufträge in Auftrag zu nehmen und auch in einer entsprechenden Zeit diesen Prüfaufträgen nachzukommen. Wir wissen, dass es derzeit Jahre dauert, bis der Landes-Rechnungshof seine Prüfaufträge zu Ende bringt. Deshalb, weil wir eine schnelle Prüfung wollen und brauchen, wurde der Bundes-Rechnungshof eingeschaltet.

Zweitens, Sie behaupten, meine Kollegin Krojer hat interpretiert, selbst inszeniert, ja sogar die Unwahrheit gesagt. Ich möchte das auf das Schärfste zurückweisen! Gerade weil uns die Vorstände und der Aufsichtsrat informiert haben, konnten wir die Zusammenhänge so darstellen, wie wir das getan haben. Herr Kollege Illedits, das ist eindeutig nur mit Hilfe der Vorstände gegangen, sonst hätten wir es gar nicht in dieser Art geschafft.

Drittens, was die BELIG angeht, da sagt hat man im Burgenland geht mir „der Feitel auf im Sack“, wenn ich höre, was mit der BELIG passieren soll. Die wurde doch gegründet, damit die Finanzierung des Landes weiterhin gewährleistet bleibt, damit wir mehr oder weniger das Problem der Zahlung und der Haftungen der Bank Burgenland herausbekommen aus dem Budget und sozusagen ausgliedern.

Also ich dachte, dafür ist die BELIG gegründet und was machen Sie jetzt? (*Abg. Christian Illedits: Aufpassen! Liegenschaften!*) Jetzt gehen Sie her und wollen in die BELIG die faulen Kredite, die faulen Eier, die faulen Geschäfte hineindrücken, weil das nicht fair ist, dass man der BELIG sozusagen eine Weisung erteilt. Ich möchte sogar feststellen, im strengsten Fall, das habe ich gelesen, dass die BELIG diesem Kauf zustimmen muss. Ich denke einmal die WiBAG ist dazu da, um solche Geschäfte zu machen und nicht die BELIG. Diese Doppelgleisigkeit brauchen wir, meiner Ansicht nach, nicht!

Weiters, ich möchte ganz deutlich feststellen, Herr Klubobmann Illedits, es geht heute nicht um Sein oder nicht Sein der Bank. Das wurde einmal eindeutig festgestellt von allen hier. Es ist sehr wohl für die anderen drei Parteien, aber auch für uns Grüne, eine wichtige Institution für die Wirtschaftspolitik unseres Landes.

Außer Streit steht allerdings auch, dass es um die Verantwortung der Landesregierung, gegenüber dem Steuerzahler hier geht, gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern im Burgenland und das Problem Bank Burgenland ist nicht einfach so vom Tisch zu wischen.

Selbstverständlich kann sich auch die ÖVP aus dieser Verantwortung nicht davonestehlen, aber die SPÖ schon gar nicht. Denn ich vermute hier, dass Sie es darauf angelegt haben, dieses Problem Bank Burgenland, diese „Swap-Geschäfte“ an den Burgenländerinnen und Burgenländer vorbeizuschummeln. Denn wie kommt es, dass Sie gerade einige Tage vor Weihnachten diese Aktion in Angriff nehmen? Ich weiß, dass es sehr viele Bescheide, sagen wir so, kritische Bescheide immer wieder gibt, die entweder vor den Ferien, oder während der Sommerzeit herauskommen, oder knapp vor Weihnachten, damit die Betroffenen nicht die Möglichkeit haben, sich entsprechend zu informieren, weil sie wahrscheinlich Urlaub geplant haben, oder sich eben, wie es oft vor Weihnachten ist, im privaten Stress befinden und nicht in der Lage sind, sich solchen Problemen zu widmen.

Das denke ich, Herr Kollege, ist operettenhaft und nicht was Sie hier einigen unter uns eigentlich vorwerfen. Doch Sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn Gott sei Dank, funktioniert die Kontrolle, die Demokratie in diesem Lande noch. Mag die Verfassung auch noch so wenig hergeben, um das Land vor dem Ausverkauf zu schützen, ist immerhin im § 45 der Landesverfassung festgehalten, dass der Landtag seitens der Regierung vor wichtigen Entscheidungen zu informieren ist. Und genau diese Information, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, ist diesmal ausgeblieben.

Ich frage mich, wovor hatten Sie Angst und warum kritisieren Sie jetzt jene demokratischen Entscheidungen, die auf Basis unserer Verfassung gesetzt werden? Warum bezeichnen Sie demokratische Mittel, die uns laut Verfassung zustehen, als „Theaterdonner“, Herr Landesrat? (*Landesrat Helmut Bieler: Weil es eine Woche später genauso gegangen wäre.*) Ist es nicht immer die SPÖ gewesen, die das freie Spiel der Kräfte im Landtag als besondere Errungenschaft unseres Landtages und der Landtagsperiode hergestellt hat? War es nicht die SPÖ, die immer wieder die Angriffe der „Schwarz-Blauen“ mit der demokratischen Reife des Landtages argumentiert hat? Wenn wir zum Beispiel kritikwürdige Entscheidungen des Bundes hier gemeinsam mit grün-roter Mehrheit zurückgewiesen haben. Ich verweise nur etwa auf die Studiengebühren, die wir im Burgenland nicht eingeführt haben. Darauf waren wir doch immer stolz und jetzt soll es anders sein? Jetzt heißt es „Theaterdonner“? (*Landesrat Helmut Bieler: Nicht aus dem Zusammenhang reißen.*)

Ist schon in Ordnung, Herr Landesrat, der Zusammenhang ist schon richtig. Wir agieren hier aus der Verantwortung gegenüber den Burgenländerinnen und Burgenländern heraus. Wir haben versprochen, eine konstruktive Opposition zu sein, aber dass wir auch die Finger auf die Wunden legen werden, sofern welche auftauchen. Und wir haben auch einen Eid abgelegt auf unsere Verfassung, Herr Landesrat und deshalb nützen wir die Möglichkeit, die uns diese Verfassung gibt und zeigen damit, dass die Demokratie im Burgenland tatsächlich noch eine sehr lebendige ist.

Als ich am besagten 16. Dezember von meinem Heimatort Richtung Eisenstadt fahrend mich auf der S 31 befand und von der Nachricht erfuhr, dass die SPÖ im Alleingang die Bank Burgenland sanieren werde, wäre ich beinahe in den Straßengraben gefahren. (*Abg. Johann Tschürtz: Das tut mir aber Leid.*) Mich hat der Ausdruck „sanieren“ sehr gestört und sehr irritiert, denn wo ist da bitte eine Sanierung, wenn ich das Loch in der linken Hosentasche mit dem Stoff, den ich aus der rechten Hosentasche herausgerissen habe, stopfe?

Die Unfallgefahr hat sich noch immens erhöht, als ich dann gehört habe, diese so genannte Sanierung werde dem Steuerzahler nichts kosten. Daraufhin haben wir Grünen im Klub, nach Durchsicht der Möglichkeiten der Verfassung, sofort Kontakt aufgenommen zur anderen Oppositionspartei und haben alles darangesetzt, damit dieser Sonderlandtag heute einberufen werden kann.

Und die SPÖ kann es heute noch so oft wiederholen, dass die ÖVP hier initiativ war, das stimmt so nicht, das weise ich zurück! Das ist der Antrag der Freiheitlichen und der Grünen! Nur wir sind gemeinsam nicht in der Lage, weil wir diese Stärke nicht haben, dieses Mittel dann in die Hand zu nehmen. (*Abg. Gabriele Arenberger: Wir wollten ihn erweitern.*) Und der erweiterte Antrag wäre eine Verschleppung gewesen und nichts anderes und deswegen haben wir das abgelehnt. Sie können sich das ja noch überlegen, damit das irgendwann einmal auch entsprechend durchgeführt wird. Sie haben jetzt die Möglichkeit des „Verlangens“ ergriffen, Sie sind stark genug, um das auf diese Art, wie sie es gemacht haben, durchzuführen.

Warum war es uns so wichtig? Ich habe es schon gesagt, es ist der Bundes-Rechnungshof einzuschalten, weil es eben nicht egal ist, dass das Land hier sehenden Auges in eine Finanzkatastrophe hineinmanövriert wird. Denn bezahlen werden nicht Sie oder wir Politiker, sondern bezahlen werden das die SteuerzahlerInnen des Burgenlandes, unsere Kinder und unsere Kindeskinde.

Wenn wir uns die Summe noch einmal vor Augen führen, es geht hier um die Übernahme weiterer Schulden. Wir haben jetzt schon 430 Millionen Euro Haftung übernommen, die wir so quasi an die BELIG ausgegliedert haben und jetzt geht es um weitere 70 bis 100 Millionen Schulden, vielleicht sogar mehr. Also es geht hier um 500 Millionen Euro! Das ist genauso viel, wie uns beide Ziel 1-Perioden aus Brüssel eingebracht haben. Das wurde heute schon erwähnt, das ist unerhört.

Wir haben damit die gesamten Möglichkeiten verspielt, dieses Land für die Zukunft entsprechend vorzubereiten. Was nützt es uns jetzt heute, dass wir die 500 Millionen Euro investiert haben und danach aber 500 Millionen Schulden haben, die wir in 20, 30, 40 Jahren wahrscheinlich nicht abbezahlen werden können.

Natürlich sind jetzt Lösungsansätze gefragt. Sie haben sich dafür entschieden, die Variante 2, aus diesem Regierungsprotokoll kann man das entnehmen, zu wählen. Sie wollen, dass das Land, diese „Swaps“ bewirtschaftet. Und damit es nicht vor den Wahlen auffällt, nimmt man es am besten nicht in das Budget, da ja nicht klar ist, wird es im

Landtag eine Mehrheit dafür geben oder wird es keine Mehrheit geben. Die vorliegende Variante findet unsere Zustimmung auf keinen Fall, denn wir wissen, dass eine andere Lösung möglich ist und die Frau Kollegin Krojer hat es hier schon erwähnt, dass auch wir dazu Vorschläge gehabt hätten.

Ich möchte noch einige Worte zur Bank Burgenland und der Öffentlichkeit sagen, um die Problematik noch etwas zu schärfen. Es waren heute schon einige Ansätze da um einen historischen Rückblick zu machen. Ich mache es ganz kurz. Aber mir scheint es ist sehr, sehr interessant. Wenn man sich die Zeitungsartikel der letzten drei Jahre anschaut, kommen da interessante Dinge zutage.

Als im Jahre 2001 die neue Regierung zu arbeiten begann, hieß es trotz besseres Wissen, dass sich die Bank, die damals schon Schulden, in Höhe von 5 Milliarden Schilling damals oder 375 Millionen Euro, hatte, auf dem Wege der Besserung befinde. Der „Kurier“ vom 10.1.2001 zitiert den Aufsichtsrat Dr. Herbst: „Das oberste Ziel ist, dem Land den Griff ins Börsi zu ersparen.“ Daraufhin, ebenfalls in diesem Artikel: „Vorstand Dr. Ulrich ist überzeugt, dass die Bank zu retten ist.“

Herr Landesrat Bieler, Sie haben gesagt: „Das Land wird keinen Groschen in die Hand nehmen.“ Leider haben Sie Recht behalten, denn es geht jetzt nicht um Groschen, sondern um Millionen Euro! Schon eine Woche später, am 14. Jänner 2001 schreibt die „OZ“, dass weitere 900 Millionen Schilling an faulen Krediten aufgetaucht seien. Der Aufsichtsrat sagt dazu: „Nun ist die Situation vollends bereinigt“, schränkt aber ein, „sofern keine weiteren Leichen im Keller liegen“.

Der Vorstand Wolfgang Ulrich sagt, dass der Bankskandal zu vergleichen wäre mit dem Weinskandal. Herr Kollege Kölly hat schon das „Weinfassl“ bemüht in seiner Rede. Da gab es also einen Skandal und danach wurde alles bereinigt und jetzt haben wir die besten Winzer des Landes und das beste Ergebnis, das man sich nur vorstellen kann.

Ich fürchte leider, dass dieser Vergleich des Herrn Vorstand Ulrich eher mit dem bereits zitierten „Fass ohne Boden“ des Barriquefasses, das der Herr Kollege angeschnitten hat, zu vergleichen wäre.

Und der Herr Landeshauptmann Niessl zeigt sich zuversichtlich, das Land werde den Finanzschlamassel ohne tiefere Schrammen überstehen. Auch das - wie gesagt - im Jänner 2001.

Herr Landeshauptmann, das ist leider nicht der Fall! Aus den Schrammen, die Sie prophezeit haben, ist nun ein Totalschaden geworden und Sie tun immer noch so, als seien wir das Problem los, als sei überhaupt nichts passiert. Das kommt mir vor - ein kleiner Vergleich - wie ein Totalschaden, ein Frontalcrash gegen eine Wand. Das Auto ist kaputt, der Fahrer ruft den ARBÖ an, dieser holt den Wagen ab, schleppt ihn ab und der Fahrer sitzt im Wagen und winkt raus und sagt: „Schaut her, das Auto fährt ja eh noch immer.“ So ungefähr versuchen Sie die Probleme wegzudiskutieren.

Am 9. Februar 2001 liegen dann die Zahlen tatsächlich auf dem Tisch, also nur ein Monat nach Arbeitsbeginn dieser Regierung. „363 Millionen Euro an Haftungen“, sagt Vorstand Ulrich, „sind da, die Hälfte könne die Bank aus eigener Kraft schaffen.“ Auf einmal war es nur mehr die Hälfte. Der Landesrat wollte noch keinen Groschen zahlen. Einen Monat später sagt der Vorstand Ulrich: Die Hälfte der Haftungen kann die Bank aus eigener Kraft schaffen, die zweite Hälfte werde das Land zahlen müssen, entweder aus dem Budget oder aus dem Verkauf der Bank. Er wollte da nicht vorgreifen. Also damals wird erstmals öffentlich gesagt, dass das Land tatsächlich Geld in die Hand nehmen wird müssen.

Am 22. Februar 2001 vergleicht der „Standard“ die Kreditgeschäfte der Bank Burgenland mit einem Pyramidenspiel. Ich möchte das eher mit einem „Money-Maker Spiel“ vergleichen. Ich denke Sie kennen alle diese Sendung aus dem Fernsehen, „Money-Maker, Money-Maker“. Nur die „Swap-Geschäfte“ des Landes sind eben kein Glücksspiel, weil dort das Glück ausgeschlossen ist. Beim „Money-Maker“ kommt das Geld. Man stellt sich in diese Kabine und das Geld kommt von oben und von der Seite und man steht nur da und wartet, dass einem das Geld sozusagen in den Sack und auf die Hände fällt und überallhin und dann kommt man sehr reich aus dieser Kabine heraus.

Wir gehen her, nehmen die „Swaps“ 410 Millionen, schmeißen es sozusagen in das Loch im Boden und stellen uns hin und warten, damit von oben etwas kommt. Von oben kommt aber nichts, alles im Loch ist, alles sozusagen für das Stopfen zu verwenden war.

Und es kommt dann noch schlimmer. Am 31. Juli 2001 bricht das Unheil dann noch schlimmer über die Bank herein. Es wird eine drastische Gewinnwarnung ausgesprochen. Der Vorstand verweist darauf, dass im Jahr 2001 mit einer Halbierung des Ergebnisses zu rechnen ist, im ersten Halbjahr. Spätestens da haben wahrscheinlich die „Swap-Geschäfte“ schon erstmals ordentlich durchgeschlagen, doch niemand in der Öffentlichkeit wagt sich noch, das zu sagen.

Herr Landesrat Bieler, Sie haben heute auf das Ergebnis 2004 hingewiesen. Es hätte ein negatives Ergebnis gedroht. Was war mit den Bilanzen 2002 und 2003? Auch da hätte man schon auf die Bremse steigen müssen, denn wir wissen, gerade weil uns der Vorstand informiert hat seit voriger Woche, dass die Bilanz 2002 nur deshalb positiv war, weil die Liegenschaften der Bank Burgenland aufgewertet wurden.

Oder die Bilanz 2003 nur deswegen positiv war, weil der Vergleich mit den Wirtschaftsprüfern passiert ist und diese 10 Millionen Euro in die Bilanz eingeflossen sind. Das heißt, sie haben zwei Bilanzen, einerseits durch eine Aufwertung der Liegenschaften geschafft und die zweite Bilanz durch einen Zufall, dass die Wirtschaftsprüfer bereit waren, den Vergleich einzugehen. (*Landesrat Helmut Bieler: Das war kein Zufall, wir haben geklagt.*)

Dann, interessanterweise passiert etwas, was niemand erwartet. Am 4.10. erfolgt ein Rücktrittsangebot des Kollegen Ulrich, Sie wissen das vielleicht noch, überraschende Wende, nicht Ulrich geht, sondern Koller. Einige Jahre später, ich glaube es waren dann drei Jahre, tauchen weitere Probleme auf. Weitere „Swaps“, wie wir sie schon heute gehört haben, tauchen im November 2003 auf und dann hat auch Vorstand Stagl den Hut genommen.

Das hat natürlich keinen Zusammenhang, wir wissen das alle. Also auch damals war schon klar, dass die Kommunikation, Herr Landesrat, zwischen den Vorständen, dem Aufsichtsrat und den Eigentümern nicht wirklich funktioniert hat. Das kann natürlich nicht gut sein für eine Bank, kann auch nicht gut sein für ein Land, dass es Haftungen für diese Bank übernommen hat. Und auch jetzt noch werde ich das Gefühl nicht los, dass es Kommunikationsprobleme zwischen dem Vorstand, den Eigentümern und dem Aufsichtsrat gibt.

Während der Herr Landeshauptmann Niessl von einem raschen Verkauf der Bank spricht, wir wissen, vielleicht sogar schon voriges Jahr, hat er gemeint, erklären Sie Herr Landesrat: „Die Bank wird bis zu den Wahlen verkauft“, also noch heuer, 2005. Der Aufsichtsrat spricht: Sinnvoll wäre es erst ab 2006, 2007 einen Verkauf anzudenken, dann wenn die Bank sozusagen wieder konsolidiert ist.

Sie sehen, dass es hier verschiedenste, ich würde fast sagen panikartige Aussagen gibt. Oder, Sie sprechen hier von vertrauensbildenden Maßnahmen und dass das keine vertrauensbildende Maßnahme ist, wenn wir die wir hier sitzen, das Thema in die Öffentlichkeit tragen.

Laut „BVZ“ hat das Land Burgenland am 1. Dezember vorigen Jahres ein Darlehen in der Höhe von 81,9 Millionen Franken, also 54 Millionen Euro bei der Bank Burgenland aufgelöst und den Kredit bei der Bundesfinanzierungsagentur aufgenommen, weil es dort einen günstigeren Kredit gab. Ist das jene vertrauensbildende Maßnahme die Sie uns vorwerfen, die wir untergraben, Herr Landesrat?

Ich persönlich würde natürlich für mein Eigentum auch das Gleiche machen. Aber Sie können uns einerseits nicht schlagen und andererseits, mit gleichen Argumenten das andere behaupten. Das kann man hier nicht machen. Wenn ich Vertrauen in die Bank habe, dann kann ich nicht so eine gravierende Aktion setzen. (*Landesrat Helmut Bieler: Hier geht es nicht um Vertrauen!*)

Ich möchte zum Schluss sagen, dass Sie einiges versucht haben. Es gab zwei verzweifelte Versuche, würde ich einmal sagen, Geld in die Bank zu bekommen, Geld zurückzubekommen.

Erstens. Die Klage gegen die Wirtschaftsprüfer, die ich schon vorher erwähnt habe. Eine Klagedrohung wurde kolportiert, dass man auf 36 Millionen Euro klagen will. Woraufhin die Wirtschaftsprüfer mit einer Gegenklage gedroht haben, gegen unsere damaligen Landesräte und gegen Landeshauptmann Stix, gegen Jellasitz und auch gegen den Aufsichtsrat. Auf einmal „ruck, zuck“ ging man in die Knie. Warum wohl? Haben Sie befürchtet, dass einer der Aufsichtsräte eventuell unangenehme Fakten an die Öffentlichkeit tragen könnte?

Sie haben dann einem Vergleich zugestimmt, der weit unter 36 Millionen Euro gelegen ist. (*Landesrat Helmut Bieler: Das hat es noch nie gegeben, in ganz Österreich nicht, wahrscheinlich auch in ganz Europa noch nicht!*)

Wunderbar! Sie klagen auf 36 Millionen Euro und freuen sich, wenn Sie zehn Millionen Euro bekommen. Das ist unglaublich!

Die Aktionärsvertreter haben damals von einem „offenen Selbstmord“ gesprochen. Kurier 10. Dezember 2001.

Dann heißt es auch, ich zitiere den Vertreter der Aktionäre: „Das Land spielt seine politischen Spielchen ohne Rücksicht auf geschäftliche Interessen der Bank.“

Meiner Ansicht nach, haben dabei weder das Land noch der Aufsichtsrat eine gute Figur gemacht. Es ist nicht verwunderlich, dass dann im Standard vom 1. Dezember 2002 folgendes Zitat des Bänklers und Industriellen Dr. Tauss gebracht wurde: „Die Hundehütte ist für den Hund und der Aufsichtsrat ist für die Katz.“

Eine zweite verzweifelte Aktion die Bank Austria zu klagen. Diese wiederum war nur bereit - wie Sie wissen - über die Lockerung der Kreditrückzahlungen zu diskutieren. Tatsächlich ist dann ein Vergleich herausgekommen. Statt der zig Millionen Euro, die man einklagen wollte, die man sich zurückholen wollte, hat man gerade einmal 5,4 Millionen Euro bekommen. Alle waren zufrieden, alle waren glücklich. Ich habe keinerlei negative Reaktionen von den Regierungsparteien gehört. In Summe hat man also aus diesen großspurigen Klagedrohungen genau 15,4 Millionen Euro aufgebracht. Das ist eine Summe, die einmal im Jahr für unsere Swaps, also für die Swaps die das Land Burgenland nun belasten, zu bezahlen sind.

Unsere Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch. Sie wissen es. Die Frau Kollegin Krojer hat das hier deutlich gemacht. Wir sind und waren bereit, Verantwortung zu tragen, Verantwortung zu übernehmen.

Es gibt mehrere Möglichkeiten die Bank zu sanieren. Man muss darüber einfach diskutieren und gemeinsam darüber reden. Heute ist unserer Ansicht nach der erste gemeinsame Schritt passiert. Wir wären auch damals schon bereit gewesen, wie üblich, in einem Vier-Parteien-Gespräch dieses Thema aufzugreifen und zu diskutieren und zu schauen, dass man gemeinsam eine Lösung findet. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kollege Vlasich! Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass Sie bei der Oberwarter Zeitung im Jahr 2000 inseriert haben: „Ich bleibe bei der Bank Burgenland.“ *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Richtig!)* „Bei Bankgeschäften erwies sich die Bank Burgenland als kompetenter und verlässlicher Partner, auch meine persönlichen Erfahrungen decken sich damit. Das heißt, ich bleibe bei der Bank Burgenland.“ *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ich stehe noch heute dazu!)*

Das ist richtig und genau hier möchte ich ansetzen. Die Bankverantwortlichen der Bank Burgenland, sehr geehrte Damen und Herren, die versuchen wirklich ihr Bestes. Davon kann man einmal ausgehen. Derjenige, der über die Bank Burgenland wirklich so berichtet hat, wo Daten und Fakten ganz klar nachlesbar sind, war Dr. Wolfgang Rauter, als er noch Untersuchungsausschussobmann hier im Landtag war.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass heute bei dieser Diskussion ausnahmslos in eine Richtung diskutiert wird. Auch die ÖVP war dabei. Auch die ÖVP war im Boot. Wenn ich mir Aufsichtsratssitzungsprotokolle anschau, dann stellt es einem schon die Haare zu Berge.

Zum Beispiel: Allhauer Holzwerke GmbH - Erhöhung der internen Bankkreditlinie auf 80 Millionen Schilling.

Oder Aufsichtsratsprotokoll vom 23. März 1999: Aktivwohnanlage-Realitätenverwertungsges.mBH - Barratenkredit - Erhöhung auf 80 Millionen Schilling.

Oder Firma M+W: Ein Ratenkredit in der Höhe von 105 Millionen Schilling wird gewährt.

Oder die Wohn- und GrundimmobiliengmbH erwirbt von der Verwaltungsges.mBH Howe-Aktien im Wert von 120 Millionen Schilling.

Eine andere Firma erhält einen Kredit von 78 Millionen Schilling. So geht das unaufhörlich weiter. Unaufhörlich Seite für Seite. Diese Beschlüsse wurden von ÖVP und SPÖ durchgeführt. Das muss man auch ganz klar zur Kenntnis legen oder zur Kenntnis bringen.

Was mich persönlich besonders stört, ist die Situation der „roten“ Bank Austria. Die Bank Austria war mit 43 Prozent beteiligt. Anscheinend gibt es nur eine Beteiligung bei einem Gewinn. Bei einem Verlust gibt es plötzlich keine Beteiligung. Das heißt, die Bank Austria wurde komplett aus der Verantwortung entlassen.

Ich kenne schon die Zusammenhänge, dass eigentlich die Bank Austria sagt: „In Wahrheit war die Bank Burgenland der Hauptauftraggeber, deshalb kann ich mich hier auch vom Verlustgeschäft zurückziehen.“ Aber ich persönlich meine, dass es schlichtweg unmöglich ist, in der Privatwirtschaft so etwas zu tun. Das heißt, ich habe eine Beteiligung und wenn es „schief“ geht, habe ich keine Beteiligung. Noch dazu hat ... *(Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Das ist bitte eine Aktiengesellschaft!)*

Trotzdem, Sie wissen genau, dass die Bank Austria anschließend sogar der Bank Burgenland mit einem Riesenkredit ausgeholfen hat. Das heißt, wir müssen sogar noch den Kredit an die Bank Austria, die mit 43 Prozent beteiligt war, zurückzahlen. *(Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Auch das ist üblich, außer die Bank geht in Konkurs!)*

Ja, ich verstehe schon. Trotzdem muss ich Ihnen widersprechen. Denn warum wurde dann eine Klage ins Auge gefasst? Genau aus den gleichen Gründen. Eines darf man auch nicht vergessen. Die Überschüsse der Bank müssen in Vereinbarung mit dem Land, der Bank Austria bis im Jahr 2010 zugeschossen werden. Das ist natürlich auch ein Wahnsinn. Das darf man auch nicht vergessen.

Die Frau Abgeordnete Krojer hat schon Recht gehabt. Wir sitzen im Kontrollausschuss und plötzlich heißt es im Kontrollausschuss, wir sind das geheimste Gremium der Geheimen. Niemand darf irgendjemandem eine Frage stellen. Fragen, die gestellt worden sind, sind irgendwie verschachtelt zurückgekommen. Man hat immer darauf hingewiesen, dass nichts in der Öffentlichkeit gesagt werden darf.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde aber in der Öffentlichkeit einiges gesagt und da lasse ich die ÖVP nicht aus der Verantwortung. Beide sind für das Desaster in der Bank Burgenland verantwortlich. Das muss man klar zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wenn man schon vom Budget spricht, wie kann man im Budget diesen Schaden berücksichtigen? Unser Landesbudget - und das wissen wir alle - befindet sich in einer sehr schlechten Situation.

Das einzige Geld, das das Burgenland überhaupt noch zur Verfügung hat, und das das Burgenland den Burgenländerinnen und Burgenländer geben kann, sind die Wohnbauförderungsmittel. Das ist das einzige Geld. Diese Wohnbauförderungsmittel kommen vom Bund, nicht vom Land, 159 Millionen Euro hat das Land Burgenland jährlich an Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung. Das heißt, Zuschüsse vom Bund plus Rückflüsse. 159 Millionen Euro und 110 Millionen Euro sind im Budget ausgewiesen. Das heißt, die Wohnbauförderungsmittel die zur Gänze vom Bund kommen, werden zur Budgetabdeckung benützt! Das sind Gelder, die für die „Häuslbauer“ gedacht sind.

Eines muss man auch noch ganz klar herausstreichen. Es muss auch gesagt werden, dass es zu keiner „Verscherbelung“ der Bank Burgenland kommen darf. Es kann nicht so sein, dass man sagt: „Warum diskutiert man, die Raiffeisenbank hätte die Bank Burgenland sowieso gekauft.“ Also das kann es auch nicht sein.

Ich weiß schon, dass es eine Diskussion zwischen „schwarz“ und „rot“ gibt. Aber es ist für mich klar erkennbar, dass das Burgenland proporzmäßig noch immer zwischen „rot“ und „schwarz“ beinhart aufgeteilt ist. Ich sage Ihnen die Wahrheit. Die Wahrheit ist zumutbar. Auch wenn sie manchmal weh tut.

Ich möchte noch - es liegt schon länger zurück - aber ich möchte noch unterstreichen, wo eine proporzmäßige Situation erkennbar war. Am Donnerstag, dem 13. April 2000, fand man Folgendes in einer APA-Aussendung: „Am Donnerstag stattete der

am 30. März neu bestellte Vorstand der Bank, Generaldirektor Ernst Gassner, Oswald Koller und Gerold Stagl, dem Landeshauptmann einen Antrittsbesuch ab.“ „Ich bin sicher, dass der neue Vorstand, sowohl Kontinuität als auch Erneuerung bedeutet“, stellte Stix damals fest.

Die Bestellung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat, erfolgte wiederum einstimmig. Also mit Stimmen der ÖVP und SPÖ. Wenn wir schon beim Vorlesen von Zeitungsartikeln sind, ist mir noch ein Zeitungsartikel ins Auge gestochen, wonach hier transportiert wird: „Finanzlandesrat Bieler kommt jetzt unter Zugzwang. VP droht: Wir stimmen dem neuen Budget nicht zu. Harte Bandagen gibt es für Finanzreferenten Helmut Bieler jetzt auch von der ÖVP, Sie will einem Budget nur dann zustimmen, wenn die Frage der Verbindlichkeiten aus dem Bank Burgenland-Skandal geklärt ist, und der Landesrat Farbe bekennt.“

Er reagiert darauf mit der Gründung einer Immobiliengesellschaft der BELIG: „Damit verzettelt er sich nur, löst das Problem aber nicht“, sagt der Landesgeschäftsführer Halper.

Trotzdem, sehr geehrte Damen und Herren, hat die ÖVP dem Budget zugestimmt. Aber ich verhehle natürlich nicht, dass dieser Sonderlandtag eine hohe Wichtigkeit hat. Das stimmt. In der Landesregierung wurde dieses Sanierungspaket nicht einstimmig, sondern nur mehrheitlich beschlossen. Über dieses Sanierungspaket haben wir heute schon ausführlich gehört. Dieses Sanierungspaket ist mehr als zweifelhaft. Ich könnte noch minutenlange Ausführungen tätigen, aber ich glaube, es wurde schon so viel gesagt, dass diese kurze zehnmünütige Aussage genügt, um unseren freiheitlichen Standpunkt zu erläutern. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Tschürtz! Wenn Sie sagen, dass bei all diesen Dingen die ÖVP dabei war, dann stimmt das so, dass die ÖVP in der Regierung war. Die Verantwortung für diesen Skandal - die Sozialisten sprechen immer verniedlichend vom „Erbe“ -, hat der Untersuchungsausschuss hier in diesem Hohen Haus klar bei den Sozialisten festgemacht. Ich wollte das nur dezidiert klarstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum gerade zu Jahreswechsel immer unangenehme Dinge passieren, weiß ich nicht. Es ist fast wie ein Gesetz der Serie. Ich erinnere mich nur, der Golfkrieg hat zwischen Weihnachten und Neujahr begonnen, die Russen sind in Tschetschenien zwischen Weihnachten und Neujahr einmarschiert. Der Diktator Ceausescu ist in dieser Zeit hinweggefegt worden, die Tsunami-Katastrophe, derer Opfer wir heute in würdiger Art und Weise zu Beginn der Landtagssitzung gedacht haben, passierte auch in dieser Zeit und am 16. Dezember des Vorjahres ist ein Paket in der Burgenländischen Landesregierung beschlossen worden, das auch ein kleiner Skandal ist.

So wie die letzte Woche, meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgehört hat, so hat die jetzige Woche auch begonnen. Nämlich mit einem Skandal der besonderen Art. Zum Wochenende, nämlich am vergangenen Freitag, das war der 14. Jänner 2005, hielten Vertreter der Bank Burgenland, nämlich der Herr Aufsichtsratsvorsitzende Christoph Herbst, als oberster Interessensvertreter des Landes in der Bank, und die beiden Vorstandsdirektoren Gerhard Nyul und Wolfgang Ulrich eine Pressekonferenz ab.

Einige Stunden vorher wurden zwei dieser Herren gesehen, als sie beim Herrn Landeshauptmann Niessl waren, um sich wahrscheinlich, oder möglicherweise die letzten Instruktionen für diese Pressekonferenz abzuholen.

Man fühlt sich wieder in die Zeit zurückversetzt, in die 90er-Jahre, als der damalige Generaldirektor Ernst Gassner mehrmals wöchentlich im Büro Stix aus- und einging. Auch damals hat man gedacht, die Gesetze des Marktes durch parteipolitische Einflussnahme außer Kraft setzen zu können. Das Ergebnis ist bekannt: 410 Millionen Euro. Das sind 5,64 Milliarden Schilling. 5.640 Millionen Schilling musste das Land, müssen die Burgenländerinnen und Burgenländer bisher bezahlen.

Das ist so viel Geld, nahezu unvorstellbar. Würden der Herr Landeshauptmann - er ist jetzt nicht da, er hört sich das nicht gerne an - und der Herr Finanzreferent Bieler, jeden Tag auf der Landhausrampe, eine Million Schilling verbrennen, bräuchten sie fünfzehneinhalb Jahre. Weihnachten, Neujahr, sieben Millionen Schilling jede Woche, 30 Millionen Schilling im Monat.

Aber zurück zu dieser Pressekonferenz. Bei dieser Pressekonferenz, meine sehr geehrten Damen und Herren, am vergangenen Freitag, übte der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Herbst, derjenige Dr. Herbst, der in dieser Bank, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender die Interessen des Eigentümers, nämlich dem Land Burgenland, wahrzunehmen hat, an einem Spitzenrepräsentanten des Eigentümers, des Landes Burgenland, nämlich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, derart Kritik, in einer Art und Weise, wie das noch nie da war.

Nachzulesen im Kurier vom letzten Samstag. Ich zitiere im Originalton Herbst. Das war im ORF Burgenland: „Selbstverständlich geht das in erster Linie an Herrn Mag. Steindl als Landeshauptmann-Stellvertreter“, Ende des Zitats.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Privatwirtschaft ist das undenkbar, dass ein Aufsichtsratsvorsitzender einen Eigentümerversorger öffentlich derart angreift.

Der zweite Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren, passierte gestern Montag, zu Wochenbeginn, als der zweithöchste Interessensvertreter des Landes in der Bank, nämlich der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, ein mir persönlich Unbekannter, Dr. Kurt Berger, eine Klage gegen Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl eingebracht hat.

Ein Unbedarfter würde sich fragen: Was ist passiert? Was ist geschehen, dass in einer noch nie da gewesenen Art und Weise ein Spitzenrepräsentant des Landes von Vertretern der landeseigenen Bank derart rüde in der Öffentlichkeit behandelt wird?

Ich sage Ihnen was passiert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit dieser Vorgangsweise soll ein Politiker, soll Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl eingeschüchtert werden. Er soll im Auftrag der SPÖ mundtot gemacht werden, weil die ÖVP in der Sondersitzung der Burgenländischen Landesregierung am 16. Dezember des Vorjahres einen Millionen-Euro-Pakt nicht mitbeschlossen hat. Die SPÖ-Regierungsmitglieder wollten mit einem Mehrheitsbeschluss in dieser damaligen Sondersitzung der Landesregierung aus dem Landesbudget an die Bank weitere, im günstigsten Fall, 86 Millionen Euro, und im ungünstigsten Fall, sagen Fachleute, bis zu 130, 132 Millionen Euro pumpen. Ohne dass die Bank selbst an Sanierungsschritte gebunden wäre.

Deshalb haben wir diese heutige Sondersitzung des Landtages beantragt. Das wurde heute schon gesagt. Ob das dem Herrn Illedits gefällt oder nicht. Dass ist eine klare

demokratische Vorgangsweise, die hier an den Tag gelegt wird. Dass Dinge nicht nur nach muttermilch'schem System im verschlossenen Kämmerlein, sondern auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der springende Punkt ist, dass die Budgethoheit beim Landtag liegt und nicht bei der Regierung. Im Landesbudget für das Jahr 2005, das auch meine Partei in Verantwortung für das Land mit all den Schwierigkeiten mitbeschlossen hat, sind diese Mittel nicht vorgesehen.

Der Wechsel, den Sie hier eingegangen sind, sehr geehrter Herr Landeshauptmann - Sie werden das schon irgendwo hören - der ist geplatzt. Dass der Artikel 45 der Burgenländischen Landesverfassung klar verletzt wurde, wurde heute schon entsprechend debattiert.

Der Herr Landeshauptmann und der Herr Landesfinanzreferent haben über diesen bedeutsamen Regierungsakt den Landtag nicht informiert. Von der Größenordnung her, handelt es sich um zumindest zehn Prozent des Landesbudgets. Wir haben in der Gemeinde Illmitz, der Herr Bürgermeister Loos weiß das, rund 50 Millionen Schilling an Budget. Wenn der Gemeindevorstand ohne den Gemeinderat zu befassen, fünf Millionen Schilling ausgeben würde, ich weiß nicht, was der Gemeinderat mit dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister und den anderen Vorstandsmitgliedern machen würde.

Ich sage nur eines, und das ist auch bezeichnend. Der Unterschied ist, dass wenn in der Gemeinderatssitzung zumindest der Bürgermeister, der Vizebürgermeister, oder der Gemeindevorstand anwesend ist, der auch Verantwortung trägt, und der, wenn über Kredit gesprochen wird, auch zuhört.

Von den sozialistischen Regierungsmitgliedern, stelle ich fest, ist kein Einziger da. Kein Landeshauptmann, kein Finanzreferent und die anderen zwei Regierungsmitglieder habe ich eigentlich schon sehr lange nicht mehr gesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klubobmann! Das ist demokratiepolitisch bedenklich. Wenn der Landtag missachtet wird, wenn es darum geht, dass der Landtag von seinem Recht Gebrauch macht und eine Sondersitzung einberuft, hier Dinge diskutiert werden, die für die Zukunft, für die nächsten Generationen noch schlagend werden, hören sich Ihre Regierungsmitglieder das nicht einmal an. *(Abg. Christian Illedits: Wichtiger ist, dass Sie Maßnahmen setzen!)* Das ist, Herr Kollege Illedits, demokratiepolitisch bedenklich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir erinnern uns an einige Zitate die heute schon genannt wurden. Es gibt eine Zitatensammlung heute anscheinend, aber der Herr Landeshauptmann, damals noch Klubobmann, spricht immer vom Erbe Bank Burgenland. Das ist nicht sein Erbe! Er war mächtiger Bezirksparteiobmann in Neusiedl am See, Landtagsabgeordneter und Klubobmann. Sie wissen, Herr Kollege Illedits, ohne Klubobmann geht nichts, er war dabei. Das ist nicht sein Erbe, das ist sein Skandal, den er zu bewältigen hat. In Vorbereitung dieser damaligen Landtagswahl hat der Herr Landeshauptmann gesagt, sie hätten all jene Lügen gestraft, die ihnen im Wahlkampf eine finanzielle Katastrophe in das Landesbudget herbeireden wollten.

Zitat des Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden, Christoph Herbst, im Standard am 11. Jänner 2001. Ich glaube wir haben das heute schon gehört: „Wir wollen dem Eigentümer den Griff ins Börsi ersparen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, beurteilen Sie diese Aussagen nach der heutigen Diskussion.

Die Aussagen zum Landesbudget insgesamt, die der Herr Landeshauptmann, oder der Herr Landesfinanzreferent Bieler ständig machen, richten sich insgesamt von selbst, wenn sie landauf und landab in den Medien erklären, dass es immer Budgets, ausgeglichene Budgets ohne Neuverschuldung gibt. Kunststück! Die Neuverschuldung erfolgt außerbudgetär. Wir stehen zu dieser Vorgangsweise, weil es die einzige Möglichkeit ist, diesen Skandal zu bereinigen. Auch durch die Gründung der BELIG, die Maastricht-konform ist, mit all den Schwierigkeiten, wenngleich die Konstruktion der BELIG bei einem halben Prozent Zinsverschiebung schon ein Problem bringen kann. *(Abg. Dr. Ewald Ritter: Heißt das, das war eine gescheite Maßnahme?)*

Es war die einzig mögliche Maßnahme, um diesen SPÖ-Bank Burgenland-Skandal halbwegs in den Griff zu bekommen. Das System ist immer wieder das Gleiche, Kollege Ritter. In den 70er-Jahren war es die Verstaatlichte.

Lachen Sie nur, Frau Kollegin Spieß. Konsum: 1,9 Milliarden Euro. 26 Milliarden Schilling sind der österreichischen Wirtschaft durch diesen Konkursfall entzogen worden. Ihre Bundespartei ist nicht nur finanziell ein Sanierungsfall! Jetzt glaubt man mit den Gesetzen von Karl Marx, marktwirtschaftliche Gesetze außer Kraft setzen zu können. *(Allgemeine Unruhe)* Das ist in den 70er-Jahren nicht gegangen, das ist beim Konsum nicht gegangen, das geht auch hier nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen - Abg. Gertrude Spieß: Das sieht man bei der ÖIAG, bei der VOEST!)*

Das sieht man bei der ÖIAG. Die ÖIAG ist mittlerweile saniert, Frau Kollegin Spieß. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Sie brauchen überhaupt keine Bedenken haben. Das ist eine Sache, die läuft.

Ich möchte noch eine Sache von diesem Paket, das am 16. Dezember 2004 beschlossen wurde, ansprechen. Nämlich das Problem Wipfel. Ich kann mich erinnern, dass wir im Untersuchungsausschuss sehr viele Fragen gestellt haben. Einzig und allein zum Komplex Hom-Rusch wurden die Fragen deshalb beantwortet, weil der Komplex Hom-Rusch damals schon insolvent war und der Masseverwalter alle vom Geschäfts- und Bankgeheimnis entbunden hat. Wipfel war damals noch nicht insolvent. Daher konnten wir zwar Fragen stellen, erhielten aber keine Antwort. Mittlerweile wissen wir, dass von den damals 350 Millionen Schilling, die Stahlbau mit 250 Millionen Schilling in Konkurs gegangen ist, wo die Bank Rückstellungen hatte. Jetzt wurde mit 100 Millionen Schilling mit einer Tochter der Bank Burgenland, das Sportzentrum Claudios weiter bewirtschaftet. Zu welchem überhöhtem Preis das Land Burgenland dieses Sportzentrum kaufen soll, ist heute schon entsprechend diskutiert worden.

Ich kann nur sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Paket ist eine Geldvernichtung. Wir haben dieses Paket nicht mitgetragen. Sie von der Sozialistischen Partei wollten das im stillen Kämmerlein machen. *(Allgemeine Unruhe)* Alle, die dagegen aufmucken, werden fast wie in einer Diktatur niedergemacht und mit Klagen eingedeckt. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Sie werden uns nicht mundtot machen. Wichtig ist, dass der Bundes-Rechnungshof diese Vorgangsweise prüft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Klaus Mezgolits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Klubobmann Dipl.Ing. Berlakovich hat

ausgeführt, dass die ÖVP im Jahre 2000, trotz damals deutlich vorgezogener Landtagswahlen, eine Konsenslösung mitgetragen hat. Das entspricht den Tatsachen. Ich habe von diesem Pult aus, mehrfach die damals im Jahr 2000 zur Diskussion stehenden oder offenen Optionen, beziehungsweise Szenarien präsentiert und gewertet. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass die seinerzeitige Entscheidung der Burgenländischen Landesregierung, diese „Sonderhaftung“ des Landes zugunsten der Bank zu übernehmen, eine richtige Entscheidung war. Es hätte nämlich außer dieser Haftungsübernahme nur zwei andere Möglichkeiten gegeben. Der Bank entweder, in Form einer Aufstockung des Eigenkapitals oder wie auch immer, in einem Schlag entsprechendes Geld zuzuführen, oder die andere Möglichkeit wäre gewesen, die Bank in den Konkurs schlittern zu lassen. Das wäre die logische Folge gewesen, wenn diese Garantie nicht abgegeben worden wäre und auch sonst kein Geld zugeführt worden wäre. Die Folge wäre Geschäftsaufsicht und irgendwann innerhalb weniger Tage wahrscheinlich der Entzug der Konzession gewesen. In der Privatwirtschaft, auf die heute schon mehrfach angespielt wurde, ist das ein durchaus nicht unübliches Vorgehen von Eigentümern, wenn sie sich von ihrer Firma absentieren.

Bei der Landesbank, die zumindest auf einem Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz beruht, wo es eine unbeschränkte Haftung des Landes als Eigentümer gibt, geht das nicht. Deshalb war es auch notwendig und richtig, diese Entscheidung zu treffen.

Denn ansonsten wäre wenige Tage später die gesamte Haftung für alle Geschäftsfälle der Bank, auch für die positiven schlagend geworden und das Land Burgenland hätte massivste Probleme bekommen. Ich kann mich auch erinnern, das ist noch nicht so lange her, dass der seinerzeitige Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Gerhard Jellasitz hier als Abgeordneter, ein Kollege in der ersten Reihe der ÖVP sitzend, genau so wie der bis vor kurzem hier auf der Regierungsbank sitzende damalige Landesrat Karl Kaplan, meinen Ausführungen durch deutliches und lang andauerndes Kopfnicken vollinhaltlich zugestimmt haben. Ich frage mich deshalb: Was hat sich im Gegensatz zum Jahr 2000 geändert? Die Rahmenbedingungen können es wohl nicht gewesen sein. Sowohl die wirtschaftlichen als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sind nämlich im Wesentlichen unverändert geblieben. Ich warte auf eine Antwort. Solange ich diese nicht bekomme, kann ich nur spekulieren, was ich dann auch gerne tun werde, nämlich spekulieren über die Motive der ÖVP-Fraktion in diesem Hause.

Aber wir könnten vielleicht, weil ein Regierungsmitglied der ÖVP-Fraktion sitzt ja noch heute auf der Regierungsbank, das seinerzeit dieses Maßnahmenpaket mitbeschlossen hat, dieses Regierungsmitglied befragen. Vielleicht kann uns Herr Landesrat Rittsteuer weiterhelfen und vielleicht „etwas Licht ins Dunkel“ bringen? Ich frage daher: Sehr geehrter Herr Landesrat Ökonomierat Paul Rittsteuer, warum haben Sie im Jahr 2000 für die Sonderhaftung des Landes gestimmt und sehen sich nunmehr nicht in der Lage, die in Rede stehenden Maßnahmen mitzutragen? Die Rahmenbedingungen haben sich - wie ich schon gesagt habe - aus meiner Sicht nicht geändert. Oder doch? Es ist zumindest bis heute noch in keiner Wortmeldung - weder von der Regierungsbank noch seitens der ÖVP-Fraktion - erklärt worden, wo denn jetzt der große Unterschied bestehe. Was ist der Grund für diesen Meinungsumschwung?

Vielleicht finden wir die Antwort darauf in der Rede des Herrn Klubobmann Kölly, der einleitend gesagt, es gehe darum, eine SPÖ-Mehrheit zu verhindern, dann am Schluss aber relativiert hat, sie würden selbstverständlich nicht mit der Bank Burgenland in den Wahlkampf ziehen wollen. Herr Kollege Kölly, ganz schlüssig war das für mich nicht, aber wir werden schauen. *(Abg. Manfred Kölly: Ihr führt Euch so auf im Land als*

wenn schon die Wahl wäre. - Abg. Christian Illedits: Wo? - Abg. Manfred Kölly: Das habe ich gemeint.) Gut! Was natürlich interessant ist, Kollege Kölly, wir werden es dann nachlesen können.

Auffallend ist schon, wie hier versucht wird, in einer selten einmütigen Koalition von Schwarz, Blau und Rot die Bank Burgenland, ... (Abg. Mag. Josko Vlasich: Grün!) Pardon, natürlich mit Grün! Das ist so unvorstellbar für mich, dass es mir gar nicht über die Lippen gekommen ist. Deswegen ist mir jetzt der Freud'sche Versprecher unterlaufen. In einer seltsamen Koalition von Schwarz, Blau und Grün, wobei Grün natürlich besonders hervorsticht, zu versuchen, hier die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen - ich betone eingeleiteten, gesetzt sind die Maßnahmen ja zum Großteil noch nicht - mies und schlecht zu machen.

Ich finde es auch etwas verwunderlich, wenn wir hier heute laufend gehört haben, die rote Bank Burgenland oder die rote Bank Austria. Wenn ich nicht falsch informiert bin, war es immerhin so, dass bei der letzten Betriebsratswahl in der Bank Burgenland eine eindeutig ÖVP-nahe Liste die meisten Stimmen und auch damit Mandate erreicht hat.

Ich war etwas verwundert darüber und habe eigentlich geglaubt, wie der Kollege Tschürtz mit der seinerzeitigen Wahlkampfbroschüre der FPÖ ans Rednerpult getreten ist, dass jetzt vielleicht auch noch die rote Spinne oder das rote Netzwerk wieder einmal ausgegraben wird und zur Argumentation herhalten muss.

Nun, ich weiß nicht, hier hat sich aber doch vieles geändert, Sie müssten hier dieses Plakat doch deutlich umzeichnen. Zum Herrn Generaldirektor Ulrich. Ich sehe ihn jetzt momentan nicht auf der Zuhörergalerie. (Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Der ist schon fort.) Ich weiß nicht, ob Sie den jetzt zum Roten erklären wollen, ich kann es nicht beurteilen. Man kann ihn fragen. Ich weiß ja auch gar nicht, ob der Aufsichtsrat ... (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Darum geht es doch gar nicht. Es geht um das Papier, das am 16. Dezember beschlossen worden ist.) Es geht aber schon auch ein bisschen ums Umfeld, Herr Kollege Strommer. Ich werde zum Untersuchungsausschuss auch noch kurz zu sprechen kommen.

Aber, Kollege Strommer, es geht hier ganz einfach darum, dass Ihre Fraktion heute mit diesen „wunderschönen“ Plakaten „Niessl/SPÖ = Geldvernichtung“ im puren Aktionismus hier im Saal herumgewinkt hat. (Die Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer und Oswald Klikovits zeigen noch einmal die Plakate.) Das steht Ihnen gerne zu. Typisch für eine Oppositionspartei! Aber, Kollege Strommer, wir beide hatten die Ehre und vielleicht das etwas zweifelhafte Vergnügen, hier einen Sommer lang - Sie als Mitglied des Hauses, ich als Experte - in diesem Untersuchungsausschuss zu sitzen.

Wir haben hier in sehr langen und ausführlichen Sitzungen - öffentlichen und nicht öffentlichen -, in Diskussionen und in stundenlanger Aktendurchsicht uns eine Meinung gebildet. Es ist bezeichnend, und das werden die meisten Mitglieder des Untersuchungsausschusses bestätigen können, dass wir zumindest, was die Faktenlage betroffen hat, über sehr weite Strecken Einhelligkeit erzielt haben. Dass in weiterer Folge die Wertung dieser Fakten eine andere war, liegt an sich an der Natur der Sache. Ich habe auch kein Problem damit, und es ist gutes Recht jedes Mitgliedes dieses Hauses, genauso wie es gutes Recht jedes Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung ist, zu sagen: Bitte machen wir Schluss. Wir wollen den Crash! Schicken wir die Bank in den Konkurs. Nur dann bitte, sagen Sie das laut und deutlich.

Sie müssen immer mitbedenken: Was sind die Alternativen? Sie haben nur die Alternativen: Entweder Kapital zuzuschießen oder Ausgaben, die der Bank zurzeit laufend

im „Sackel“ liegen - wie man so schön sagt - zu übernehmen und damit das in der Bank vorhandene Kapital zu erhöhen oder die Bank in den Konkurs zu schicken. Dann sagen Sie das bitte, ist ja kein Problem. *(Abg. Matthias Weghofer: Besser wirtschaften!)* Bitte Herr Kollege Weghofer, stehen Sie auf und sagen Sie, Sie sind dafür, dass die Bank in den Konkurs geschickt wird. *(Abg. Matthias Weghofer: Wem schießt Raiffeisen etwas zu? Der BAWAG? Oder der Bank Austria?)* Der Eigentümer, wenn es notwendig ist, Herr Kollege. Bitte, wenn wir jetzt mit Raiffeisen anfangen. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Ich war immer der Meinung, der Bestbieter soll den Zuschlag im Falle eines Verkaufs bekommen. *(Abg. Kurt Lentsch: Der Klubobmann aber nicht. Der hasst Raiffeisen.)* Zu dem stehe ich auch.

Aber wissen Sie, Herr Kollege Weghofer, Sie waren nicht im Untersuchungsausschuss vertreten. Ich kann mich erinnern, ich habe es leider heute nicht mit, sonst hätte ich wortwörtlich zitieren können. Hätte ich gewusst, dass wir zu dem Thema kommen, hätte ich die Unterlagen mitgenommen. Ein gewisser Ministerialrat Dr. Ganz, Vertreter der Bankenaufsicht, hat hier im Untersuchungsausschuss - ich glaube, es war der zweite Sitzungstag - erklärt und ich zitiere jetzt nicht wörtlich, aber doch, glaube ich, inhaltlich korrekt, dass diese Situation so ein besonderer Vorfall oder einmaliger Vorfall in der österreichischen Bankgeschichte nicht sei, dass es durchaus ein- bis zweimal im Jahr ähnliche Vorfälle in Kreditinstituten in Österreich gäbe. Der wesentliche Unterschied war und ist natürlich derjenige, dass es sich hierbei um die Bank Burgenland gehandelt hat und man dieses Thema in die Öffentlichkeit fast wörtlich gebracht hat. Normalerweise erfährt die Öffentlichkeit das nicht oder nicht derart.

Da frage ich: Was war das Motiv? Warum wollte man das tun? Ich unterstelle Ihnen jetzt natürlich nicht, dass Sie oder ein anderes Mitglied des Hauses das deshalb machen, um die Bank Burgenland in den Konkurs zu treiben. Das wäre widersinnig. Ich unterstelle Ihnen auch gar nicht, dass Sie das machen, damit der Bank oder dem Land Schwierigkeiten entstehen. Ich unterstelle Ihnen aber sehr wohl, und es war meiner Meinung nach durchaus mehr als eindeutig, wenn es eine gemeinsame Pressekonferenz von - jetzt muss ich aufpassen - Schwarz, Blau und Grün gibt und entsprechende gemeinsame Anträge gestellt werden, dass Sie hiermit ganz offensichtlich den Wahlkampf für die Landtagswahl 2005 eröffnet haben oder eröffnen wollen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Paul Fasching: Spiel der freien Kräfte! Ihr habt das propagiert.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, lieber Herr Kollege Fasching, ich habe kein Problem damit. *(Abg. Paul Fasching: Was ist daran so schlecht?)* Selbstverständlich ist es Ihr gutes Recht, das zu tun. Ich habe nichts dagegen, aber Sie müssen mir doch genauso erlauben, frei meine Meinung zu äußern, was der Zweck oder der Hintergrund des Ganzen ist. Ich frage jetzt weiter, Herr Kollege Fasching, Sie kennen mittlerweile das Verlangen, das wir aufgrund des Umstandes, dass wir mehr als ein Drittel dieses Hauses stellen, an den Rechnungshof gerichtet haben. Sie wissen genau, dass dieses Verlangen ursprünglich in einer anderen Form, nämlich als Ergänzungs- oder Abänderungsantrag zum heute hier zur Debatte stehenden Dringlichkeitsantrag von uns eingebracht werden sollte. Es hat sich keine der drei anderen Fraktionen des Hauses bereit erklärt, dies zu unterstützen, weshalb wir von unserer in der Bundes- und Landesverfassung beziehungsweise der Geschäftsordnung geregelten Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, das direkt als Verlangen gemäß Artikel 127 Absatz 4 Bundes-Verfassungsgesetz einzubringen.

Selbstverständlich bestreitet auch niemand, dass es das gute Recht einer anderen Fraktion ist, sich dem zu verschließen, genauso wie Sie mir hoffentlich zugestehen wollen, dass es unser gutes Recht ist, es einzubringen. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP:*

Mit dem Unterschied, wir klagen Euch nicht.) Wenn ich allerdings dann die Begründung höre, warum man dem nicht zustimmen wollte beziehungsweise abgelehnt hat - ich glaube vom Kollegen Vlasich ist die Begründung gekommen -, nämlich Verzögerung des Prüfungsauftrages, dann na ja, meine Damen und Herren. Wir wissen genau, wie lange oder nicht lange Rechnungshofprüfungen in der Vergangenheit gedauert haben, dauern können und sicherlich auch in Zukunft noch dauern werden. Dass diese kleine Ergänzung das große Problem wäre, warum es so irrsinnig lange dauern würde, wage ich zu bezweifeln.

Aber ein Punkt erscheint mir hier auch noch ganz wichtig. Über die Frage der parteipolitischen Orientierung der zurzeit handelnden Organe der Bank habe ich schon gesprochen. Ich kann auch nicht beurteilen, welcher Fraktion der Aufsichtsratspräsident Dr. Herbst beziehungsweise sein stellvertretender Vorsitzender - ich glaube, es ist ein Wiener Rechtsanwalt, der jetzt angekündigt hat, den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter verklagen zu wollen - angehört. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Mir ist er also zumindest mit SPÖ-Mitgliedsnummer nicht bekannt. Aber was bezeichnend ist ... *Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das sagt noch gar nichts, wenn Sie ihn nicht kennen.)* Das habe ich auch nicht behauptet. Was aber ganz bezeichnend war heute über weite Strecken der Debatte, dass man hier krampfartig versucht hat, aus an sich üblichen Geschäftsvorgängen einer Bank einen Skandal zu machen.

Frau Kollegin Krojer, wenn Sie ausgeführt haben, es sei ein Skandal, wenn eine Bank Spekulationsgeschäfte abschließt, dann frage ich Sie: Was ist denn an sich ursächlichste Aufgabe einer Bank oder das Kerngeschäft einer Bank? Das Kerngeschäft einer Bank ist doch immer noch gewesen, auf der einen Seite Geld einzunehmen und dafür Zinsen zu bezahlen - sei es jetzt in Spareinlagenform, sei es in Wertpapieranlagen oder sei es, dass man halt am Zwischenbankmarkt sich selbst mit Geld eindeckt - und auf der anderen Seite Geld gegen Zinsen zu verleihen. Das funktioniert natürlich immer nur dann oder nur solange, solange die Zinsen bei den herausgegebenen Krediten höher sind als die Zinsen, die man für das selbst aufgenommene Geld aufgenommen hat, um sich - wie man so schön sagt - zu refinanzieren.

Gerade von Ihnen würde ich aufgrund ihrer Ausbildung in Geschichte und Sozialkunde, heißt es, glaube ich, auch Politikwissenschaft oder politische Bildung - ich habe vorher noch auf der Homepage nachgesehen -, annehmen, dass Ihnen so grundlegende Begriffe wie Zinsen am Zwischenbankmarkt, Lombardsatz und Diskontsatz, die wir irgendwann einmal gelernt haben, etwas sagen und Sie deshalb eigentlich wissen müssten, dass das ein selbstverständlicher und üblicher Vorgang ist, auf den an sich genau unser Bankwesen fußt und dadurch funktioniert, dass die Bank eben davon lebt, dass sie mehr Geld für verliehenes Geld kassiert, als sie für ausgeliehenes Geld zu zahlen hat.

Ich will das hier in keinsten Weise beschönigen, es ist leider Gottes ein Missverhältnis dadurch entstanden. Nur egal, wer die entscheidenden Damen und Herren seinerzeit in der Bank waren, es wäre wohl zu viel verlangt, hellseherische Fähigkeiten von einem Bankvorstand zu verlangen, denn wenn er über diese verfügen würde, dann würde er sich wahrscheinlich sein Geld einfacher, angenehmer und in noch größerem Ausmaß verdienen als als Vorstand einer Bank oder einer ähnlichen Institution.

Um zum Abschluss zu kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bedaure es namens meiner Fraktion, dass es nicht möglich war, hier einen Konsens dahingehend zu erzielen, den Prüfungsauftrag an den Rechnungshof zu ergänzen. Ich darf feststellen, dass wir selbstverständlich auch kein Problem mit dem heutigen

Dringlichkeitsantrag haben und diesem Dringlichkeitsantrag auch zustimmen werden, möchte aber abschließend auch noch eines kurz auf Ihre Taferl zurückkommend sagen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie als Regierungsfraktion hier mit Taferln herumwachen „Niessl/SPÖ = Geldvernichtung“, dann frage ich Sie nur: Was waren damals die Alternativen, und was wären heute die Alternativen? Nämlich die totale Geldvernichtung, die Vernichtung der Bank Burgenland mit allen negativen Folgen und zwar Soforteintritt der negativen Folgen für das Land Burgenland! *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Steindl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt sehr aufmerksam allen Rednern zu diesem sehr komplexen Thema zugehört, und ich möchte auf einige Punkte eingehen.

Ja, die ÖVP bekennt sich zur Zusammenarbeit, und ich bekenne mich, Herr Abgeordneter, auch zum Proporzsystem. Ein deutliches Ja von unserer Partei und zwar weil ich der Meinung bin, rein sachlich der Meinung bin, dass wir nur gemeinsam in diesem kleinen Land mit 280.000 Einwohnern sehr viel weiterbringen. Wenn Sie sich das Politikerranking anschauen, das im Auftrag der APA über OGM durchgeführt wurde, und Sie vergleichen dann die Werte der burgenländischen Politikerinnen und Politiker mit den Werten der Politiker anderer Bundesländer, dann können Sie feststellen, dass gerade im Burgenland versucht wird, von allen vier Parteien eine Volksnähe zu beweisen und gemeinsam mit den Menschen zu versuchen, die Politik zu gestalten. Daher hat die Österreichische Volkspartei immer ein Ja zum Miteinander gesagt. Das war so bei meinen Vorgängern bis hin zu Gerhard Jellasitz, und das ist auch bei mir und bei der ÖVP Burgenland so.

Wir haben die vielen Herausforderungen gemeinsam gemeistert. Wenn ich wir sage, dann schließe ich auch die anderen zwei Parteien, nämlich die Freiheitlichen und die Grünen, mit ein. Es wäre nicht möglich gewesen, zum Beispiel die vielen Ziel 1-Projekte im Burgenland umzusetzen, wenn es keine Gemeinsamkeit gegeben hätte. Ich behaupte, wir hätten im Burgenland seitens des Bundes kein Zusatzprogramm in Höhe von 30 Millionen Euro bekommen, wenn wir nicht gemeinsam versucht hätten, für das Burgenland zu werben. Es gibt natürlich sehr viele Beispiele im Tourismusbereich, im landwirtschaftlichen Bereich, im Wirtschaftsbereich.

Wenn man sich die Gemeinden anschaut, dann ist es gelungen, trotz der Steuerreform 2004, trotz der Steuerreform 2005, dass die Ertragsanteile und die Bedarfszuweisungen, also die Steuereinnahmen der Gemeinden, gestiegen sind. Wir versuchen immer darauf hinzuweisen, dass das der Vorteil des Burgenlandes ist, dass wir eine Diskussionskultur in diesem Lande in den letzten Jahren, Jahrzehnten, entwickelt haben, wo wir Meinungen austauschen, wo wir streiten im positiven Sinne, aber wo wir dann aufeinander nicht böse sind, sondern wo wir versuchen, Überlegungen anzustellen, wie kann es weitergehen.

Das war der Weg der Österreichischen Volkspartei bis zum 16. Dezember. *(Abg. Dr. Ewald Ritter: Dann haben Sie aufgehört.)* Am 16. Dezember ist Folgendes passiert: Am 16. Dezember ist eine Regierungssitzung einberufen worden, beziehungsweise zwei Tage vorher, wo ein Maßnahmenpaket mit den Stimmen der SPÖ-Regierungsmitglieder

beschlossen wurde, das meiner Meinung nach und unserer Meinung nach ungeeignet ist, der Bank Burgenland nachhaltig und langfristig zu helfen.

Bei dieser Meinung bleibe ich, weil ich glaube, dass dieses Maßnahmenpaket sehr viele Punkte enthält, die dem Land Burgenland nachhaltigst schaden. Damit, das möchte ich auch an die Adresse des Direktoriums und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank Burgenland geben, ist dieses Thema schon lange kein Bank Burgenland-Thema mehr, sondern es ist ein landespolitisches Thema geworden für die Menschen in diesem Lande, für die Steuerzahler und für die nächsten Generationen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich behaupte, dass alleine mit zwei großen Maßnahmen dem Land geschadet wird. Wenn wir glauben, dass wir jetzt eine Kernkompetenz der Bank Burgenland, nämlich Spekulationsgeschäfte oder Swap-Geschäfte, im Innenverhältnis übernehmen können und jetzt besser machen als Vollprofis, dann meine ich, dass das der falsche Weg ist. Dazu gebe ich schon dem Abgeordneten Berlakovich und vielen Vorrednerinnen und -rednern Recht, die gemeint haben, es sei vergleichbar mit dem, dass man in ein Kasino geht, man verspielt es. Und jetzt geht man nochmals ins Kasino, nimmt sich vielleicht Geld auf und sagt, aber jetzt werde ich alles wieder zurückgewinnen.

Das ist der springende Punkt. Und da teilt sich die Verantwortung oder die Art, wie man Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir meinen, dass es vielleicht ehrlicher gewesen wäre, Herr Direktor, wenn wir die Swaps vom Volumen gleich herausgekauft hätten, aber im Innenverhältnis zu übernehmen, so wie es jetzt die SPÖ-Regierungsmitglieder beschlossen haben, ist meiner Meinung nach nicht brauchbar, um eine Bank Burgenland zu sanieren.

Der zweite Punkt, und da spreche ich auch aus der Verantwortung heraus. Ich meine, dass es unverantwortlich seitens der SPÖ-Regierungsmitglieder ist, dass ein Betrieb wie VIVA, der laufend negativ in den Schlagzeilen war, der ein negatives Betriebsergebnis hereinwirtschaftet, der anderen Betrieben Konkurrenz macht, *(Abg. Dr. Ewald Ritter: Das ist jetzt ein Grund, dass er anderen Betrieben Konkurrenz macht?)* dass jetzt eine Beteiligung der Bank Burgenland an diesem Betrieb zu überhöhten Preisen herausgekauft wird und - jetzt kommts, ja meine Herren, jetzt kommts - *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* in eine Landesgesellschaft gesteckt wird, wo man meint, dass eine Landesgesellschaft diesen Betrieb besser bewirtschaften wird können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe dazu, dass wir die BELIG gegründet haben, weil wir letztendlich in einer breiten Diskussion dann der Meinung waren, es muss eine außerbudgetäre Lösung geben, denn aufgrund der Maastricht-Kriterien darf das Land sich nicht größer verschulden. Daher war es klar, dass ich gemeinsam mit dem Landesrat Bieler versucht habe, eine Konstruktion zu finden. Der Landesrat Bieler wird mir Recht geben, dass es auch in unserer Partei nicht einfach war, hier einen Standpunkt insofern zu erarbeiten, als dass wir diese BELIG in dieser Konstruktion dann gegründet haben. Er weiß das ganz genau. *(Abg. Johann Tschürtz: Das war bei der Sitzung.)*

Wir tragen, Herr Abgeordneter Tschürtz, diese Konstruktion auch mit. Dagegen ist nichts einzuwenden. Das machen auch andere Bundesländer. Aber, und jetzt kommts: Wir waren bei der Aufsichtsratssitzung vor Weihnachten, BELIG Aufsichtsratssitzung, wo uns beide Geschäftsführer mitgeteilt haben, dass wenn der Zinssatz um mehr als einen halben Prozentpunkt steigt, die normalen gewöhnlichen Geschäftstätigkeiten der BELIG nicht machbar sind. Das bedeutet, dann muss der Eigentümer Land zusätzlich Kapital einschießen. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist ein Wahnsinn. Ein Skandal!)*

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass jedes Budget ab 2005 jährlich mit über zehn Millionen Euro aufgrund des Desasters belastet werden wird. Darauf haben wir hingewiesen. Umso unverständlicher ist mir, dass man versucht, einen Betrieb, der also durch die Bank Burgenland nicht so zu führen war, wie wir es erwartet haben, jetzt in eine andere Gesellschaft transferiert wird und man meint, damit hätte man das Problem gelöst. Das finde ich - das möchte ich in aller Sachlichkeit betonen - für unverantwortlich, und da geht es schon lange - das möchte ich nochmals betonen - nicht um die Bank Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Auch nicht um die Mitarbeiter. *(Abg. Christian Illedits: Um was geht es dann?)* Es geht auch nicht um die Sparer. Sondern mir geht es darum, dass diese Lösung, die jetzt beschlossen wurde, die schlechteste Lösung ist und dem Land, wenn diese Lösung umgesetzt wird, noch sehr viel Geld für die nächsten Generationen kosten wird.

Der nächste Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bin schon ein bisschen irritiert ... *(Abg. Ewald Gossy: Ja, das glaube ich.)* Herr Abgeordneter, es mag sein, dass Sie den Burgenländischen Landtag für ein Kasperltheater halten. *(Abg. Ewald Gossy: Sie machen ein Kasperltheater.)* Ich nehme den Landtag sehr ernst, *(Abg. Ewald Gossy: Ja, das glaube ich.)* habe sehr ernst zugehört, und das ist wohl das Mindeste, dass man einem Regierungsmitglied auch zuhört. *(Abg. Gertrude Spieß: Das tun wir die ganze Zeit.)* Ich würde Sie darum bitten.

Was mich irritiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist folgender Punkt: Nach diesem Regierungsbeschluss, der mehrheitlich gefasst wurde, werden jetzt diese Maßnahmen umgesetzt. Diese werden der Bank Burgenland dienen. Die Bank Burgenland wird mit dem Jahresabschluss 2004 positiv bilanzieren können. Die Bank Burgenland wird mit diesen Maßnahmen auch in den nächsten Jahren bilanzieren können. Was mich irritiert ist, dass sich nach der Beschlussfassung, egal wie sie zustande gekommen ist, zwei Vorstandsdirektoren und ein Aufsichtsratsvorsitzender bei einem Pressegespräch hinstellen, diese Maßnahmen nochmals diskutieren und Vorwürfe gegen eine Partei erheben.

Interessant ist, dass sich diese Herrschaften, beim Ulrich weiß ich es nicht, aber bei den zwei weiß ich es, die Direktiven vom Landeshauptmannbüro einen Tag vorher holen. *(Abg. Johann Tschürtz: Bist Du „narrisch“! - Abg. Christian Illedits: Von woher wissen Sie das?)* Das ist meiner Meinung nach einer Aktiengesellschaft, wie es die Bank Burgenland ist, nicht würdig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landeshauptmann, und da sind wir auf einem Punkt, wo wir uns nicht einigen, *(Zwiesgespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Heiterkeit bei Landeshauptmann Hans Niessl)* Herr Landeshauptmann, Nerven bewahren, ich bin noch nicht fertig. Herr Landeshauptmann, das ist zum Beispiel ein Punkt, wo ich meine, da geht es schon lange nicht nur um die Bank Burgenland, *(Abg. Christian Illedits: Das ist ja letztklassig.)* da geht es schon lange nicht um finanzielle, um ökonomische Größen, sondern da geht es darum, wie zusammengearbeitet wird. Wenn man Institutionen für parteipolitische Zwecke missbraucht, dann ist das nicht die Zusammenarbeit, die wir uns als ÖVP im Burgenland wünschen. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ewald Gossy: Wie der Schelm denkt, so ist er.)*

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Wissen Sie, es ist schon eigenartig, wenn jemand sich artikuliert, und in der Politik ist man tagtäglich aufgefordert, zu gewissen Themen Stellung zu nehmen. Das tun nicht nur jetzt Leute von der ÖVP sondern von allen Parteien. Zum Beispiel hat der Herr Martin Ivancsics, Bürochef des Herrn Landeshauptmannes, zur APA am 9. September 2003 gemeint, ich zitiere: „Die Landespolitiker hoffen darauf, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Wir müssen

zumindest das Eigenkapital hereinbringen", sagte Büroleiter von Landeshauptmann Hans Niessl Martin Ivancsics.

Am 9. September 2003, wo wir eigentlich ausgemacht haben, dass über den Verkaufspreis keine Angaben gemacht werden. Daher bin ich dankbar, dass die SPÖ jetzt den Rechnungshof aufgerufen hat, derartige Aussagen auch zu prüfen. Darüber bin ich sehr dankbar. Es wird sich letztendlich herausstellen, wer welche Aussagen wirklich getätigt hat. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist doch schon bereits im Wirtschaftsblatt gestanden. Die Daten waren bereits bekannt.)*

Wer, lieber Herr Landeshauptmann? Nun der nächste Punkt. Sie sagen, dass Herr Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter Dr. Berger kein SPÖ-Mitglied ist. Das glaube ich Ihnen sofort. Das möchte ich Ihnen auch gar nicht unterstellen. Das ist mir schlussendlich auch egal. *(Abg. Mag. Klaus Mezgolits: Ich weiß es nicht!)* Aber ich frage mich schon, ob es nicht doch einen Zusammenhang gibt, zwischen dem, was in den letzten Wochen und Monaten politisch passiert ist, und mit der Klage, die auf einmal, und rein zufällig gegen mich wegen übler Nachrede eingebracht wird. *(Abg. Dr. Ewald Ritter: Zufall war es keiner. - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin in die Landespolitik gegangen, um meine Meinung auch in Zukunft frei zu äußern. Ich lasse mir von niemandem, und schon gar nicht von der SPÖ, einen Maulkorb verhängen. *(Abg. Gertrude Spieß: Genau, denn wir leben in einer Demokratie.)* Wo sind wir denn? *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir leben nach wie vor in einer Demokratie, wo jeder und jede seine Meinung frei äußern darf. *(Abg. Gertrude Spieß: Genau! Jeder! Auch die SPÖ.)* Es darf in diesem Land nicht so weit kommen, dass vielleicht eine Partei glaubt, dieses Land gehört ihr. Dafür werden wir alle sorgen. *(Abg. Ewald Gossy: Ja, so wie die ÖVP auf Bundesebene, oder?)* Dafür werden aber auch die Wählerinnen und Wähler sorgen. *(Beifall bei der ÖVP - Landesrat Helmut Bieler: Nicht so aufregen, sonst ist ein Herzinfarkt da.)* Ich bekomme sicher keinen Herzinfarkt, Herr Finanzlandesrat! Ich habe mich nicht so aufgeregt wie Sie. Ich weiß schon, das sind die üblichen Störmanöver. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich möchte nun zum Schluss kommen. Am besten hat die politische Situation der Herr Christian Uchan vom Bezirksblatt ausgedrückt, der in seinem Kommentar geschrieben hat, und damit möchte ich schließen, ich zitiere: „Wenn der SPÖ zu diesem Sonderlandtag nichts anders einfällt, als ihn als Theaterdonner zu bezeichnen, dann zeigt dies nur recht deutlich, wie schwer es einer Partei, die sich im Machtrausch befindet, fällt, mit einfachsten demokratiepolitischen Spielregeln umzugehen.“ Punkt. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Paul Fasching: Hört! Hört!)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr Herrn Landeshauptmann Niessl das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann. *(Abg. Gertrude Spieß: Die Meinung kann unabhängig von der Person sein. Das darf und kann so sein.)*

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, dass dieser Sonderlandtag natürlich schon sehr wichtig ist, und zwar deswegen, um, wie es in der Demokratie üblich ist und auch üblich sein soll, seinen Standpunkt zu vertreten. Nämlich, warum man etwas gemacht hat, oder wie man die Probleme lösen soll. Dazu sind heute sehr viele Vorschläge gekommen, die natürlich nicht umsetzbar sind, weil es auf der einen Seite Stabilitätspakt beziehungsweise Maastricht-Kriterien gibt und auf der anderen Seite die Finanzmarktaufsicht, die Wirtschaftsprüfer und auch Kaufinteressierte gibt. *(Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Ewald Gossy: Es ist*

doch vorher schon im Wirtschaftsblatt gestanden. Das war doch das Dilemma. - Abg. Andrea Gottweis: Wieso wurde das so gemacht?) Moment, ich bin doch dabei, es zu sagen, warum das so gemacht wurde. Es ist doch in der Demokratie üblich, dass ich auch meinen Standpunkt sagen darf.

Aufgrund einer Besprechung bei der Finanzmarktaufsicht, die am 18.1. stattgefunden hat, habe ich von Herrn Dr. Herbst einen Aktenvermerk bekommen. Aus dem geht klar hervor, dass die Finanzmarktaufsicht und die Bankenaufsicht dieses Maßnahmenpaket für gut und richtig heißt. Weiters, dass die Wirtschaftsprüfer das Testat dann erteilen, (Abg. Paul Fasching: Na, das ist doch klar, oder?) wenn das Maßnahmenpaket gesetzt wird und die Privatisierung auch deswegen teilweise gescheitert ist, weil dieses Maßnahmenpaket eben nicht schon früher gesetzt wurde. Danach haben wir auch von Raiffeisen eine Nachfrage bekommen, weil dieses Maßnahmenpaket die Bank Burgenland offensichtlich auch für die Privatisierung attraktiver gemacht hat.

Man kann sich die Politik auch sehr leicht machen und sagen, dass man die Swaps ganz einfach herauskaufen und der Bank Burgenland das Geld geben hätte sollen. So einfach kann man Politik auch machen. Es ist relativ einfach. (Abg. Mag. Josko Vlasich: Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht.)

Wir haben es uns nicht einfach gemacht, sondern wir sagen: Nur durch das Herauslösen der Swaps hat man überhaupt die Möglichkeit, diesen Schaden, der dadurch entstanden ist, auch weiter zu reduzieren. Wir haben in Mag. Klöckl, und der Abgeordnete Kölly hat bereits gesagt, dass das ein ausgezeichneter Mann ist, Vertrauen gesetzt, sodass diese Swaps durch ihn entsprechend bewirtschaftet werden und wir auf diese Art und Weise auch eine bessere Lösung für das Land mit geringeren Belastungen erzielen werden.

Wenn der Kollege Berlakovich kritisiert hat, dass ich vor den Wahlen gesagt hatte, dass es keine Katastrophe geben wird, und nach den Wahlen gesagt hätte, dem Land Burgenland wird es Geld kosten, dann ist das sogar von ihm, nach längerer Zeit, wieder richtig zitiert. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, lesen kann er.) Denn, wie sieht denn diese so genannte Katastrophe denn aus? Nämlich, dass der Landesrat Bieler fünf Budgets ohne neue Schulden für das Land vorgelegt hat, und wir auch im Wahljahr, im April, einen Rechnungsabschluss für das Jahr 2004 vorlegen werden. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das glaubt Ihr doch nicht selber! - Zwiegespräche der Abgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)

Ja, wenn Sie lesen können, dann werden Sie es sehen, dass der Rechnungsabschluss kommt. Wir werden den Rechnungsabschluss für das Jahr 2004 vorlegen, wo das Land Burgenland keine neuen Schulden macht. Sie haben auch den Voranschlägen zugestimmt. (Allgemeine Unruhe - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, aber!)

Eben! Warum bestreiten Sie es dann, wenn Sie dem zustimmen? (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil ich nirgends herumerzähle, dass wir uns nicht neu verschulden!)

Die Katastrophe, die vor den Wahlen herbeigeredet wurde, war, dass wir kein Geld für die Kofinanzierung der Ziel 1-Periode haben werden. Wir haben nicht nur keine neuen Schulden für das Land gemacht, wir haben auch die Kofinanzierung getätigt. Wir haben die Lehrer bezahlt, die vorher gar nicht vorgesehen waren, und wir haben im Gesundheits- und Sozialbereich die richtigen Schwerpunkte gesetzt. (Zwiegespräche der Abgeordneten) Diese Katastrophe, die Sie herbeireden wollten, haben wir mit Sicherheit nicht zugelassen. (Beifall bei der SPÖ)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich in ... *(Abg. Paul Fasching: Ja, die 47 Millionen Euro von der Wohnbauförderung wurden für diese Budgetlöcher aufgewendet.)* Bitte? *(Abg. Paul Fasching: Wir haben 47 Millionen Euro von der Wohnbauförderung für die Budgetlöcher verwendet.)* Wie viel haben wir noch an Rücklage in der Wohnbauförderung? Das wissen Sie nicht? Dann ist das nur ein halbes Argument. *(Abg. Paul Fasching: Ja, wir haben das Geld aber trotzdem dafür aufgewendet. - Abg. Gerhard Pongracz: Das weiß er nicht! - Abg. Paul Fasching: Für wen haben wir die Rücklage gebildet? - Allgemeine Heiterkeit - Landesrat Helmut Bieler: Für die Bauern! - Abg. Paul Fasching: Wir werden Sie beim Wort nehmen! - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Nächster Punkt. Ich denke, dass wir als verantwortungsvolle Politiker gefordert sind, dieses Bank Burgenland-Erbe, das ich im Jahr 2001 angetreten habe, auch gemeinsam zu lösen.

Es wird uns aber auch nichts anderes übrig bleiben, als dieses Bank Burgenland-Erbe zu lösen. Die Probleme sind vor meiner Tätigkeit entstanden. Ob das die Swaps sind, ob das Hom-Rusch war oder ob das andere Kreditvergaben waren. *(Abg. Manfred Kölly: Die Swaps sind erneuert worden, oder?)* Bitte? *(Abg. Manfred Kölly: Die Swaps sind erneuert worden. Es liegen noch immer etliche Leichen im Keller!)* Ja, 1999 sind sie eingegangen worden. Heuer im Sommer, nicht vor Jahren, sondern vor Monaten, sind diese Probleme aufgetaucht.

Und, wie gesagt, wir müssen dieses Problem lösen. In diesen vier Jahren sind bankintern eine ganze Reihe von Maßnahmen gesetzt worden, um die Bank Burgenland attraktiver zu machen. Beispielsweise mit dem neuen Kreditmanagement, mit dem Controlling, mit der Leasingfirma oder mit der Bankkonzession in Ungarn. Auf der anderen Seite hat auch das Land Maßnahmen gesetzt, *(Abg. Peter Vadasz: Wieso brauche ich dann ein Geld vom Land, um bilanzieren zu können?)* wie zum Beispiel die Wirtschaftsprüfer zu klagen, um hier entsprechende finanzielle Mittel herauszuholen, der Bank Austria eine Klage anzudrohen und dafür 5,4 Millionen Euro zu bekommen, sowie die Bankenaufsicht, die früheren Aufsichtsräte und das Präsidium zu klagen. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Also ... *(Abg. Manfred Kölly: Wo sind die Aufsichtsräte geklagt worden? Bis dato sind sie nicht geklagt worden. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Alle Möglichkeiten auszunützen, um den Schaden, der entstanden ist, möglichst zu reduzieren, das ist unsere Aufgabe. Auch darin habe ich meine Aufgabe gesehen. Dann ist es um die Privatisierung gegangen.

Bei der Privatisierung wurde einstimmig die HSBC ausgewählt, um die Privatisierung umzusetzen. Das Ergebnis war, dass die Bank Burgenland, in manchen Bereichen, für die Käufer nicht attraktiv genug war. Genau deswegen haben wir diese Maßnahmen gesetzt.

Genau das war notwendig, um überhaupt eine Chance zu haben, die Bank Burgenland zu privatisieren. Das haben wir deswegen gemacht. Es gibt nicht nur informelle, sondern auch mehr in die Tiefe gehende Gespräche von Interessierten, die auch die Bank Burgenland kaufen wollen.

Ich glaube, dass die Bank Burgenland für das Land, jeden Burgenländer, 2.500 Klein- und Mittelbetriebe und 25.000 Sparer einen wichtigen Stellenwert hat. Natürlich sagen Sie, sie brauchen keine Angst zu haben, denn ihre Einlagen sind gesichert.

Es gibt in der gesamten Bankwelt niemanden, und Sie werden mir niemanden zeigen können, der nicht sagt: Das Schädlichste für jede Bank ist es, wenn sie ständig im Mittelpunkt der Medienberichterstattung steht. Das ist Faktum! Das sagt Raiffeisen, das sagt die Bank Austria, das sagt die Erste. *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Die logische Konsequenz ist dann ein Maulkorberlass, oder?)* Moment! Das habe ich so nicht gesagt! *(Abg. Manfred Kölly: Vier Jahre habt Ihr dafür Zeit gehabt. Aber nichts ist geschehen! An dieser Situation seid Ihr selber schuld. Nichts ist weitergegangen. - Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich habe Ihnen jetzt soeben acht Minuten lang mitgeteilt, was alles gemacht wurde, was die Bank intern gemacht hat, und was auch seitens der Landesregierung gemacht wurde, nämlich, alle Möglichkeiten ausgeschöpft, *(Abg. Andrea Gottweis: Zu wenig!)* die die Landesregierung zur Verfügung hat, um den Schaden weitgehendst zu reduzieren. Das haben wir alles ausgeschöpft. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Herr Landeshauptmann! Der Schaden ist in den letzten vier Jahren gestiegen. Enorm gestiegen sogar.)*

Wir wissen, dass es Zinsen gibt, die zu zahlen sind. Das haben wir schon im Jahr 1999 und auch im Jahr 2000 gewusst. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Um 100 Millionen Euro ist der Schaden gestiegen.)* Ich glaube, dass ... *(Zwiesgespräche der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Das kostet dem Land 520 Millionen Euro, Herr Landeshauptmann.)*

Präsident Walter Prior *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat zu Recht verlangt, dass auch den Regierungsmitgliedern bei der Wortmeldung zugehört werden soll. Sie haben die Möglichkeit, zum Rednerpult zu gehen, und sich zu Wort zu melden.

Der Herr Landeshauptmann ist jetzt am Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Welches Motiv hätte die Regierungsfraktion der SPÖ gehabt, der Bank Burgenland mehr Geld zu geben, als unbedingt notwendig? Nach Rücksprachen mit der Finanzmarktaufsicht, den Wirtschaftsprüfern, den Vorständen und dem Aufsichtsratsvorsitzenden ist dieses Maßnahmenpaket so gesetzt worden. *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Na, das ist doch klar, dass die Bank nicht dagegen sein wird, wenn sie ein Geld bekommt. Die Bank wird sich sicher nicht wehren. Die Frage ist nur, ob sich das Land das alles leisten kann. Wie gesagt, die Bank wird sich nicht wehren.)*

In der Nachbesprechung hat die Finanzmarktaufsicht gesagt, dass das notwendig ist. So können Wirtschaftspläne für die Zukunft erstellt werden. Das ist eine Basis, auf der man aufbauen kann. Das ist verantwortungsvolle Politik! Das heißt Probleme aufzugreifen, und sich nicht vor der Verantwortung zu drücken, Herr Kollege Berlakovich. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. DDr. Erwin Schranz: Das Land als Melkkuh!)*

Ich denke, dass wir in der jetzige Situation gefordert sind, eine gemeinsame Vorgangsweise zu wählen, zu versuchen, der Bank Burgenland keinen Maulkorb umzuhängen, aber sie in Ruhe arbeiten ... *(Zwiesgespräche in den Bänken)*

Niemanden! *(Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl: Genau! Niemanden!)*

Von einem Maulkorb umhängen ist doch überhaupt keine Rede gewesen. Das ist immer eine Eigeninterpretation. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten - Abg. Ewald Gossy: Die Leute, die Angst vor einer Klage haben, zum Beispiel die Aufsichtsräte, trauen sich ohnehin nichts zu sagen.)*

Ich weiß nicht, wovon Sie wieder sprechen. Das, glaube ich, war jetzt nicht das Thema. *(Abg. Christian Illredits: Wer?)* Gut. *(Abg. Christian Illredits: Ich glaube, da leidet jemand an Verfolgungswahn!)*

Ich glaube, dass wir jetzt gefordert sind, die gesamte Landespolitik, der Bank Burgenland die Möglichkeit zu geben, auf dieser Basis weiter Fuß zu fassen, ihren Geschäften nachzugehen, um ihr Geschäftsfeld ausweiten zu können.

Wenn wir dieses Maßnahmenpaket nicht gesetzt hätten, dann wäre diese Kurve nicht hier stehen geblieben, *(Landeshauptmann Niessl zeigt auf das Diagramm)* sondern dann wäre diese Kurve bedeutend weiter nach unten gegangen. *(Abg. Paul Fasching: Diese Kurve haben aber Sie erstellt, oder?)* Diese Kurve ist nach unten gegangen, nachdem der Brief, den der Landeshauptmann-Stellvertreter an mich gerichtet hat, offensichtlich auch in die Öffentlichkeit gegangen ist. Hier hat es Berichte über die Konkursfalle, über das Fass ohne Boden, und über die Geldvernichtung gegeben. *(Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Das ist wirklich eine wilde Theorie, die Sie hier verbreiten.)* Die größte Geldvernichtung wäre gewesen, hier nichts zu tun. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl: Das weise ich entschieden zurück!)* Das wäre dem Land wirklich teuer gekommen und wäre eine Katastrophe für das Land Burgenland gewesen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Eine wirklich wilde Theorie!)*

Präsident Walter Prior: Wortmeldungen liegen keine mehr vor.

Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof, Zahl 18 - 610, Beilage 952, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer, Manfred Kölly, Dipl.Ing. Berlakovich und KollegInnen auf Prüfung des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 betreffend Strukturmaßnahmen für die Bank Burgenland AG (Geschäfts-Zl. 3-12/1002-2004) gem. Art. 79 L-VG durch den Bundes-Rechnungshof, Zahl 18 - 610, Beilage 952, ist somit einstimmig angenommen.

1. Punkt: Bericht und Antrag des Landesausschusses Bundesstaatsreform, mit dem das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ zur Kenntnis genommen wird (Zahl 18 - 604) (Beilage 946)

Präsident Walter Prior: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Antrag des Landesausschusses Bundesstaatsreform, mit dem das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ zur Kenntnis genommen wird, Zahl 18 - 604, Beilage 946.

Berichtersteller ist Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Ich bitte um ihren Bericht Herr Landeshauptmann.

Berichtersteller Hans Niessl: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist schon länger her, dass ich einen Bericht erstattet habe, aber, ich denke, dass der Bericht den Abgeordneten - ich ersuche sitzen bleiben zu dürfen - bekannt ist. *(Abg. Tschürtz: Zum Pult, Herr Landeshauptmann!)*

In seiner 3. Sitzung am 21. Dezember 2004 hat der Landesausschuss nunmehr einstimmig beschlossen, das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Entsprechung dieses Beschlusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent“ wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Landeshauptmann. Hohes Haus! Gemäß § 59 Abs. 2 darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur aufgrund eines Vorschlages des Präsidenten des Landtages und des darüber mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von der 24-stündigen Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, da dafür sind, dass der Beschlussantrag unter Abstandnahme von der 24-stündigen Frist in zweite Lesung genommen werden soll, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Beschlussantrag in zweite Lesung zu nehmen.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich ganz kurz fassen. Der Landesausschuss hat am 6. November 2003 das erste Mal getagt. Das Ziel war damals, eine burgenländische Position zu entwickeln, die der Landeshauptmann in den Österreich-Konvent mitnimmt. Jetzt, mehr als ein Jahr später, liegt das Ergebnis vor.

Ich muss sagen, zu einem Zeitpunkt, wo - alle wissen es - bereits alles gelaufen ist. Die Ausschüsse haben getagt, die Diskussionen sind im Wesentlichen gelaufen und das Ergebnis ist so wie erwartet. Viel Arbeit vieler ExpertInnen und in Wirklichkeit kein Ergebnis. Jetzt kommt der burgenländische Landeshauptmann diese Woche dann nach Wien und bringt diese Position ein. Ich muss sagen, ich finde das sehr eigenartig und doch ein bisschen spät.

Was haben wir heute hier vorliegen? Es hat insgesamt drei Sitzungen gegeben. Zwei Sitzungen, in denen wir diskutiert haben. An der letzten im Dezember konnte ich nicht teilnehmen. Es war ganz knapp vor Weihnachten eingeladen worden. Mein Termin war unumstößlich. Außerdem habe ich gesehen, dass das Papier, das hier vorgelegt wurde, schön und gut war. Im Wesentlichen ist es nichts anderes, als das, was schon vor über einem Jahr vorgelegen ist - mit einigen kleinen wenigen Abänderungen. Es ist im Wesentlichen Wort für Wort das Gleiche, wie im Jahr 2004. Wir haben damals Position bezogen, einige Punkte kritisiert, aber auch Formulierungs- und Kompromissvorschläge gemacht, die niemandem wehgetan hätten. Es ist doch ohnehin ein sehr breites, allgemeines Papier. Es ist absolut nichts, Herr Landeshauptmann, von den Vorschlägen der Grünen eingearbeitet worden. Daher werden wir diesem Vorschlag auch unsere Zustimmung nicht erteilen.

Wir sind wirklich überrascht und eigentlich negativ überrascht, dass bei diesem allgemein gehaltenen Papier, wo alle locker mitgehen hätten können, kein Konsens gesucht worden ist. Es wurde von unseren Anregungen nichts eingearbeitet. Es wurde eine ganz unwesentliche Passage von der FPÖ und eine von der ÖVP berücksichtigt. Von uns ist nichts enthalten.

Ich möchte hier nur sagen, dass wir es gerne, zum Beispiel, bei den Grundrechten erweitert gehabt hätten. Hier hätte man durchaus etwas hineinschreiben können. Alle Anträge wurden mit so einer Latte von Grundrechten von Euch geschrieben. Also, es wäre niemanden ein Stein aus der Krone gefallen, hätte man das eine oder das andere Grundrecht hineingenommen. Hier wären wir aber auch durchaus verhandlungsbereit gewesen. Man hätte das sicherlich auch noch ausverhandeln können.

Ein wesentlicher Punkt, dem wir von Anfang an nicht zugestimmt haben, und das auch schriftlich abgegeben haben, ist der Ausbau der 15a-Vereinbarungen, den Sie in Ihrem Papier, Herr Landeshauptmann, geschrieben haben. Wir haben uns dagegen ausgesprochen mit der Begründung, dass Vereinbarungen gemäß 15a B-VG sich in der Vergangenheit als sehr schwierig gestaltet haben und dass diese Vorgangsweise nicht auszubauen, sondern zu modifizieren wäre. Das wäre unser Kompromissvorschlag gewesen, da hätten wir auch zugestimmt.

Die bisherige Vorgangsweise stärkt die Verwaltung und schaltet die Gesetzgebungsorgane aus. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, auftreten, und sagen, Sie sind für die Stärkung der Landtage, dann kann nicht der Stärkung der Landeshauptleutekonferenz, einem Gremium, das sich der Öffentlichkeit völlig entzieht hier sozusagen der Vorrang gegeben und damit auch noch das Unterlaufen der Landtage befürwortet werden. Auch 15a-Vereinbarungen unterlaufen den Stellenwert des Landtages und werden auf einer anderen Ebene ausgemacht. Der Landtag wird degradiert dazu, es einfach abzusegnen. Er hat keine Chance mehr, eine Veränderung herbeizuführen, weil die Landeshauptleute den Vertrag schon unterschrieben haben.

Aus der Sicht des Landtages ist diese Vorgangsweise eine Vorwegnahme von Entscheidungen, zu denen der Landtag keine Änderungen mehr einbringen kann.

Ein Formulierungsvorschlag hätte bedeuten können, zum Beispiel Mindeststandards als Bundesrahmengesetze zu formulieren, die für die Länder als Untergrenze bindend sind, wo es aber möglich ist, bessere Ausführungen zuzulassen. Die zweite Möglichkeit einer Modifizierung wäre die Einführung von Mitwirkungsverfahren für den Landtag gewesen, so, wie das auch bei Ministerentscheidungen auf EU-Ebene im Vorfeld von Entscheidungen durch den Nationalrat durch entsprechende Ausschüsse möglich ist.

Weiters hätten wir keinen Konsens bei ihrer Forderung nach Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung. Wir sind gegen die Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung, außer, es würde gleichzeitig gewährleistet, dass für den Landtag dadurch keine Kontrollücke entsteht, weil Gesetzgebung und Vollziehung bei unterschiedlichen Körperschaften sind. Im Gegenzug hätte dafür die Landesgesetzgebung gestärkt werden müssen. Das ist auch nicht eingeflossen.

Ein weiterer Punkt, wo es keinen Konsens mit uns gegeben hat, war bei der Formulierung „Mehr Freiheit bei landesgesetzlichen Wahlrechtsregelungen“. Diese Formulierung können wir nicht mittragen, weil wir für eine Verankerung des Wahlrechtes in der Bundesverfassung stehen und wir nicht für eine länderweise unterschiedliche Regelung eintreten. Das gilt auch für die Landeshauptmannwahl.

Wir haben auch angeführt, dass wir gerne Ergänzungen hätten. Wir hätten sie ohne weiteres, Herr Landeshauptmann, in das Papier hineinschreiben können. Wir haben das bei unseren Verhandlungen zur Änderung der Landesverfassung diskutiert. Es gab hier einen Konsens.

Ich behaupte jetzt einfach, dass das eine Missachtung einer politischen Fraktion ist, diese Dinge nicht hineinzunehmen. Wir haben weiters als Ergänzung gefordert: Ausbau von demokratischen Mindeststandards, Ausbau der politischen Kontrollrechte und Verankerung von Mindestkontrollstandards in der Bundesverfassung. Das waren Wünsche, denen Sie sozusagen auf Landesebene schon zugestimmt haben. Dass das nicht hineingekommen ist, ist, wie gesagt, die Missachtung einer politischen Partei. Wir werden diesem Vorschlag deshalb nicht unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offenbar hat sich das Burgenland mit diesem Beschluss viel zu viel Zeit gelassen. Aus unserer Sicht ist es nicht sehr effizient, erst viele Monate nachdem der Konvent seine Arbeit aufgenommen hat, ein Positionspapier des Landes vorzulegen. Aber, offenbar dauert hierzulande, wie wir gehört haben, alles ein bisschen länger.

Was das vorliegende Papier betrifft, so hat die FPÖ schon bei den Verhandlungen ihre Position klargelegt. Wir sind mit dem Inhalt im Großen und Ganzen einverstanden. Nicht einverstanden bin ich jedoch damit, dass das Burgenland nach wie vor an der mittelbaren Bundesverwaltung festhält. Ich bin der Meinung, dass sich diese in der Verwaltungsorganisation bewährt hat. Hier wäre mehr Mut gefordert gewesen. Denn wer einerseits die autonome Landesverwaltung stärken will, wer Sonderbehörden des Bundes in den Ländern auflassen will, wenn Landesbehörden ähnliche Aufgaben vollziehen, um Mehrgleisigkeit bei Verwaltungsaufgaben zu vermeiden, der kann doch bitte schön nicht an der mittelbaren Bundesverwaltung festhalten. Mit allen anderen Punkten ist meine Fraktion einverstanden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Berlakovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Vor fast eineinhalb Jahren, im Juni 2003, ist es zur konstituierenden Sitzung des Österreich-Konvents gekommen. Da haben etliche Redner die berühmte Legende der griechischen Mythologie aufleben lassen, nämlich, die Geschichte des Sisyphus, jenes Mannes eben, der immer wieder den Stein auf den Berg rollt und, wenn er knapp am Ziel ist, bleibt der Stein aber nicht oben, sondern rollt wieder hinunter und das Spiel beginnt von neuem. Etliche Redner haben diesen Vergleich gewählt.

Es ist ein guter Vergleich, denn es hat viele Anläufe genommen, unseren Bundesstaat zu reformieren, ihm ein neues Gesicht zu geben. Der Stein ist aber nicht oben am Berg geblieben, sondern immer wieder heruntergerollt. Wir haben seitens der ÖVP die Bundesstaatsreform und den Versuch des Österreich-Konvents begrüßt. Wir

sehen das als wichtige Möglichkeit, sich auch als ein Bundesland klar und selbstbewusst zu positionieren. Wir sind der Meinung, dass Landtage selbständige, starke Landtage, so wie wir es heute erlebt haben, Bürgernähe fördern und das auch ein wesentlicher Punkt der Identitätsbildung ist. Jedenfalls wurden dort auch die Landtage behandelt und es wird auch über die Verschiebung von Kompetenzen geredet.

Auch wenn es immer wieder abwertend erwähnt wird, dass die Bürgernähe so ein Nebenargument ist, um sich für die Landtage auszusprechen. Richtig ist, dass, meiner Meinung, gerade Abgeordnete Regionalmanager sind, die tagtäglich beim Bürger sind und seine Sorgen und Nöte hören. Man soll das nicht als eine lästige Pflicht abtun, sondern das ist Basispolitik, wo die Menschen das Gefühl haben, sie kennen ihren Politiker, sie können ihm ihr Anliegen, ihr Bedürfnis mitteilen und der trägt das an eine höhere Stelle.

Stellen wir uns vor, es gäbe die Landtage nicht, nur mehr nationale Parlamente oder das weit entfernte Europäische Parlament. Die Nähe zum Bürger würde verloren gehen und der Bürger hat im Umkehrschluss das Gefühl, dass seine Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden.

Ich will nicht auf die historischen Verdienste der Bundesländer eingehen, die ja eigentlich die Republik zweimal gegründet haben, aber uns geht das natürlich etwas an. Richtig ist, dass die Regionen im größeren Europa mehr Bedeutung bekommen sollen. Das bedeutet, dass wir starke Länder brauchen. Nicht nur in der Vollziehung, also in der Exekutive, sondern sehr wohl auch in der Legislative. Das macht uns in Wahrheit im Vergleich zu den Ungarn zu etwas Besonderem. Dort die Komitate mit Verwaltungseinheiten, die aber keine legislativen Organe haben, so wie es hier der Landtag ist, der wirklich etwas sagen kann. Wie stellen wir uns im gesetzgebenden Bereich ein Land und die Zukunft unseres Landes vor?

Wir haben uns als ÖVP immer stark dafür eingesetzt. Wir haben versucht, hier durch unseren Antrag „Stärkung der Rechte der Landtage“ Positionen zu beziehen. Wir haben ein Positionspapier zur Stärkung der Verfassungsreform verfasst. Als erste Partei hier. Ich bin sehr stolz darauf.

Es ist auch gelungen, den von uns geforderten Landesausschuss „Bundesstaatsreform“ zu konstituieren, weil wir der Meinung waren und auch sind, dass es gerade für ein kleines Bundesland gut ist, wenn man mit einer Stimme spricht und möglichst eine breite Basis im Landtag dahinter steht. Dann können unsere Vertreter im Österreich-Konvent auch gestärkt auftreten und hier die Positionen des Burgenlandes vertreten. Daher stimmen wir dem vorliegenden Papier zu. Hier sind wichtige Dinge enthalten, wie eben das bundesstaatliche Prinzip, sodass auch der Bundesrat zu einer echten und starken Länderkammer ausgebaut wird, die Gemeindeautonomie gestärkt werden soll, die mittelbare Bundesverwaltung beibehalten werden soll, die Bezirkshauptmannschaften stärken soll und dergleichen mehr.

Es gibt eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die die Bedeutung der Bundesländer im Sinne von Bürgernähe unterstreicht. Eine effiziente Verwaltung, ein hohes Wirtschaftspotenzial, Heimatverbundenheit und auch, was man nicht vergessen darf, einen zukunftsweisenden Wettbewerb zwischen den Institutionen gäbe es ohne sie nicht. Es ist doch eine Tatsache, dass die Bundesländer aufeinander schauen, man sich die Regelungen anderer Bundesländer anschaut (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*) und diese vielleicht auf das eigene Land überträgt. Das hat schon seinen Sinn.

Es liegt ein Verfassungsentwurf des Ex-Rechnungshofpräsidenten und Österreich-Konventspräsidenten Fiedler vor. Wir sehen das als Basis an. Wichtig ist, dass sich die Bundesländer einbringen und auf ihre Rechte verstärkt hinweisen, welche Kompetenzen die Bundesländer nicht nur im administrativen, sondern sehr wohl auch im legislativen Bereich, also in der Gesetzgebung haben. Wir als ÖVP, wollen starke Bundesländer, wir halten das für die Identität wichtig und auch um als eigenständiges Bundesland agieren zu können. Wir werden zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Am 9. Juli 2003 haben wir uns hier in diesem Hohen Haus einstimmig darauf geeinigt, einen Landesausschuss zur Erarbeitung der Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent einzurichten.

Wir haben intensiv, so meine ich, wenn auch nicht sehr oft, darüber diskutiert. Die Positionspapiere wurden eingebracht. Das Positionspapier der SPÖ deckt sich 100-prozentig mit dem, des von Landeshauptmann Hans Niessl vorgelegten. Unser Bekenntnis zu starken Landtagen ist dahingehend ebenfalls dokumentiert, wie die Wahrung der Gemeindeautonomie, eine Aufgabenordnung, die die Finanz verfasst und die Stärkung der Bezirkshauptmannschaften als umfassende Anlaufstellen.

Wir finden es als notwendig, die Absicherung der Volksgruppen gewährleistet zu wissen und das Schulsystem auf die Reformziele Qualitätssicherung und Chancengleichheit ausgerichtet zu haben.

Der vorgelegte Entwurf der andiskutiert wurde, ist sicher eine Diskussionsplattform, die Fiedler vorgelegt hat, aber aus unserer Sicht mit den Beratungen im Konvent in den derzeitigen Beschlüssen nicht unbedingt deckungsgleich.

Im Juli 2004 haben die Länder einen gemeinsamen Beschluss gefasst, wo Föderalismus, Subsidiarität, Sicherheit und Bildung sowie die Übernahme von Kompetenzen vom Bund im Zentrum der Überlegungen einer neuen Verfassung stehen müssen. Ebenso gibt es dazu die gleichlautende Meinung der Landtagspräsidentenkonferenz.

Fiedler konzentriert sich auf die wichtigsten Staatsaufgaben beim Bund, Gesundheit, Schule, Unterricht, Wirtschaft und Energie, um hier eine Konzentration beim Bund zu erreichen. Hier soll Bundeskompetenz nach seinem Vorschlag erlangt werden.

Wir sprechen uns nicht dafür aus, und Landeshauptmann Hans Niessl als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz hat ein Dreisäulenmodell schon einige Male apostrophiert. Länderkompetenzen müssen ausgebaut und klar definiert werden. Zweite Säule soll die Kompetenz des Bundes darstellen und die dritte eben, die Länderkompetenz für die der Bund die Rahmenbedingungen schaffen soll.

Auch im Bildungsbereich dürfen die Interessen der Länder nicht verkürzt werden. Weiters muss unsere gemeinsam im Landtag festgelegte Position im Zuge der Neugestaltung der Sicherheitsstrukturen umgesetzt werden. Sicherheitsdirektionen dürfen nicht in ihrem Wirkungskreis beschnitten werden. Mehr Mut hätte ich mir beim Wählen mit 16 erwartet. Die positiven Erfahrungen, die wir hier im Burgenland gemacht haben, hätten vielleicht ausgereicht, um eine generelle Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen zu verankern.

Ein wichtiger Punkt ist uns aber ebenso die Absicherung der Daseinsvorsorge, die als Staatsaufgabe verankert werden soll.

Hohes Haus! Herr Präsident! Ein starkes Europa heißt eben starke Regionen. Viele Aufgaben können von den Gemeinderegionen und Ländern eben besser erfüllt werden, weil auf ihrer Ebene mehr Bürgernähe und mehr Effizienz garantiert ist. Die neue Bundesverfassung darf auf keinen Fall zu einer Aushöhlung der Länderkompetenz führen. Wir werden dem Antrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz: Wortmeldungen liegen jetzt keine mehr vor, daher hat der Herr Berichterstatter, Herr Landeshauptmann Niessl, das Schlusswort.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Hans Niessl: Ich darf nur zwei Sätze dazu sagen, weil ich mich im Anschluss als Landeshauptmann nicht mehr melden werde, sondern das als Berichterstatter einfließen lasse.

Ich denke das Papier, das Präsident Fiedler vorgelegt hat, ist sicher eine Grundlage, über die man diskutieren kann. Es sind sich aber viele Ländervertreter einig darüber, dass dieses Papier etwas zu zentralistisch ausgelegt ist, und hier der Föderalismus doch etwas zu kurz kommt. Da hat es Presseaussendungen auch von Landeshauptleuten der ÖVP gegeben, die der Meinung waren, dass der Föderalismus hier zu kurz kommt.

Wir haben auch am Montag nach einigen Runden im Rahmen der Landeshauptleutenkonferenz versucht ein gemeinsames Positionspapier zu erarbeiten. Im Bereich der Kompetenzverteilung, im Rahmen des Dreisäulenmodells, wo auf der einen Seite die Zuständigkeit des Bundes klar definiert wird, die Zuständigkeit des Landes und in einer Mischsäule, sozusagen, dort wo die Länder zuständig sind, wo es aber auf der anderen Seite im Sinne der Homogenität sinnvoll ist, dass der Bund Rahmenbedingungen erlässt, damit diese dritte Säule angewendet wird.

Es gibt auch eine gemeinsame Länderposition, bereits seit dem Juni 2004, wo vor allem auf den Bereich der Sicherheit eingegangen wurde, und dort Zentralisierungstendenzen vermutlich gestoppt wurden. Nämlich, damit die Bezirksgendarmerie oder Polizeikommanden bleiben, die Bezirkshauptmannschaften Sicherheitsbehörden bleiben, die Polizei der Bezirkshauptmannschaft untergeordnet ist, und die Sicherheitsdirektion die gleichen Kompetenzen behält, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Wo eben auch im Bereich der Bildung eine Strukturbereinigung stattfinden soll und auch Synergieeffekte im Bereich der Bildung geschaffen werden können.

Ein weiterer Bereich ist natürlich auch das Wählen mit 16, wo sich ja alle Fraktionen dafür ausgesprochen haben, damit dieses Wählen mit 16 auch auf Landtageebene kommt. Ich denke, das könnte dann auch als nächster Schritt auf Bundesebene erfolgen.

In dem Sinne glaube ich, dass diese Position des Landes Burgenland eine gute Position ist, die sicherlich nicht zu spät kommt, denn die Länderposition wird erst von allen Landeshauptleuten am Mittwoch abgesegnet.

Wie geht es mit dem Konvent weiter? Der Konvent hat die Positionspapiere. Das sind Diskussionsgrundlagen, die werden dann dem Parlament zugewiesen, dann geht es einmal in die entsprechenden Ausschüsse. In den Ausschüssen wird beraten und dann, wenn ein Konsens gefunden wurde, wird es dem Nationalrat zugeleitet. Also es ist ein

Positionspapier wie es viele, sage ich einmal, im Konvent gibt, das als Diskussionsgrundlage dienen kann, und auch abgestimmt ist mit den Positionen, die alle Länder erarbeitet haben.

Ich darf mich abschließend auch bedanken bei allen, die sich hier positiv eingebracht haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz: Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

Das Positionspapier „Grundlegende Position des Landes Burgenland zum Österreich-Konvent wird somit mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

2. Punkt: Ergänzungswahl in die ständigen Ausschüsse sowie in den Landesausschuss, der Fragen der Sicherheit, die in die Kompetenz des Landes fallen (Feuerwehrwesen, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Flüchtlingswesen, geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung) behandelt

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies die Ergänzungswahl in die ständigen Ausschüsse sowie in den Landesausschuss, der Fragen der Sicherheit, die in die Kompetenz des Landes fallen (Feuerwehrwesen, Zivilschutz, Katastrophenschutz, Flüchtlingswesen, geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung) behandelt.

Durch den Mandatsverzicht des Landtagsabgeordneten Dr. Stefan Salzl, sowie durch den Verzicht des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als Mitglied des Agrarausschusses, als Ersatzmitglied des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sowie des Wirtschaftsausschusses wurde diese Wahl erforderlich.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs, der das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht.

Ich ersuche nun die Stimmzettel zu verteilen. Da es sich bei dieser Wahl um eine fraktionelle Wahl handelt, werden die Stimmzettel, entsprechend § 74 Abs. 4 GeOLT nur an die Abgeordneten der FPÖ verteilt.

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(nach Verteilen der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung der Namensliste ersuche.

Die Dame und die Herren Landtagsabgeordneten der FPÖ ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Frau Schriftführerin Andrea Gottweis hinterlegen die Abgeordneten Ilse Benkö, Manfred Kölly, Johann Tschürtz und Walter Zechmeister die Stimmzettel in der Wahlurne.)

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis und Herrn Schriftführer Pongracz die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Zweiter Präsident DDr. Erwin Schranz *(nach vorgenommener Stimmzählung):* Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es wurden vier Stimmen abgegeben. Alle vier Stimmen sind gültig.

Aufgrund dieser Wahl wurde Herr Abgeordneter Walter Zechmeister zum Mitglied des Agrarausschusses, des Umweltausschusses sowie zum Ersatzmitglied des Landesausschusses Sicherheit,

Herr Abgeordneter Manfred Kölly zum Mitglied des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Wirtschaftsausschusses, des Rechtsausschusses sowie zum Ersatzmitglied des Agrarausschusses,

Herr Abgeordneter Johann Tschürtz zum Mitglied des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses und zum Ersatzmitglied des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Petitionsausschusses und des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 27. Jänner 2005, vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 11 Minuten